DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

343 30. JAHRGANG April 2013 4,50

ZUM UMGANG MIT GEWALT IN DEN BEWEGUNGEN

Die G-Frage

„Von uns geht keine Eskalation aus“ heißt es im Aktionskonsens zu Blockupy 2013 in Frankfurt, das für Ende Mai in Frankfurt geplant wird. Diese oder ähnliche Formulierungen sind seit einiger Zeit bei Großveranstaltungen üblich. So wird die Schwierigkeit umschifft, dass höchst unterschiedliche Auffassungen in den alternativen Bewegungen der Bundesrepublik zum Umgang mit Gewalt existieren.

Von Ariane Dettloff, Redaktion Köln ● Sind Aussagen wie „gewaltfrei“ oder „gewaltlos“ für die einen absolut tabu, verweisen andere auf die Vorzüge damit verbundener Praxen. Unser Contraste-Schwerpunkt lässt VertreterInnen der unterschiedlichen Auffassungen zu Wort kommen und berichtet über eine Tagung des BSV (Bund für Soziale Verteidigung) zum Thema. Dort beklagte Peter Grottian, Mitinitiator der Kampagne „Legt den Leo an die Kette“ das „herrschaftliche Weglächeln“ des Zivilen Ungehorsams, das ihn unwirksam macht. Die Polizei hat gelernt, dass Duldung dazu beiträgt, die Medienberichterstattung über Protestaktionen einzugrenzen. Eine Bewegung, die keine Resonanz in der Öffentlichkeit erzeugt, findet aber so gut wie nicht statt. Und immer wieder sind es Gewaltszenen, die die Presseorgane aufgreifen. Gerade sie schrecken jedoch potentielle TeilnehmerInnen ab. Im Ergebnis bedeutet das Ausgrenzung von Eltern und Kindern, alten Menschen, Schwachen, Kranken, Menschen mit Behinderung...

Und Björn Kunter aus der „Schule der Gewaltfreiheit Gorleben“ und Geschäftsführer beim BSV verweist auf die wechselseitige Methoden- und Instrumenten-Eskalation von Protestierenden und Staatsmacht: Von den im Lauf der Jahre ritualisierten Massenblockaden zu mobilen Treckerblockaden zum „Castor schottern“ und Durchfließen von Polizeiketten mittels „Fünf-Finger-Taktik“ zum Anketten einerseits und zu stets ausgefeilteren Räumtechniken der Polizei andererseits.

Wie beurteilt mensch den Erfolg von Aktionen Zivilen Ungehorsams? Sind es die Teilnehmerzahlen? Das Medienecho? Interne Politisierung? Empowerment? AnhängerInnen prinzipieller Gewaltfreiheit betonen, dass nur eine grundsätzlich wohlwollende menschliche Haltung – auch dem Gegner gegenüber, dessen Handlungen mensch ablehnt – geeignet ist, uns einer herrschaftsfreien Gesellschaft näher zu bringen. Sie berufen sich unter anderen auf Gandhi. Das halten viele, die „Gegengewalt“ befürworten, für naiv, harmlos, spaltend, unwirksam. Doch in der Geschichte gibt es viele – merkwürdig wenig bekannte – Beispiele für sehr effektiven gewaltlosen Widerstand. Einige werden in diesem Schwerpunkt angerissen.

Protest gegen Pro-NRW-Aufmarsch Dortmund 2012 — Foto: arbeiterfotografie.com

Erica Chenowth und Maria J. Stephan untersuchten über 300 Aufstände mit dem Ziel, einen Regimewechsel herbeizuführen. Dabei war gewaltloses Vorgehen fast doppelt so erfolgreich wie gewaltsames. In beiden Fällen stellt sich allerdings die Frage: Was kommt danach? Ich erinnere mich noch schamvoll, wie ich 1979 den Sturz des Schah im Iran feierte. Bis heute hält sich dort das ihm folgende islamistische Schreckensregime. Gewaltloser Aufstand dagegen wurde versucht, jedoch gnadenlos niedergewalzt.

Hierzulande sind Stuttgart 21, Heiligendamm oder Gorleben prominente Beispiele relativ erfolgreicher Kampagnen. Auch dort waren (und sind) die Aktionsmethoden sehr umstritten. So kritisierte Felix Kolb, Mitbegründer von attac, die Praxis Zivilen Ungehorsams postautonomer Kreise: „Das linksradikale Spektrum ruft zum zivilen Ungehorsam auf – läuft aber de facto fast uniformiert zum Schottern, und wenn die Polizei kommt, schlagen sich viele in die Büsche.“ Tadzio Müller, Vertreter des postautonomen Spektrums, hält dagegen: „Wir überwinden das alte Gehabe von Militanz und klassischen Straßenkämpfen, aber wir brauchen auch keine starren Bestimmungen“.

Als „starre Bestimmung“ gilt den Postautonomen das Bestehen auf prinzipieller Gewaltfreiheit. Für deren AnhängerInnen ist es ein Unding, wegzulaufen oder vermummt aufzutreten. Vielmehr zeigt man Gesicht und steht zu seinen Überzeugungen auch vor Gericht. Man respektiert auch die Widersacher als Menschen und kann sie eventuell durch „Gütekraft“ überzeugen. Unterschieden wird von dieser Grundsatzhaltung der situative Gewaltverzicht, der unter dem Begriff „gewaltlos“ verstanden wird. Doch diese Terminologie ist nicht durchgängig und wird auch in diesem Schwerpunkt nicht strikt verwendet. Wenn er zur Diskussion anregt, kann er hoffentlich dazu beitragen, die Gräben zwischen „Gewaltfreien“ und „Gewaltlosen“, zwischen „Müslis“ und „Militanten“, „Trittbrettfahrern“ und „Formfetischisten“, PazifistInnen und SteinwerferInnen zu überbrücken.

Dass gewaltloser Widerstand sogar gegen das Hitlerregime möglich und erfolgreich sein konnte, ist erst sehr spät erforscht worden und bis heute auch in den Alternativbewegungen wenig bekannt. Unser Schwerpunkt beleuchtet einige Beispiele. ●

Schwerpunktthema Seite 11 bis 14

D 8008

Anzeige

BREAKING NEWS: ++ BUKO ++ BRAUCHT SPENDEN ++ !!! ++ FÜR ++ RADIKAL ++ GLOBAL ++ DENKEN ++ HANDELN ++ !!!

Konto: Verein zur Förderung entwicklungspädagogischer Zusammenarbeit
Bank: Ev. Darlehensgenossenschaft Kiel
BLZ: 210 602 37, Kto.: 234 389

WWW.BUKO.INFO

DAS HERZ VON CONTRASTE SCHLÄGT NICHT MEHR

Dieter Poschen

24.03.1946 Bad Pyrmont – 12.03.2013 Faro (Portugal)

Wir haben einen lieben Freund und tollen Zeitungsmacher verloren, der seit 1984 für das Erscheinen der CONTRASTE gesorgt hat – unermüdlich und unkonventionell.

Salute Diego!

Die RedakteurInnen der CONTRASTE – Monatszeitung für Selbstorganisation und der CONTRASTE e.V.

Die Beisetzung hat am 7. April in Faro (Portugal) stattgefunden. Über die Gedenkfeier am 27.04.2013 in Berlin informieren wir auf: www.contraste.org

Für die Fortsetzung von Dieters Lebenswerk bitten wir um Spenden auf das Konto: CONTRASTE e.V., Spendenkonto Nr.: 51 51 24 05, BLZ 508 900 00, Volksbank Darmstadt eG.

Zeichnung von Barbara Bux

AUS DEM INHALT:

DIETER POSCHEN

Am 12. März starb unser Zeitungsmacher Dieter Poschen überraschend in Portugal. Darum ist diese Ausgabe der CONTRASTE ihm gewidmet. Neben einem Nachruf haben einige RedakteurInnen unserer Zeitung ihre persönlichen Erinnerungen an Dieter niedergeschrieben. Seite 2, 6 und 7

KONGRESS WIEN

Hier hätten die Journalistinnen und Journalisten der großen Medien Zukunft schnuppern können. Sie zogen es vor, den Kongress „Solidarische Ökonomie“ nicht einmal zu ignorieren. Am Abend des Kongressausklangs war die Spitzenmeldung der politischen Nachrichten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk die österreichische Silbermedaille bei der Nordischen WM. Das Treffen der 1.000, die in 100 Veranstaltungen über Alternativen zur zerstörerischen Wirtschaftsgegenwart nachdachten, kam nicht vor. Seite 3

KARLSHOF UND PAG

Der Karlshof: Ein ehemaliger LPG-Hof nahe Templin in der Uckermark. Vor gut 7 Jahren überließ die „Projektwerkstatt auf Gegenseitigkeit“ (PaG) ihn der „Lokomotive Karlshof“ zur Nutzung. Auf dem Hof entstand das Experiment einer „Nichtkommerziellen Landwirtschaft“ (kurz NKL). Im Frühjahr 2012 erklärte die Gruppe ihr Scheitern. Der Karlshof ist nun erst einmal wieder an die PAG zurückgegangen. Die PAG ist ein kleines Netzwerk selbstorganisierter Projekte in Berlin-Brandenburg. Seite 3 und 4

BERLIN

Im Dezember 2012 wurde in Berlin-Kreuzberg das Gelände der ehemaligen Gerhart-Hauptmann-Schule in der Ohlauer Straße besetzt. Es entstanden hier zwei Projekte, das Irving-Zola-Haus und das Refugee-Strike-House.
Nachts hingestellt oder wie es im türkischen heißt Gecekondu: So bezeichnen die Protestierenden am Kottbusser Tor von Kotti&Co in Berlin-Kreuzberg ihr Protest-Haus, das ihren Protest täglich sichtbar macht. Seite 5

GENOSSENSCHAFTEN

Ausbeutung bei Partnerunternehmen, Datenschutzfragen und schlechte Konditionen für Mitarbeiter, das sind Themen, mit denen Online-Riesen wie Amazon und Ebay in die Schlagzeilen geraten. Nun möchte das junge Online-Unternehmen Fairnopoly es grundsätzlich anders machen. Die Gründung wird durch eine Crowdfunding-Kampagne finanziert.
Crowdfinanzierung soll helfen Innovationen zu fördern – nun gibt es sie in Deutschland auch für Erneuerbare Energieprojekte. Seite 8

ENERGIEBLENDE

Wenn man ein Projekt zerstören will, kann man es mit Argumenten angreifen. Man kann teure Studien bezahlen, die es unglaubwürdig erscheinen lassen. Doch am effektivsten, billigsten und besten funktioniert es, die Begriffe zu nehmen, die für das Projekt zentral sind. Die deutet man dann um und tut so, als hätten sie nie etwas anderes besagt. Wenn man es geschickt anstellt, wird dadurch auf wundersame Weise aus einer Idee sogar ihr Gegenteil. Seite 9

SELBSTBESTIMMT ARBEITEN

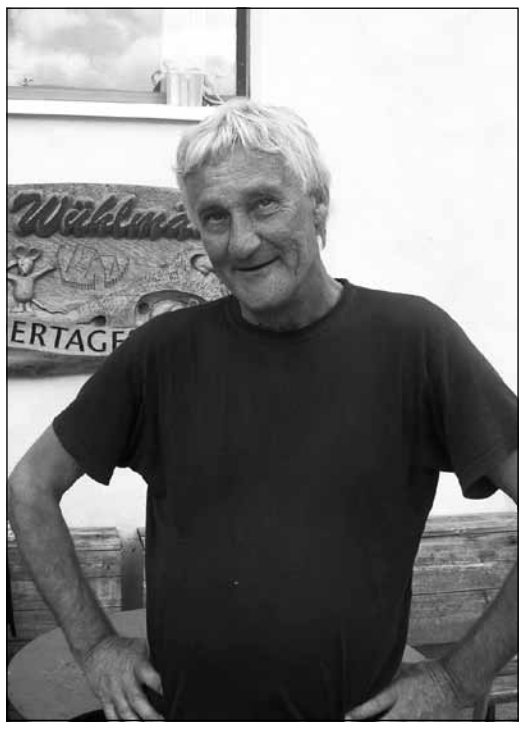
Die Fortsetzung der Diskussion zwischen Michael Albert (Parecon) und Christian Siefkes (Peer-Produktion) haben wir aus aktuellem Anlass auf die Mai-Ausgabe verschoben.

www.contraste.org

DIETER POSCHEN IST TOT

Das Herz von CONTRASTE schlägt nicht mehr

CONTRASTE hat ihre Wurzeln in der Projektemesse 1984 in Oberursel. Dem Fotografen und Jugendzentrumsaktivisten Dieter Poschen (Diego) gelang es gleich anschließend, mit nur wenigen MitstreiterInnen das ambitionierte Vorhaben einer Zeitung für Selbstverwaltung in die Tat umzusetzen.



Dieter Poschen 2005 beim Plenum in Niederkaufungen, Foto: Heinz Weinhausen

Die Gründung von CONTRASTE war eine der großen Weichenstellungen in Dieters Leben. Er hatte einiges ausprobiert, und es als widerständiger, unkonventioneller Mensch verstanden, nach seinen eigenen Vorstellungen zu leben und sich keiner bürgerlichen Karriere zu unterwerfen. Sein unbedingter Freiheitsdrang und die Ablehnung jeder Art von Autorität führte ihn folgerichtig in die Welt der alternativen selbstverwalteten Projekte. Auch dort legte er großen Wert auf seine persönliche Autonomie und gestaltete sein Leben als Selbstständiger. Kollektive Strukturen unterstützte er mit seiner Arbeit, suchte sie aber nicht für sich selbst.

CONTRASTE war Dieters Lebensaufgabe, er war von Anfang an Herz und Seele dieses alternativen Zeitungsprojekts. Es war sein Job, das Layout und die gesamte formale Abwicklung von Zeitungsproduktion und Versand zu verantworten. Darüber hinaus war er Koordinator und Spinne im Netz unserer dezentralen Redaktion, Endredakteur, Ansprechpartner für Mitmachende und Projekte im Umfeld. Er war es, auf den sich fast alle bezogen, und dessen Meinung besonders zählte, wenn es drauf ankam.

Dieter scheute keine Mühen, wenn es darum ging, spannende Inhalte aufzutun, interessante AutorInnen zu gewinnen und eine große Bandbreite eingereichter Beiträge zu ermöglichen, ohne jedoch in Beliebigkeit abzugleiten. Durch seine lange Zeit in der Szene hatte er ein umfassendes Einschätzungsvermögen, allerdings mit Abstrichen bei der feministischen Sicht, die er respektierte, die aber nicht seine war. Viele redaktionelle Entscheidungen traf er allein, und meist waren wir damit einverstanden. Manchmal intervenierte er als eine Art moralische Instanz, und konnte uns in der Regel überzeugen. Nur selten blockte er kreative Vorschläge mit Sachzwang-Argumenten ab, weil sie aus seiner Sicht die prekäre Existenz von CONTRASTE gefährden würden. Ganz überwiegend gelang es ihm jedoch, andere durch freundliche Ermutigung zu motivieren und unsere dezentrale Redaktion mit den unterschiedlichen Persönlichkeiten und Befindlichkeiten zusammen zu halten.

Dieter gehörte zu den bescheidenen, leisen Menschen. Nur sehr selten schrieb er eigene Beiträge, er stand nicht im Rampenlicht, sondern organisierte zuverlässig, ja fast fürsorglich aus dem Hintergrund die Infrastruktur für die RedakteurInnen, AutorInnen und Projekte. Viele Jahre arbeitete er im Heidelberger Büro, wo anfangs noch vierteljährliche Redaktionsplena stattfanden. Dann zog es ihn in den Süden, und er verwirklichte das für sich, von dem so manche und mancher aus der Redaktion ebenfalls träumte. Auf einem sehr bescheidenen materiellen Niveau, aber mit vielen Aufgaben und großer Verantwortung versehen, lebte Dieter in Portugal im beschaulichen Fuseta, am Meer in der Nähe von Faro. Dort starb er nach kurzer Krankheit am 12. März 2013, wenige Tage vor seinem 67sten Geburtstag. Er arbeitete noch bis wenige Stunden, bevor er ins Krankenhaus kam. Die Seiten 3 bis 5 der vorliegenden CONTRASTE gestaltete er noch, und wir haben sie unverändert übernommen.

CONTRASTE war Dieters Leben, wir waren eine Art Familie für ihn. Er hat viel Wissen über unsere Zeitung und viele lustige Geschichten aus dem Redaktionsalltag mit ins Grab genommen. Es ist tragisch, dass wir keinen schrittweisen Übergabe- und Kollektivierungsprozess mit ihm haben können. Gespräche darüber, wie lange er noch arbeiten möchte, waren mit ihm leider nicht möglich. Glücklicherweise hat Dieter recht gut sortierte Unterlagen hinterlassen, und seine Heidelberger Kollegin Ute kann uns an vielen Punkten weiterhelfen.

Unser toller Zeitungsmacher, der so eine Sehnsucht nach Freiheit hatte, ist nun frei von allem und fliegt – wohin auch immer. Es ist traurig, dass wir Dieter, ohne den es CONTRASTE nicht gäbe, verloren haben. Wir hätten so gerne im Oktober 2014 mit ihm den 30. Geburtstag seines Lebenswerks gefeiert. Und es ist eine große Herausforderung für uns als Redaktion, nun ohne ihn weiter zu machen. Aber schließlich sind wir eine Zeitung für Selbstorganisation, da werden wir das doch wohl schaffen?! ●

Elisabeth Voß und die Redaktion der CONTRASTE – Monatszeitung für Selbstorganisation

Auf den Seiten 6 und 7 findet ihr persönliche Erinnerungen von CONTRASTE-RedakteurInnen an Dieter Poschen.

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Darmstadt eG
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05
IBAN DE02508900000051512405
BIC GENODEF1VBD

INTERN

Wir machen weiter

An dieser Stelle schrieb bisher die Redaktion Heidelberg. In den letzten drei Ausgaben berichtete Dieter Poschen darüber, welche Probleme seit der Schließung unserer bewährten Druckerei Caro zu bewältigen waren: „Verspäteter Versand" (Januar), „Zum Haare ausraufen..." (Februar) und „Neue Druckerei, neue Kosten, neues Layout" (März).

Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● Jetzt ist die Redaktion Heidelberg verstummt. Zur Erinnerung an unseren lieben Freund und tollen Zeitungsmacher veröffentlichen wir hier einen Beitrag von ihm zur Geschichte unserer Zeitung.

Wir verbliebenen RedakteurInnen bemühen uns nach Kräften, trotzdem weiterhin die CONTRASTE herauszubringen. Dafür werden wir noch mehr als bisher auf Eure Unterstützung angewiesen sein. Wir bitten Euch um Geduld, wenn die Zeitung nicht wie gewohnt pünktlich erscheint oder wenn wir es nicht schaffen, Anfragen oder Artikelangebote zeitnah zu bearbeiten. Wir müssen uns neu sortieren und tun, was wir können, um CONTRASTE am Leben zu erhalten.

Unsere chronische Finanzierungslücke wird durch die neue Situation größer werden, so dass wir Euch bitten, uns in dieser schweren Zeit verstärkt mit Abonnements, Fördermitgliedschaften im Contraste e.V. und Spenden zu unterstützen.

Wer uns durch tatkräftige Mitarbeit unterstützen möchte, ist herzlich eingeladen, zum Notfallplenum am Sa. 27./So. 28. April nach Berlin zu kommen. Bitte meldet Euch rechtzeitig an bei: contraste@online.de ●

Das Graffitti von maya machte Dieters Bus in ganz Fuseta bekannt. Foto: Elisabeth Voß

Kleine Chronologie der CONTRASTE

Von Dieter Poschen† ● »Viererbande«, »Basis«, »Betriebszeitung in der taz« waren bis 1984 die Kommunikationsorgane der Selbstverwaltungsszene. 1984 war die Bewegung auf ihrem Höhepunkt und initiierte selbstbewusst gleich weitere größere Projekte bei einer Messe auf dem Gelände der damals noch selbstverwalteten ASH-Krebsmühle in Oberursel bei Frankfurt. Der Standort für die Messe war nicht zufällig Hessen, die erste rot-grüne Landesregierung befand sich in den Startlöchern. Der 1983 gegründete »Verband der Selbstverwalteten Betriebe Hessens« hatte ein Förderprogramm für die hessische Selbstverwaltungsszene vorbereitet, den »Hessentopf«, der neben der Diskussion um eine eigene Bank der Bewegung im Mittelpunkt von Diskussionsveranstaltungen auf der Projektemesse stand. Gegründet wurde aber auch ein Zeitungsprojekt, das fortan als Diskussionsforum der selbstverwalteten Betriebe und selbstorganisierten Projekte erscheinen sollte: das »Wandelsblatt«, dessen erste Ausgabe im Oktober 1984 erschien. Schon nach der zweiten Ausgabe mussten die HerausgeberInnen klein beigeben, denn »Deutschlands große Wirtschaftszeitung«, das »Handelsblatt« klagte per Einstweiliger Verfügung mit hoch angesetztem Streitwert gegen das Logo des kleinen »Wandelsblatt«, daß sich ab Februar 1985 in CONTRASTE umbenannte.

Über und mit dem Forum CONTRASTE wurden im Laufe der nächsten Jahre viele kleine und größere Projekte von der Selbstverwaltungsbewegung initiiert und kritisch begleitet. So nutzte beispielsweise der Verein »Freunde und Förderer der Ökobank« CONTRASTE zur Diskussion und Einlagensammlung der Bank bis zur Gründung der Bank im Jahr 1988. Trotz erfolgreicher Initiierung vieler Großprojekte und Verbände musste die Zeitung immer wieder Rückschläge in ihrer Entwicklung hinnehmen. Erfolgreiche Betriebe, Geldinstitute und Verbände legten sich eigene Marketinginstrumente zu, CONTRASTE spielte mit seinem kritischen Anspruch fortan keine Rolle mehr in der Öffentlichkeitsarbeit der sich etablierenden Projekte.

»Ökologisch leben, friedlich arbeiten in einer selbstbestimmten Gesellschaft« dieser Slogan der Projektemesse 1984 zieht sich bis heute als roter Faden durch die Spalten der CONTRASTE. Mit selbstbestimmten Leben in einer zukünftigen Gesellschaft beschäftigen sich viele Initiativen und Projekte und nutzen das Forum CONTRASTE zur Diskussion und Weiterentwicklung ihrer gesellschaftlichen Utopien. ●

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen?

Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland, bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus.

Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

Heinz Weinhausen am CONTRASTE-Stand beim Wiener Kongress (siehe Seite 3) Foto: Francesca Piccinotti

JETZT CONTRASTE FÖRDERN!

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
  (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.: Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

EINDRÜCKE VOM WIENER KONGRESSS »SOLIDARISCHE ÖKONOMIE«

Es funktioniert ohne Boss

Hier hätten die Journalistinnen und Journalisten der großen Medien Zukunft schnuppern können. Sie zogen es vor, den Kongress »Solidarische Ökonomie« nicht einmal zu ignorieren. Am Abend des Kongressausklangs war die Spitzenmeldung der politischen Nachrichten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk die österreichische Silbermedaille bei der Nordischen WM. Das Treffen der 1.000, die in 100 Veranstaltungen über Alternativen zur zerstörerischen Wirtschaftsgegenwart nachdachten, kam nicht vor.

Von Robert Sommer, Wien ● Den Leuten von der Landwirtschaftskommune »Le Gardin des Charrotons« in der französischsprachigen Schweiz war es irgendwann zu blöd, Anfragen, wer denn für die Geschäfte des alternativen Betriebs zuständig sei, nüchtern zu beantworten. »We killed the boss«, erzählen sie den chefgläubigen BesucherInnen aus der hierarchischen Außenwelt. Der Boss des zweiten Wiener Kongresses »Solidarische Ökonomie« ist in diesem Sinne ebenfalls umgebracht worden. Aber es funktioniert auch hier ohne Chef, obwohl so ein Kongress, der sich auf drei Tage erstreckt, der von fast tausend Menschen aktiv oder passiv »heimgesucht« wird und in dessen Rahmen hundert Veranstaltungen stattfinden, ohne effiziente Organisationsstruktur nicht denkbar erscheint.

Die Vorbereitungsgruppe, AktivistInnen aus den diversen Laboratorien des anderen Lebens und Arbeitens, sorgten »nur« – zusammen mit der Hochschülerschaft der Uni für Bodenkultur (Boku), die großzügige Gastgeberin des Kongresses war – für die Infrastruktur. Sie brachten das 68-seitige Programmheft heraus, verteilten die BOKU-Räume und – Vortragssäle unter die Workshop-AnbieterInnen und sorgten mithilfe zweier gastronomischer Kollektive für Freude in der Kantine. Die KongressgestalterInnen, das waren die rund hundert Menschen, die sich angeboten hatten, einen der Vorträge, Workshops, Debatten etc. zu organisieren. Es hatte also keinen Sinn, der Vorbereitungsgruppe etwa vorzuwerfen, die Selbstorganisationsszene im künstlerischen Bereich habe die Schwellen der Bodenkultur nicht überschritten.

Der Kongress funktionierte (wie der erste, der 2009 ebenfalls auf der Boku stattfand), weil die TeilnehmerInnen Achtsamkeit praktizierten, und das ist viel in Wien, wo eine Durchsage der Wiener Linien immer noch lautet »Seien Sie bitte achtsam, zwischen dem Bahnsteig und der U-Bahntüre ist ein Spalt«, statt »Geben Sie acht.« – als ob »Achtsamkeit« nicht für ein schönes Verhältnis zwischen Menschen, sondern für die ordinäre Vorsicht stünde.

Die Blumen des Müllsystems

Zwei der vielen berührenden Momente im Kongress. Für das erste sorgte die Vorbereitungsgruppe. Sie nützte das Startplenum, um Dieter Schrage zu würdigen, jenen Theoretiker und Praktiker solidarischer Lebensformen, der beim 2009er Kongress die Jüngeren ins Staunen brachte, weil er dem Bild der resignierten Altlinken so gar nicht entsprach, und der den Fortsetzungskongress, bei dem er über Hausbesetzungen und über Stadtzerstörungen berichten hätte können, nicht mehr erlebte. Der zweite Moment war die Blumenverteilung am letzten Tag – eine Intervention von AktivistInnen, die mit diesem Schenk-Akt einen der großen »Trends« dieses Kongresses demonstrierten, die wachsende Vielfalt der geldlosen Experimente. Andererseits erinnerten die Blumen daran, dass der Kapitalismus keine Gebrauchsgüter, sondern Waren und Müll produziert. Sie waren aus dem Container einer Blumenhandlung gefischt worden: unverkäuflich, aber ohne Makel.

Es gab keine Besucherin, keinen Besucher des Kongresses, die oder der nicht über den Umfang des Programmheftes staunte, das bei der Anmeldung ausgeteilt wurde. Hier blieb die Qual der Wahl nicht bloß ein Sprichwort, sondern sie schmerzte tatsächlich. Was sonst sollte sie, wenn man am Sonntagvormittag im Workshop »Urbane Subsistenz« saß und wusste, dass zur selben Zeit in den Nachbarhörsälen oder in den Nebengebäuden Themen behandelt werden, an denen man ein ebenso großes Interesse hätte: »Die alten und die neuen Allmenden«, »Cecosesola – Gelebte Utopie einer Kooperative in Venezuela«, »Gerechtere und friedensfähige Geldordnung«, »Die Nahrungsmittelkrise in Bangladesh«, »Erfahrungen des Hofkollektivs Wieserhoisl (Deutschlandsberg)«, »Kollektive zwischen Selbstausbeutung und Selbstverwirklichung«, »Open Hardware als Werkzeug der Erforschung alternativer Wirtschaftsmodelle«, »Platfarming – eine Plattform für Ernährungssouveränität, Lebensfreude und gemeinsames Wohnen«, »Greenskills – Öko-Architektur in Aspern«, »StadtFruchtWien – Präsentation einer Initiative«, »Tierkonsum und Ressourcenmanagement«, »Industrial Workers of the World«, »Who cares?«, »Wie gründe ich ein (Lasten-)Radkollektiv?«, »Wie gründen wir eine neue Food Coop?«

Berliner Redakteurin Elisabeth Voß auf dem Wiener Kongress Foto: Robert Sommmer

Grüße nach Thessaloniki

Vielleicht fällt jemandem die Dominanz ernährungs-, umwelt-und agrarpolitischer Themenstellungen auf. Das Rätsel ist leicht zu lösen, es liegt im Erbe der deutschen wie der österreichischen Sozialdemokratie begraben. Die Schwesternparteien nutzten ihr Beinahe-Monopol auf ArbeiterInnenvertretung zur Dämonisierung jeglicher Infragestellung der Besitzverhältnisse in der industriellen Produktion. ArbeiterInnenselbstverwaltung in okkupierten Betrieben hat daher keine Tradition in Österreich und Deutschland. Wenn in Wien die Schwedenbombenfirma (*in Österreich werden Schokoküsse Schwedenbomben genannt, d. Red.*) bankrott geht, kommt es keiner Dienstnehmerin und keinem Dienstnehmer in den Sinn, die beliebten Kuppeln in Eigenregie zu produzieren und zu vermarkten. In dieser Hinsicht kommt die Revolte aus dem Süden, man sollte ihr entgegengehen.

Brauchte man an diesem langen Wochenende aber nicht, weil Protagonisten der Betriebsbesetzungen in Serbien und Griechenland zum Kongress nach Wien gekommen waren. Allein die Informationen aus erster Hand – über die Baustofffabrik Vio.Me in Thessaloniki und über die Pharmafirma Jugoremedija in Srebrenica – machten die Teilnahme am Kongress Solidarische Ökonomie zu einem der Erlebnisse, die mensch braucht, um die brennende Geduld (Antonio Skarmeta) zu bewahren...●

www.solidarische-oekonomie.at

DER KARLSHOF

Erfolgreich scheitern – geht das?

Der Karlshof: Ein ehemaliger LPG-Hof nahe Templin in der Uckermark. Vor gut 7 Jahren überließ die »Projektwerkstatt auf Gegenseitigkeit« (PaG) ihn der »Lokomotive Karlshof« zur Nutzung. Auf dem Hof entstand das Experiment einer »Nicht-kommerziellen Landwirtschaft« (kurz NKL). Im Frühjahr 2012 erklärte die Gruppe ihr Scheitern. Der Karlshof ist nun erst einmal wieder an die PAG zurückgegangen – Raum für einen Neubeginn. Wir suchen neue Gruppen!

Was ist die PaG?

Die Projektwerkstatt auf Gegenseitigkeit (PaG) ist ein Netzwerk von Gemeinschaftsprojekten und Einzelpersonen. Gegenwärtig gehören neben dem Karlshof der Projektehof »Wukania« in Biesenthal sowie die Initiative »Aller_Dings« in Strausberg dazu. (Mehr über uns in dem Artikel zur PaG auf Seite 4).

In der gegenwärtigen Übergangsperiode betreuen wir den Karlshof und sorgen für seinen Werterhalt. Parallel dazu versuchen wir, die Weichen für die Zukunft zu stellen. Im folgenden wollen wir einen Blick zurück auf die letzten Jahre werfen und ein paar erste Ideen zur zukünftigen Nutzung des Karlshofs vorstellen.

Woran ist die Gruppe gescheitert?

Persönliche Konflikte und inhaltliche Differenzen hatten sich dermaßen zugespitzt, dass die Gruppe keinen anderen Weg mehr sah, als ihr Scheitern zu erklären. Es war das Ende eines Prozesses, in dem die Gruppe versucht hatte, ihre Konflikte zu bearbeiten, auch begleitet durch Moderation, Supervision und Mediation. Die Positionen hatten sich jedoch schließlich zu sehr verhärtet.

Zu den Gründen des Scheiterns können wir gegenwärtig noch nicht viel sagen. Der Klärungsprozess ist komplex. Wir wollen sorgsam mit Personen und Konfliktlinien umgehen, in der Hoffnung, aus den Erfahrungen zu lernen. Das braucht Zeit.

Statt Antworten haben wir gegenwärtig eher Fragen. War vielleicht der Hof für eine relativ kleine Gruppe eine Nummer zu groß? Wie viel Kraft hat der Entwurf der »nicht kommerziellen Landwirtschaft« (NKL) gekostet? Hat die Gruppe sich im Laufe der Jahre mit den verschiedensten praktischen Tätigkeiten letztlich übernommen? Wurden genug Energien in das Wachstum der sozialen Beziehungen gegeben? Hat die PaG die Gruppe intensiv genug begleitet? Wie weit war sie offen, sich in ihren Konflikten begleiten zu lassen? Das sind nur einige der Fragen, die wir uns stellen.

Der Karlshof Foto: PaG

Konflikte, Trennungen, auch das Scheitern von Vorhaben gehören zum Leben. Wir suchen den produktiven Umgang damit, bemühen uns, Situationen zu entdramatisieren. Die Möglichkeit des Scheitern denken wir bereits mit, wenn eine neue Gruppe an den Start geht. Die Unterstützung der Betroffenen ist uns wichtig. In der Reflektion des Scheiterns versuchen wir, Schuldzuschreibungen zu vermeiden und Schwächen unseres Handelns zu erkennen, um alte Fehler zukünftig zu vermeiden; in der Gewissheit, dass wir neue machen werden.

Nicht nur Scheitern, sondern auch viel Bewegung

Als die »Lokomotive Karlshof« 2005 den Hof übernahm, betrat sie ein sehr unwirtliches Gelände: 50ha Land, das seit vielen Jahren nicht bearbeitet worden war, zwei Wohngebäude mit erheblichem Sanierungsbedarf und eine Vielzahl von Wirtschaftsgebäuden in überwiegend baufälligem Zustand.

Mit Hilfe von hunderten UnterstützerInnen verwandelte sich dieser heruntergekommene Hof. Auf über 20 Hektar Land wurden unterschiedliche Kulturen (verschiedene Getreide, Ölsaaten, Gemüse und Hülsenfrüchte) angebaut und zum Teil weiterverarbeitet. Zwei Gebäude wurden bewohnbar gemacht, ergänzt von einer Schlafetage und einem Lehmhäuschen und sanitären Einrichtungen. Es entstanden Räume zur Lagerung und Weiterverarbeitung, Werkstätten und ein vielfältiger Maschinenpark. Es wurden Kooperationen in der Nachbarschaft entwickelt wie auch mit anderen kollektiven Projekten.

In der Landwirtschaft beschritt die Gruppe von Beginn an neue Wege. Sie wollte nicht für einen anonymen Markt produzieren, sondern ein Netzwerk von ErzeugerInnen und VerbraucherInnen aufbauen. Jede(r) sollte sich ihren/seinen Möglichkeiten entsprechend an den anstehenden Arbeiten wie auch an der Deckung der Kosten beteiligen. Und jede(r) sollte auch unabhängig von ihrem/seinem Beitrag in den Genuss der produzierten Güter kommen.

In einer Form von Beitragsökonomie sollten Geben und Nehmen voneinander entkoppelt werden. Befreit von den Sachzwängen einer am Markt orientierten Produktion sollte Raum geschaffen werden, um an einer Kultur der Kooperation zu arbeiten: sich gegenseitig zu eigenständigem und verantwortlichem Handeln ermutigen, voneinander lernen, Rollen, Dominanzen und Hierarchien reflektieren und bearbeiten.

In den folgenden Jahren versuchte die Gruppe mit viel Leidenschaft und Energie diese Idee in die Praxis umzusetzen Und sie animierte viele Menschen dazu, sich an diesem gegenströmigen Unterfangen zu beteiligen. Viele praktische Erfahrungen wurden gemacht; einiges gelang, anderes blieb in Ansätzen stecken. Der Weg war steiniger als erwartet und anstrengender als gewünscht. Aber aus dem Karlshof war ein lebendiger Ort für Viele geworden. Auch war er inspirierend für Menschen, die an anderen Orten eigene nicht-kommerzielle Projekte starteten.

Wir bedauern es sehr, dass die Gruppe, die so viel Kraft und Energie in diesen Hof gegeben hat, ihn nun nicht weiter mitgestaltet. Wir hoffen, dass sie die Ideen und Erfahrungen dieser Jahre bewahren und in neue Projekte einbringen können.

Die Geschichte der »Lokomotive Karlshof« ist nicht nur und in erster Linie eine Geschichte des Scheiterns, sondern die Geschichte einer mutigen, tatkräftigen Gruppe, die uns einen Schatz von Erfahrungen hinterlässt. Ihr gilt unser Dank und unsere Wertschätzung.

Neue Gruppe(n) für den Karlshof

Seit dem letzten Herbst ist der Karlshof nun wieder an die PaG zurückgegangen. Unterstützt von Menschen aus dem NKL-Netzwerk sichern wir ihn und versuchen, ihn auch in dieser Übergangsperiode lebendig zu halten. Gleichzeitig suchen wir nach neuen langfristigen NutzerInnen des Karlshofs. Dabei sind wir für sehr unterschiedliche Optionen offen.

Zunächst einmal die uns liebste: Wir wollen den Hof auch zukünftig gerne unter dem Dach der PaG sehen; die Reprivatisierung wollen wir vermeiden. Der Hof ist Teil unserer Geschichte. Über vielerlei Erfahrungen fühlen wir uns ihm auch emotional verbunden. Der Karlshof soll auch weiterhin ein Ort für nichthierarchische gemeinschaftliche Experimente sein.

Wir wünschen uns daher eine oder auch mehrere neue Gruppen, welche neben dem Interesse an der Umsetzung ihrer Ziele auf dem Hof auch Lust auf die Mitarbeit in der PaG und unseren sozialen Zusammenhang haben.

Für uns ist diese Situation Neuland: Bislang haben wir immer gemeinsam mit Gruppen, die schon Teil der PaG waren, ein für sie angemessenes Grundstück gesucht. Nun suchen wir dagegen Gruppe(n) für ein Grundstück. Wir wollen uns damit auf einen besonde-

Fortsetzung auf Seite 4, links unten

PROJEKTWERKSTATT AUF GEGENSEITIGKEIT (PaG)

Autonomie und Gegenseitigkeit

Vor 12 Jahren gingen wir an den Start. Nach und nach ist ein kleines Netzwerk selbstorganisierter Projekte in Berlin-Brandenburg gewachsen. Was hat die Gründung inspiriert? Welche Erfahrungen haben wir gemacht? Wie viel Verbundenheit hat sich zwischen den Projekten hergestellt? Autonomie und Gegenseitigkeit – wie haben wir sie zusammengebracht?

»Die Häuser denen, die drin wohnen – die Betriebe denen, die dort arbeiten«, unter diesem Slogan gingen in den 70er und 80er Jahren viele daran, die gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrem Alltag zu verändern. Sie stellten damit die Eigentumsfrage neu. Im Laufe der Jahre ging jedoch ein Großteil des einstmals gemeinschaftlich erworbenen Eigentums in den Kollektiven und Alternativbetrieben schleichend wieder in individuelles Privateigentum über.

Aus diesen Erfahrungen entstand die Idee, Eigentum und Nutzung zu trennen. Es sollen deshalb Wege gefunden werden, wie selbstverwaltete Wohn- und Arbeitsprojekte ihre Utopien in Häusern und Grundstücken erproben können, die »niemandem« gehören – also weder angeeignet noch profitabel verwertet werden können. Zu diesem Zweck haben wir die »Projektwerkstatt auf Gegenseitigkeit« (PaG) gegründet. Das zentrale Werkzeug, um Re-Privatisierung auszuschließen, ist die Rechtsform der Stiftung. Die Verantwortung für das neutralisierte Eigentum tragen alle Mitglieder der PaG gemeinschaftlich.

Über ihre Stiftung erwirbt die Projektwerkstatt Immobilien, die den in der PaG organisierten Gruppen für ihre Ziele geeignet erscheinen. Den Gruppen wird dann die Immobilie zur Nutzung ausgeliehen und so die gewollte Trennung von Eigentum und Nutzung festgeschrieben. Durch sorgsamen Umgang mit dem Stiftungskapital, Erhalt der erworbenen Immobilien und das gemeinsame Einwerben immer neuer Geldmittel soll gewährleistet sein, dass stets neue und weitere Projekte dazu kommen können. Außerdem können Gruppen, die bei der PaG mitmachen wollen –nach ausführlichem Kennenlernen und gegenseitigem Einverständnis – bereits in ihrem Besitz befindliche Immobilien zur Neutralisierung einbringen und weiter nutzen.

Die PaG will die Entwicklung und Erprobung solidarischer und gemeinschaftlicher Wohn-, Lebens-und Arbeitsprojekte umfassend unterstützen, sowohl in bestehenden als auch in neu gegründeten Gruppen. Wir tun dies, indem wir den ökonomischen Druck auf die Projekte mildern und Sach- und Fachkompetenz in allen wichtigen Bereichen zur Verfügung stellen. Damit werden in den einzelnen Projekten Ressourcen freigesetzt, um mehr Raum für die eigentlichen Projektziele zur Verfügung zu haben. Die PaG will mehr sein als ein Dach autonomer Projekte; sie will an einer Verbundenheit zwischen ihnen arbeiten. Viele Projekte sind gescheitert, weil sie auf sich allein gestellt waren, sich übernommen haben und in ihrer Vereinzelung Krisen nicht produktiv bewältigen konnten. Mit unserem Netzwerk versuchen wir, dem zu begegnen.

Wer wir sind

Bisher hat die PaG drei Projekte, »Wukania« in Biesenthal, »Aller_Dings« in Strausberg und den Karlshof bei Templin. Daneben sind zwei Dutzend Einzelpersonen Mitglied in der PaG. Die meisten kommen aus ehemaligen Kollektiven und linken politischen Zusammenhängen in Berlin-Brandenburg. Menschen ganz unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher Sozialisation und politischer Erfahrung treffen hier aufeinander. Wir lernen viel voneinander – und manchmal knirscht es auch.

Von Beginn an haben wir Tendenzen zur Insitutionalisierung entgegengewirkt. Zur Stärkung unserer Selbstorganisation haben wir schon bald ein geschäftsführendes Sekretariat abgeschafft und die Aufgaben rotierend wahrgenommen. Nach einer gewissen Erstarrung unserer Gremien haben wir uns vor zwei Jahren weitgehend von ihnen verabschiedet und angefangen, mit einer »Initiativkultur« zu experimentieren. Seitdem lebt die PaG von der spontanen Bereitschaft ihrer AkteurInnen, MitstreiterInnen zu gewinnen für die Wahrnehmung diverser Aufgaben und Initiativen. Das klappt leider nicht immer, denn es setzt ein hohes Maß an Kommunikation und Transparenz voraus. Das ist wohl auch einer der Gründe, weshalb die PaG sich schwer tut, neue Gruppen zu integrieren. Vielleicht sind wir auch nicht offen genug für sie? Oder erscheint ihnen unser Konstrukt, unser Zusammenhang als zu anstrengend?

Mit den Jahren konnte die dominante Stellung der Älteren abgebaut werden und die PaG wuchs zu einem lebendigen sozialen Zusammenhang. Seine Bewahrung ist kein leichtes Unterfangen. Alle einzelnen Projekte sind bzw. waren Projekte im Aufbau. In ihnen wird eigentlich permanent gebaut. Wie in allen jungen Projekten sind sie mit komplexen sozialen und ökonomischen Anforderungen konfrontiert, die viele Energien absorbieren. Dennoch gelang es auf den unterschiedlichsten Ebenen, sich gegenseitig zu unterstützen.

PaG-Commons-Tour 2012: Karlshof — Foto: PaG

Gegenseitigkeit und Autonomie

»Gegenseitigkeit« bedeutet für uns nicht nur gegenseitige finanzielle Unterstützung. »Gegenseitigkeit« meint auch Unterstützung in der Projektentwicklung, auf den Baustellen und in der Konfliktbegleitung. Unsere Verbundenheit drückt sich auch darin aus, dass wir uns projektübergreifend in politische und soziale Konflikte der Region einmischen, uns mit anderen Projekten vernetzen, z.B. in Seminaren zur Nicht-Kommerzialität – und dass wir last but not least gemeinsam Feste feiern.

Nicht immer gelingt es, eine gute Balance von Autonomie und Gegenseitigkeit zu entwickeln. Auch wir sind damit konfrontiert, dass Projekte vor allem »ihren Garten« im Blick haben und bisweilen die PaG als ihnen äußerliche Institution betrachten. Und von Seiten der PaG gab es auch immer wieder eine gewisse Furcht, sich zu sehr in die Belange der Projekte einzumischen. In der Aufarbeitung des Scheiterns der »Lokomotive Karlshof« sind wir aktuell gefordert, herauszubekommen, wie Autonomie und Gegenseitigkeit in eine bessere Balance zu bringen sind. Wir hoffen, dass neue Gruppen, die sich in den Grundorientierungen unseres Netzwerks wieder finden, uns in unserer Entwicklung bereichern.

Weitere Informationen über uns sind übers Internet erhältlich: www.gegenseitig.de
Interessierte Gruppen können mit uns über folgende Mail-Adresse Kontakt aufnehmen:
neuegruppen@gegenseitig.de●

Die PaG

Wer uns und damit die Möglichkeit des Erwerbs weiterer Immobilien fördern will, kann dies über folgendes Konto tun:
Stiftung D.S.
Berliner Volksbank eG
BLZ: 10090000, Kontonummer: 7035041006

Anzeige

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

FORTSETZUNG VON SEITE 3

ren Prozess einlassen, der sowohl für uns wie für die interessierten Gruppen einige Herausforderungen mit sich bringt. Wir wünschen uns einen eher langsamen Annäherungsprozess, in dem es vor allem darum gehen muss, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen .Das kann sich nicht nur im Gespräch herstellen, sondern braucht auch praktische Kooperationsebenen, die wir gemeinsam herausfinden müssen; vielleicht. auch praktische Interims-Lösungen wie zum Beispiel eine zunächst befristete Verpachtung des Hofes an die interessierten Gruppen.

Sehr begrüßen würden wir, wenn die neue(n) Gruppe(n) Lust auf den Acker mitbringen. Denn der Zugang zu Land, als Basis für die Produktion von Nahrungsmitteln, wird auch in unserer Region immer schwieriger (Bodenspekulation, steigende Bodenpreise). Formen subsistenzorientierter Bodennutzung bzw. solidarischer Landwirtschaft fühlen wir uns eng verbunden. In diesem Sinne wünschen wir uns ein Stück Kontinuität zur bisherigen Nutzung des Karlshofs.

Gruppen, die sich in dieser Skizze wiederfinden und sich mit Lust und Geduld gemeinsam mit uns auf den Weg machen wollen, würden wir zunächst Priorität geben. Und wir sind auch offen dafür, InteressentInnen mit unseren langjährigen Kollektiverfahrungen bei dem Prozess der Gruppenbildung zu unterstützen.

Andere Optionen

Wir können gegenwärtig nicht beurteilen, ob unser Wunschprogramm auf Interesse stößt. Da wir den Hof nicht über Jahre hinweg verwalten wollen, sind wir auch offen für andere InteressentInnen. Falls wir keine Gruppe finden, die zur PaG passt, würden wir den Hof auch verkaufen, um mit dem Erlös andere Projekte zu ermöglichen.

Interessierte Gruppen bzw. Personen können mit uns über folgende Mail-Adresse Kontakt aufnehmen: neuegruppen@gegenseitig.de

Es wäre hilfreich, wenn ihr uns darin ein paar erste Infos über euch, eure Projekte und eure Interessen mitteilen würdet.●

Die PaG

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 35 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Über papiernene Grenzen und grenzenlose Ausgrenzung

Gegen Abschottung und Illegalisierung – für gleiche soziale Rechte und medizinische Versorgung für jede/n

Wie viele »Menschen ohne Papiere« in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin leben, ist unklar. Unsichtbare lassen sich schlecht statistisch erheben, aber geschätzt sind es mehrere zehntausend allein in Berlin. Dabei werden diese Menschen in sämtlichen Lebensbereichen illegalisiert. Sie haben keine legalen Erwerbsmöglichkeiten, kein Recht Wohnungen an zu mieten, keine Recht auf Sozialhilfe, keinerlei staatsbürgerlichen Rechte und faktisch kein Recht auf medizinische Versorgung. Zwar ist laut Asylbewerberleistungesetz medizinische Hilfe bei akuten und schmerzenden Krankheiten unerlässlich, worunter auch Illegalisierte fallen, doch faktisch müssen die reduzierten Leistungen beim Sozialamt beantragt werden, welches rechtlich verpflichtet ist, beim Ausländeramt Meldung zu machen.

Mit der EU-Osterweiterung veränderte sich die Situation nochmals. Vor allem Menschen aus Rumänien und Bulgarien haben allgemein kein Problem mit ihrem Aufenthaltsstatus, allerdings ist die gesundheitliche Versorgung problematisch, da sie über keinen regulären Zugang zum Arbeitsmarkt verfügen. Viele sind weder in den Herkunftsländern noch hier krankenversichert und verfügen nicht über die finanziellen Mittel die Kosten selbst zu tragen. Die Folgen für die Betroffenen sind schwerwiegend. Schmerzen werden ausgehalten, Krankheiten durch Verschleppung verschlimmert, dadurch Behandlungsmöglichkeiten reduziert, eine Regelversorgung findet gar nicht statt. Gerade die Versorgung Schwangerer wird zunehmend erschwert, auch weil der finanzielle Druck auf die Krankenhäuser stetig steigt. Dadurch steigen die Risiken während einer Geburt enorm. Hätte ein anonymer Krankenschein, die Sachlage simpel und effizient gerade für Illegalisierte erleichtert, sieht die Berliner Koalition weiterhin von seiner Einführung ab und auch die Kostenübernahme bei einer rechtlich verpflichtenden Notfallversorgung bleibt weiterhin ungeklärt.

Büro für medizinische Flüchtlingshilfe Berlin

»Ich krieg' mein Kind da wo ich will« - so lautete das Motto des Schwangeren-Flashmops des Medi-Büros (Büro für medizinische Flüchtlingshilfe) Anfang März. Dies war der Auftakt einer neuen Kampagne, mit der die Gruppe auf die desolate Situation Illegalisierter und neuer EU-BürgerInnen aufmerksam machen wollen. Strategisch platzierte Plakate in ganz Berlin folgten und brachten den alltäglichen Spießrutenlauf von Menschen ohne Papiere ins Sichtfeld der Gesellschaft. Seit inzwischen 17 Jahren leistet das MediBüro als selbstorganisiertes und nichtstaatliches Projekt praktische Hilfe für Menschen ohne Aufenthaltsstatus oder Zugang zu medizinischer Versorgung und verfolgt als antirassistische Initiative das Ziel der Verbesserung der Gesundheitsversorgung auch auf politischem Weg.

Nachdem im August 2011 die finanziellen Mittel zur Hälfte erschöpft schienen, konnte das Projekt durch Spenden aufrecht erhalten werden und führt seine Arbeit fort. Allerdings bedeutet die fortlaufende Arbeit immer auch fortlaufende Kosten für Diagnostik, Medikamente und Materialkosten, insofern ist eine Unterstützung grundsätzlich willkommen.

Auch ÄrztInnen, Hebammen, HeilpraktikerInnen, KrankengymnastInnen und ZahnärztInnen, die sich vorstellen können, Menschen ohne Krankenversicherung zu behandeln, können sich mit dem MediBüro in Verbindung setzen und so zur nötigen Hilfestellung beitragen. Von Beginn an arbeitete das MediBüro auf seine Selbstabschaffung hin, doch davon kann im Moment leider keine Rede sein. Immer noch ist es eine der wenigen und darum umso wichtigeren Anlaufstellen für Menschen, die sonst keinen Zugang zu gesundheitlicher Versorgung haben.●

Stella Napieralla

Weitere Informationen unter: www.medibuero.de

Netzwerk Selbsthilfe – der politische Förderfonds
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, www.netzwerk-selbsthilfe.de

PROJEKTVORSTELLUNG: IRVING-ZOLA-HAUS

Barrierefreiheit, Emanzipatorisch, Selbstbestimmt

Im Dezember 2012 wurde in Berlin-Kreuzberg das Gelände der ehemaligen Gerhart-Hauptmann-Schule in der Ohlauer Straße besetzt. Es entstanden hier zwei Projekte, das Irving-Zola-Haus und das Refugee-Strike-House. Das Bezirksamt duldet die BesetzerInnen erst einmal bis März. Ein Interview mit Tim Möller vom Irving-Zola-Haus.

Foto: Giovanni Lo Curto

In Berlin gibt es bereits eine Vielzahl von Veranstaltungsorten und Projekträumen, warum haltet ihr einen weiteren Raum für notwendig, was fehlte eurer Ansicht nach bisher?

Also, der erste Punkt warum dieses Projekt so unglaublich wichtig ist und sich von anderen Projekten abgrenzt ist, dass es in dem ebenerdigen Bungalow die Möglichkeit gibt ihn Barrierefrei umzubauen. Das ist ein wichtiger Punkt für uns. Darum war es auch eine der ersten Handlungen die wir gemacht haben, hier anzufangen eine Toilette einzurichten, die mit einem Rollstuhl benutzbar ist. Und der andere Punkt ist, nur weil es bereits eine Vielzahl von Projekten gibt, heißt das noch lange nicht, dass es ausreichend ist. Wir leben immer noch in der kapitalistischen Gesamtscheiße. Anscheinend gibt es immer noch nicht genug Projekte, um die Revolution mal endlich zu starten.

Ihr habt das Haus nach Irving Zola benannt, wie seid ihr auf diesen Namen gestoßen?

Irving Zola ist der Mitbegründer der Disability Studies, der Behinderung oder »anderer Begabung« als ein soziales Konzept darstellt. Mit der Namensgebung haben wir also jemandem, der im aktuellen Diskurs noch nicht so vorherrscht und dessen Studien noch nicht so weit verbreitet sind die Möglichkeit gegeben, bekannter zu werden. Wir wollen darauf aufmerksam machen, dass Behinderung ein soziales Konstrukt ist. Deshalb ist uns ein barrierefreier Raum so wichtig.

Auf eurer Internetseite schreibt ihr, dass es neben der Barrierefreiheit ein emanzipatorischer, und selbstbestimmter Raum sein soll, was bedeutet das für euch konkret?

Emanzipatorisch? Ich glaub im linken Kontext oder grad in anderen Projekten wie zum Beispiel das »New Yorck« oder so was kommen eben häufig Linke zusammen, die sich schon häufig mit einer Kritik der existierenden Verhältnisse auseinander gesetzt haben. Emanzipation bedeutet für mich in diesem Kontext, dass sich andere gesellschaftliche Gruppen mit einer solchen Kritik auseinandersetzen können, an einem Ort, wo die Hemmschwelle vielleicht nicht ganz so groß ist. Ein Ort wie dieser, der durch den Akt der Besetzung bereits die Macht von Staat und Kapital ganz praktisch untergräbt, sich also davon emanzipiert. Es soll für alle mittels dieses praktischen Erfolges ein Beweis sein für einen möglichen Emanzipationsprozess und ein Zeichen setzen, sich weiter von Herrschaftsverhältnissen wie beispielsweise Rassismus, Sexismus, Ableismus und Kapitalismus zu befreien.

Mit dem »selbstbestimmt« ist uns wichtig, dass es selbstorganisiert ist. Das bedeutet, dass es unabhängig und unkommerziell ist und also unabhängig vom Bezirk und anderen staatlichen Institutionen und Geldgebern und unkommerziell in dem Sinne, dass hier keine bezahlten Stellen wie »SozialarbeiterInnenstellen« entstehen sollen, die den strukturellen Zwang zum Selbsterhalt und uns zu einer Verwertung des Raumes zwingt, die dadurch nur systemstabilisierend wirkt. Selbstbestimmung versuchen wir auch durch die Mitgestaltungsmöglichkeit für Interessierte zu erreichen, bsp. durch offene Plena.

Habt ihr hier auch konkret Einstiegsveranstaltungen für Menschen, die sich bisher nicht mit linker Politik auseinandergesetzt haben, damit sie sich informieren können?

Jetzt noch nicht so wirklich. Zur Eröffnungsveranstaltung beziehungsweise in der gesamten ersten Phase haben wir im Kiez darum gebeten, sich zu beteiligen und haben gefragt »Wie soll der Raum hier aussehen?« Das war für uns eine Einführungsveranstaltung in dem Sinne, den Raum zu öffnen und zu sagen, dass keine Vorurteile da sind, dass der Raum erst mal offen ist für alles was andere Leute nicht diskriminiert. Wir wollen den Leuten im Kiez die Möglichkeit geben unvoreingenommen die Räume mitzugestalten, sich die Räume anzueignen.

Ihr habt hier mehrere Räume, finden auch unterschiedliche Veranstaltungen statt?

Wir haben einen Raum für Plena oder Veranstaltungen, einen für die Volksküche – unser Kiezcafé – und einen Raum mit Bühne für Parties oder Konzerte der meistens aber auch als Gruppenraum genutzt wird und den Umsonstladen. Alle vier Räume sind so um die 60 qm groß. Es sieht jetzt praktisch so aus, dass wir hier von linksradikalen Infoveranstaltungen bis hin zum Kinderkino am Samstag alles mögliche haben. Es gibt Jonglagekurse, aber auch Theaterworkshops. Das ist auch ein weiterer Grund, warum dieses Projekt so wichtig ist, weil wir hier versuchen wollen, aus so'nem geschlossenen linken beziehungsweise linksradikalen Kontext rauszukommen und mehr Kiezöffentlichkeit zu schaffen. Wir wollen diesen sozialen Raum für Kiezstrukturen im weitesten Sinne öffentlich zugänglich machen.

Auf das Gebäude hier, dass jetzt das Irving-Zola-Haus ist und die benachbarte Schule haben sich andere Projekte beim Bezirk Friedrichshain/Kreuzberg beworben. Hat das für euch irgendeine Rolle gespielt als ihr das Projekt hier angefangen habt?

Ja und auch nein. Wir haben das schon als Antwort auf das Bewerbungsverfahren vom Bezirk gemacht. Also vorhin meinte ich ja, dass wir hier ja einen Raum schaffen wollten, der außerhalb der staatlichen Kontrollen funktioniert. Wir wollten das ursprüngliche Verfahren von Schulz, was von der Bürgerversammlung angedacht war, dahingehend kritisieren, dass es wieder eine Pseudo-BürgerInnenbeteiligung ist, die nur der sozialen Befriedung dient. Den BürgerInnen wird eine Auswahl vorgesetzt, die der Bezirk getroffen hat. Diese Vorauswahl ist auch eine Vorauswahl von Inhalten und Strukturen, in denen wir als emanzipatorische, linke BesetzerInnen nie eine Chance hätten je einen Raum zu bekommen. Eben weil wir genau gegen den Bezirk, gegen den Staat und gegen solche Verfahren sind. Zum einen wird den BürgerInnen gesagt, wir leben in einer Demokratie und es gibt ja BürgerInnenbeteiligung, können dann aber nur Projekte wählen, die schon längst zu Ende geplant sind, wir können höchstens mitbestimmen aber nicht das machen, was wir eigentlich wollen, nämlich selbstbestimmen, was hier entstanden ist und weiter entstehen soll.

Sind jetzt von diesen Projekten auch welche hier aktiv beteiligt?

Ja, anfangs kamen häufiger Leute von der Projektgruppe her, sie sind solidarisch mit uns und wir treffen uns weiter. Sie haben dann relativ schnell selbst dieses intransparente Entscheidungsverfahren mit einem offenen Brief kritisiert. Und sich der weiteren Beteiligung an diesem Verfahren entzogen.

Die Räumlichkeiten sind vom Bezirk zunächst bis März geduldet, habt ihr schon Pläne wie es nach dem März mit dem Irving Zola Haus weiter gehen soll?

Ja, wie bisher. Irving-Zola-Haus bleibt!

Vielen Dank Tim für das Interview. ●

Weiterführende Infos unter:
www.irvingzolahaus.blogsport.de
www.reichenbergerkiez.net

Das Interview führte Ulrike Kumpe, Red. Berlin

Foto: Giovanni Lo Curto

KOTTI&CO – GEGEN VERTREIBUNGSPOLITIK IN BERLIN

Gecekondu

»Nachts hingestellt« oder wie es im türkischen heißt »Gecekondu«: So bezeichnen die Protestierenden am Kottbusser Tor von Kotti&Co in Berlin-Kreuzberg ihr Protest-Haus, das ihren Protest täglich sichtbar macht.

Von Ulrike Kumpe, Redaktion Berlin ● Die Analogie ist kein Zufall. Ein Gecekondu bezeichnet im Türkischen ein ungeplantes Stadtviertel, das quasi »über Nacht« und ohne behördliche Genehmigung gebaut wurde. Das Gecekondu von Kotti&Co ist zwar kein Stadtteil, aber eine Aneignung öffentlichen Raumes ist es dennoch – die behördliche Duldung folgte erst später. Der Vergleich ist daher nicht nur sprachlicher Natur, viele EinwanderInnen, nicht nur aus der Türkei leben hier am Kottbusser Tor seit vielen Jahrzehnten. Es ist ihr zu Hause und genau hier wollen sie auch bleiben. Doch die Mieten steigen weiter. Die Gründe liegen neben der Attraktivität Kreuzbergs im Ausstieg des Berliner Senats aus der Förderung von Sozialwohnungen. Darüber hinaus schaffte der Senat die Mietobergrenze (5,35EUR/qm) für den öffentlich geförderten Wohnungsbau ab und privatisierte die kommunalen Wohnungsbaugenossenschaften, wovon auch die Hochhäuser am südlichen Kottbusser Tor betroffen sind. Stadtverwaltung und Senat geben sich ratlos den von ihnen geschaffenen Problemen gegenüber. Ein Kernbestandteil dieser Probleme ist die Subventionierung privater Baugesellschaften im öffentlichen Wohnungsbau.

Zusammen mit dem Berliner Bündnis Sozialmieter. de, einer weiteren MieterInneninitiative und unter Schirmherrschaft des Stadtsoziologen Dr. Anrdej Holm gestaltete Kotti&Co eine Tagung am 13. November 2012 mit der sie das tun, wofür eigentlich PolitikerInnen bezahlt werden. Sie informieren alle Beteiligten über den Ist-Zustand im sozialen Wohnungsbau und wollten tragfähige und finanzierbare Konzepte für die 18.000 verbliebenen Sozialwohnungen in den Großsiedlungen entwickeln. Unter dem Titel »Nichts läuft hier richtig – Konferenz zum sozialen Wohnungsbau in Berlin« ging es um die Veränderungen der Mietsituation der letzten Jahre bis hin zu Vorschlägen der Re-Kommunalisierung. Es stellt sich die Frage: wer hier die ExpertInnen sind.

Doch Kotti&Co ist mehr geworden, als nur ein Anti-Mieterhöhungsprotest. Mit dem Gecekondu haben sie einen sichtbaren Ort geschaffen, der Stadtentwicklungen insgesamt thematisiert – ein Ort des Austausches und ein Gestaltungsraum, der dem Stadtteil eine weitere Prägung gibt. Es gibt Veranstaltungen, Kinderfeste, Partys und ein Kunstprojekt an der U-Bahn-Linie 8 – Haltestelle Kottbusser Tor. Sie laden darüber hinaus alle anderen ein, sich zu beteiligen: »Alle, die zum Gecekondu kommen, sind herzlich willkommen. Wir von Kotti & Co, NachbarInnen und Interessierte, Freunde und Freundinnen, TouristInnen und alle anderen.« Es geht nicht nur darum gegen hohe Mieten zu sein. Hier drückt sich auch aus, dass viele Menschen, die hier leben, auch zusammen im Stadtteil bleiben wollen. Dass der heutige Charakter Kreuzbergs verloren gehen könnte, wird als Verarmung empfunden. Dies gilt nicht nur für Kotti&Co. Daher gibt es vielfältige Unterstützung und Solidarität. Die Parole lautet »Wir sind Kreuzberg« wir, sind Menschen, die den Stadtteil mit geprägt haben. Wir lassen uns nicht an den Rand in die Außenbezirke drängen und wir lassen uns nicht auseinanderdividieren nach Herkunft oder Berufsgruppe oder sonst irgendetwas. Diese Positionen sind zentraler Bestandteil des Selbstverständnisses von Kotti&Co.

Mit der Benennung ihres Protestortes als Gecekondu thematisieren sie auch die rassistische Komponente aktueller Vertreibungspolitik. Selbstbewusst schreiben sie in ihrem Selbstverständnis: »Was sollen wir in Mahrzahn oder Spandau? Da braucht's dann wieder 50 Jahre, um 'interkulturelle Kompetenz' und alternative Kulturen in die Mehrheitsgesellschaft zu tragen, um sie zu demokratisieren, um Schulen zu finden, wo unsere Kinder sich nicht mit Nazis prügeln müssen, um Theater, Moscheen, Kindergärten und Märkte zu bauen.« Daher wird Kotti&Co weiter kämpfen, frei nach dem Motto: »*Wir bleiben Kreuzberg. Wir bleiben Innenstadt. Wir bleiben gemischt.*« ●

Weiterführende Infos:
http://kottiundco.net
www.sozialmieter.de

ERINNERUNG AN DIETER: SABINE JOSWIG

Plenum 2009 in Fuseta (Portugal)

Sabine Joswig ● Als ich Dieter im Sommer 2012 nach vielen Jahren in Tavira wieder sah, dachte ich, es hat sich wenig geändert. Die Haare sind weißer.

Ich habe Dieter Ende der siebziger Jahre kennen gelernt. Damals ging es um die selbstverwalteten Jugendzentren und wir fuhren ständig durch ganz Deutschland zu allen möglichen Bundes- Landes- und Dachtreffen, debattierten und feierten, klebten die Wandzeitung der Jugendzentren oder hingen über dem Leuchttisch und stückelten Artikel und Fotos zusammen. Es war eine abenteuerliche, energiegeladene und lustige politische Zeit. Später kam das Wandelsblatt und der Streit mit dem Handelsblatt und dann Contraste. Obwohl wir oft bis in den frühen Morgen alle Heidelberger Kneipen abklapperten, war Dieter der erste, der aufstand, Kaffee für alle machte und dann ins Büro verschwand. Schon damals habe ich seine Beharrlichkeit bewundert. Alle anderen machten irgendwann schlapp, Dieter stand in der Dunkelkammer, rauchte, knipste die geklebten Seiten für die Druckvorlagen ab und kümmerte sich noch um irgendeinen letzten fehlenden Artikel. Genauso habe ich ihn im letzten Sommer erlebt. Er konnte auf einem Auge wieder sehen, nahm sich einen kleinen Urlaub anlässlich unseres Besuchs, war ruhig und entspannt, lästerte ein bisschen rum, erzählte kuriose Geschichten aus der Szene, analysierte das Zeitgeschehen und war aber dann am dritten Tag wieder konsequent am Zeitung machen.

Es ist traurig, dass er nicht mehr da ist und ich danke ihm für seine Beständigkeit. Er hat mich mit auf meinen Weg gebracht und dafür danke ich ihm gleich noch einmal. ●

ERINNERUNG AN DIETER: SOLVEIG FELDMEIER

Straße der Ölsardinen auf Portugiesisch

Solveig Feldmeier ● Vor vier Jahren gab es eine Redaktionskonferenz der Contraste in Fuzeta. Gern nahm ich die Einladung an, für ein paar Tage Land und Leute kennenzulernen – ich habe ja eigentlich nichts mit der Zeitung zu schaffen. Nur mit Richard, den ich begleite.

Unser geborgter Citroen hat es freundlicherweise bis in den malerischen Fischerort geschafft. Auf dem Weg zu unserem noch viel malerischeren Domizil ist er endgültig zusammengebrochen. Dieter hat uns dank seiner herzlichen Beziehungen zur deutschen Emigrantenszene und deren Vernetzung mit einheimischen Autoschraubern gerettet. Wir ruckelten in seinem alten VW-Bus über Land, er saß am Steuer und erzählte Geschichten. Was für ein Glück, dass unser Gefährt kaputt war!

Zumindest für mich – die Redaktionsmitglieder haben das bestimmt anders gesehen.

Am ersten Tag organisierte er zudem ein Fahrrad für mich – die Touristin. Der Bungalow, wo es abzuholen war, befand sich ganz in der Nähe des Strandes, abgelegen am Ende der Ortschaft. Weiter vorn stand ein ziemlich schräg aussehender Bretterverschlag, der anscheinend als Wohnung genutzt wurde. Bunte Vorhänge bewegten sich im Wind. Davor graste ein Pferd. Ein edles, gepflegtes Tier. Auf der Veranda saßen zwei Leute. Sie blickten unverwandt zu uns – mit der zurückhaltenden Neugier wie sie Roma eigen ist – und erwiderten unseren Gruß.

Sodann scheuchten wir den deutschen Besitzer des proper wirkenden Nachbaranwesens aus seiner Siesta hoch. „Kommt rein! Wollt ihr ein Bier? Oder ein Likörchen, vielleicht? Ich trink ja keinen Schnaps mehr. Muss aufpassen, dass et nich zu viel wird."

Bierchen in der Mittagshitze und Zigarettchen dazu – ich werde es später bereuen. Mein armer Kopf.

Aber es ist gar zu interessant dem ehemaligen Kumpel aus dem Ruhrpott zu lauschen, den es, wie etliche andere auch, aufs Altenteil in den Süden Portugals verschlagen hat. Letztes Jahr ist seine Frau gestorben – seitdem muss er aufpassen. Man will ja nicht enden wie der und der.

Das zweite Bier verweigern wir. Ich krieg mein Fahrrad und Dieter bemerkt meine Faszination von diesem kurzen Einblick in das Leben der Community. Er fragt: Kennst Du Straße der Ölsardinen von Steinbeck? Ich rufe begeistert aus: Ja! Ist einer meiner Lieblingsautoren! Er darauf: So sind die hier. Straße der Ölsardinen auf Portugiesisch. Wenn ich mal Zeit habe, schreibe ich über sie.

Weiß nicht, ob er je die Zeit gefunden hat. Ich glaube, Dieter war nicht so gut im Zeit nehmen für sich, seine Gefühle, seine Kreativität.

Ich glaube, er war immer der harte Arbeiter für die Sache – der Weltveränderer, der Kämpfer.

Ich bin dankbar, dass ich seine andere Seite spüren durfte. ●

Dieter „Diego" Poschen, Fuseta, 2007 Foto: Heiko Dachsel

ERINNERUNG AN DIETER: HEINZ WEINHAUSEN

Die Tür weit offen

Heinz Weinhausen ● Mein Einstieg in die CONTRASTE begann 1998 mit einer großen Überraschung. Mein Herzensthema war zu dieser Zeit die radikale Kritik der Lohnarbeit. Und eine Alternative zum Kapitalismus sah und sehe ich nur jenseits von Markt und Staat in einer weltweiten Gesellschaft ohne Ware und Geld. Aktiv im Krisis-Kreis-Köln erntete ich damals gerade in der Linken aber fast nur Unverständnis. Die strukturelle Massenarbeitslosigkeit wurde zu der Zeit manifest, alle wollten nur »Arbeit« schaffen. Mit wenig Hoffnung wandte ich mich trotzdem an die CONTRASTE, ob ich einen Schwerpunkt »Die Arbeit hoch?« gestalten könnte. »Okay und nur zu« antwortete Dieter mir ohne Umschweife, nachdem ich mein Thema nur kurz skizziert hatte. Und tatsächlich wurde mein Schwerpunkt ohne Abstriche übernommen und gedruckt. Damals noch unerhört, ist »Demonetarisierung« inzwischen schon fast Standardthema geworden. Dieses gelebte offene und authentische Zeitungsmachen, das mutige Aufzeigen von Neuland, so stellte ich fest, ist d a s Markenzeichen der CONTRASTE. Von Umsonstläden, Ökonux, Peer-Economy, Cecosesola usw. war in unserer Zeitung oft zuerst zu lesen.

Zwei Jahre später war die Tür wieder weit offen, als ich schnurstracks CONTRASTE-Redakteur für Köln wurde. Beim jährlichen Redaktionsplenum traf ich Dieter zum erstenmal. Ich hatte schon mitbekommen, dass unsere Zeitung vor allem auf seinen Schultern ruhte. Endredakteur, Layouter und »Geschäftsleitung« in einem. Sein Auftreten entsprach überhaupt nicht seiner »Wichtigkeit«. Freundlich, sich zurückhaltend, Probleme ansprechend ohne persönlich zu kritisieren, geduldig erklärend. Mir schien, er ließ gerne anderen den Vortritt im Plenum, schaute aber gleichzeitig, dass es voranging, dass es zu Ergebnissen kam. Er war keiner, der inhaltliche Vorlieben durchsetzen wollte, er sah sich als Macher und Organisator für die anderen, für die RedakteurInnen und ihre Ideen. Das machte den Umgang für alle leicht mit ihm, Reibungen mit ihm hatte ich nur ganz selten. Wenn es um den Bestand der CONTRASTE ging, war er bodenständig und engagiert zugleich. Seine Messlatte zum Beispiel bei der Frage der Einführung eines Sozialabos war stets, ob ein solcher Schritt die Zeitung in den finanziellen Abgrund treiben konnte. Wenn ja, dann war bei ihm nichts zu bewegen. Andererseits schaute er erfolgreich, dass Schuldentilgungsgemeinschaften zusammenkamen. Seine Aufgabe als Endredakteur, die er einmal zusätzlich übernommen hatte, hätte er gerne abgegeben, was nie gelang. Trotzdem war stets klar: Ob gerade viele oder gerade wenige das Zeitungsprojekt trugen, auf Dieter war tagein, tagaus Verlass. Er murrte nicht, er trug die Last und die Belastungen, auch wenn es ihm oft zu viel wurde, wie ich glaube. Er war unser stetiger Fels in der Brandung.

Unsere Zeitung, das monatliche Erscheinen und die Wirkung der CONTRASTE, nämlich zur Veränderung unserer Ellbogengesellschaft beizutragen, waren ihm wichtig. Das war sein wichtiges Lebenswerk. Nach Frithjof Bergmann das, was er wirklich, wirklich machen wollte. Bis zum letzten Atemzug. Dies macht mir den frühen und plötzlichen Abschied von ihm ein wenig leichter. ●

Plenum 2008 in Hamburg
V. l. n. r.: Dieter Poschen, Uta Knischewski, Kai Böhne, Uwe Ciesla, Richard Schmid, Ariane Dettloff, Hans Wieser, Elisabeth Voß, Heinz Weinhausen, Hilmar Kunath.

ERINNERUNG AN DIETER: ARIANE DETTLOFF

Ariane Dettloff ● Beim Plenum in Dresden 2003 habe ich Dieter zum ersten Mal als Contraste-Redakteur getroffen. Freundlich, klug, zurückhaltend, ausgleichend – so erlebte ich ihn seither viele Male auf unseren nicht immer einfachen Treffen. Die Atmosphäre war – nicht zuletzt dank Dieters Moderation – stets angenehm. Bei unseren letzten beiden Plena habe ich ihn sehr vermisst und freute mich drauf, ihn 2013 wieder dabei zu haben. Das wird nun nicht mehr sein.

Näher – wenn auch nicht wirklich nah – habe ich Dieter kennengelernt, als Heinz und ich ihn in Chipiona besuchten. Da holte er uns nächtens bei strömendem Regen und ziemlicher Kälte in Jerez de la Frontera ab, schürte das Kaminfeuer und servierte Feta, Oliven und Manzanilla, den ich seither auch immer wieder gerne auftische und dabei an die Zeit mit Dieter denke. Auch an seine beiden Katzen Panther und Tiger (in memoriam Tucholsky), die er so liebevoll umsorgte und dann doch bei seinem Umzug nach Fuzeta schweren Herzens zurückließ. Er meinte, dass sie als „wilde" Strandkatzen, die sie auch zuvor gewesen waren, wohl zurechtkommen würden.

Irritiert hat mich sein Verwachsensein mit seinem Auto, das er sogar benutzte, um im nahen Lädchen einzukaufen. Unseren Ausflug nach Cadiz plante er ganz selbstverständlich auch per Automobil. Als ich fragte, ob es keine ÖPNV-Verbindung gebe, reagierte er hoch erstaunt: „Warum denn nicht im Auto?" Nun ja, von wegen der Umwelt ... Das erschien ihm wohl eher schrullig.

Und dann die Kathedrale in Cadiz. Keine zwanzig Pferde hätten Dieter dazu gebracht, sie zu betreten! Ich sehe seine Düstermiene noch vor mir, als er seine antiklerikale Haltung kundtat, die mir ja auch nicht fernliegt. Wir haben das „Gotteshaus" dann trotzdem interessiert besichtigt und waren etwas verblüfft, Dieter ein paar Tage später bei einem kirchlichen Dorffest am dortigen Buffet anzutreffen.

Dieter wiederum war hoch erstaunt ob meiner Leistungssport-Feindlichkeit und generellen Skepsis gegenüber Gewinn- und Verlust-Spielen. Wir führten am Kamin bei Manzanilla und Oliven lebhafte Diskussionen. Tempi passati...

Wie jammerschade! Auf unser nächstes Plenum kann ich mich vorerst nicht freuen. Und doch weiß ich, dass es Dieter sehr freuen würde – gefreut hätte -, wenn es weitergeht mit seinem (und unserem) Herzensprojekt CONTRASTE und noch viele Plena folgen können. ●

ERINNERUNG AN DIETER: BURGHARD FLIEGER

HOMMAGE AN EINEN GROSSEN

Burghard Flieger ● Dieter Poschen, Chefredakteur der CONTRASTE, ohne das er sich so selbst oder von jemand anders je so genannt wurde, ist gestorben. Rückblickend ist er einer der wichtigsten Akteure der Alternativen Ökonomie in Deutschland – für mich persönlich ein unersetzlicher Begleiter und Partner meines bisherigen Lebenswegs.

Das erste Mal begegnete ich Dieter beim TAK AÖ dem Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie. Seit 1978 traf sich der TAK AÖ jeden Sommer, anfangs 14 Tage, um neue Konzepte der Alternativen Ökonomie praktisch und theoretisch zu diskutieren. 1980 kam auch Dieter vorbei. Er kam ohne Anmeldung, war irgendwann in der Woche da. Dieter gehörte zu den Älteren. Er rauchte, hielt ein Bier in der Hand und beteiligte sich weder an den Arbeitsgruppen noch an den plenaren Diskussionen. Ich erfuhr, dass Dieter aus dem Bereich der Autonomen Jugendzentren kam. Da Dieter sich nicht erkennbar einbrachte, war mein Urteil schnell gefällt: Für den Aufbau alternativökonomischer Strukturen ist er kein Partner. Das Gespräch mit ihm habe ich nicht gesucht.

Gründung des Wandelsblatts

Beim Sommerseminar des TAK AÖ wird 1984 auch die Idee des Wandelsblatts, der späteren CONTRASTE, vorgestellt. Als Initiatoren treten vor allem mehrere Akteure aus dem Umfeld der Krebsmühle auf, in der Karl Bergmann einer der bekanntesten „Geschäftsführer der Alternativbewegung“ die Fäden in der Hand hatte. Dieter war zwar von Anfang an dabei, aber bei den Diskussionen spielte er keine erkennbare Rolle. Die Idee, eine Zeitschrift als Organ der Projekte der Alternativen Ökonomie zu gründen und damit ein Kommunikations- und Darstellungsmedium für den Selbstverwaltungssektor zu schaffen, stieß auf breite Zustimmung und Unterstützung. Sie wurde umgesetzt. Auch ich sagte meine Beteiligung zu, ohne allerdings wirklich etwas beizutragen.

Redaktion Genossenschaften

Zwei Jahre später sprich mich Dieter an und fragt mich, ob ich für die CONTRASTE nicht den Bereich Genossenschaften übernehmen wolle. Ich hatte verschiedene Seminare zu dem Thema durchgeführt und mein erstes Buch über Produktivgenossenschaften veröffentlicht. Ich sage zu und organisiere seitdem regelmäßig Artikel. Dieter lässt mich alles machen, wie ich möchte. Über die Jahre „lenkt“ er mich aber immer wieder. Zeitweise steuere ich Kurzmeldungen aus dem Genossenschaftssektor bei, irgendwann wird die Genossenschaftsseite eingeführt. Schließlich sorge ich kontinuierlich dafür, dass in jeder Ausgabe eine Seite zum Thema Genossenschaften kommt. Vor allem Dieter und seine Bemühung um meine Einbindung sind entscheidend dafür, dass ich Anfang 2013 der Redakteur der CONTRASTE bin, der am längsten außer Dieter dabei ist.

Fels in der Brandung

Mitte der neunziger Jahre finden wiederholt Strategietreffen zur Verbesserung und zum Relaunch der CONTRASTE statt. Ich nehme zweimal daran teil und arbeite ein Konzept zur Professionalisierung der CONTRASTE aus. Dieter hatte jeweils dazu eingeladen. Meine Vorschläge wurden nicht aufgegriffen. Danach vermied ich alle Redaktionstreffen als „vertane Zeit“. Ich war fest überzeugt, die Zeitschrift CONTRASTE wird diese Art des „Freigeists“ nicht lange überleben. Das Arbeiten nach dem Lustprinzip ohne klares Konzept, so meine Einschätzung, wird sich bald überleben. Diese Einschätzung wurde von der Wirklichkeit widerlegt. Die Erklärung dafür, das organisierte Chaos hielt jemand zusammen, der die über die fachliche und soziale Kompetenz dafür verfügt: Dieter.

Im Rückblick ist Dieter Poschen einer der Pioniere und wichtigsten Akteure der Alternativen Ökonomie. Seine Beständigkeit, seine Toleranz, sein Gefühl für aktuelle Entwicklungen, seine Zurückhaltung und seine organisatorischen Fähigkeiten haben aus der Zeitschrift CONTRASTE eine Institution gemacht, die nunmehr seit knapp 30 Jahren den umfassendsten und besten aktuellen Überblick über deren Entwicklungen gibt. Wir werden ihn nicht ersetzen können. ●

Das Plenum 2007 in Berlin auf "Rudi-Dutschke-Tour" mit dem Mitredakteur und Stadtführer Thomas D. Lehmann (Leh).

Auf der Stadtrundfahrt 2007 besuchten wir auch den St. Annen-Friedhof in Berlin-Dahlem, auf dem Rudi Dutschke begraben ist.

ERINNERUNG AN DIETER: KAI BÖHNE

Beeindruckender Zeitungsmacher und umsichtiger Kommunikator – Dieter Poschen stellte knapp 30 Jahre das Erscheinen der Contraste sicher

Kai Böhne ● Im September 1989 begegnete ich Dieter Poschen zum ersten Mal. Es war auf der internationalen Medienmesse „Europa gegen den Strom“ in Amsterdam. Dieter stellte für die Contraste-Redaktion den Fall des verfolgten Journalisten Mumia Abu-Jamal vor. Dieser war in einem umstrittenen Mordprozess zum Tode verurteilt worden und saß in einer Todeszelle. Abu-Jamals Berufung gegen das Urteil war im März 1989 vom Supreme Court of Pennsylvania abgewiesen worden. Als Gewerkschaftsmitglied war es für Dieter eine Selbstverständlichkeit, sich für politisch verfolgte Kollegen einzusetzen.

Später traf ich Dieter auch auf der Minipressenmesse in Mainz, wo er allein einen Contraste-Stand betreute. Es behagte ihm nicht sonderlich, vereinzelt zwischen den literarischen Kleinverlegern, künstlerischen Handpressedruckern und Wochenendspaziergängern im Zelt am Rheinufer zu sitzen. Aber er fühlte sich für die Verbreitung der Zeitung verantwortlich und erhoffte sich Leser- und Vertriebskontakte.

Für Dieter war es nicht einfach, die Informations- und Kommunikationsprozesse einer dezentralen Redaktion mit Mitarbeitern von Rügen bis Nürnberg zu koordinieren. Doch er agierte umsichtig und verantwortungsbewusst und meist gelang ihm, verschiedenartige Charaktere zu erfolgreicher Zusammenarbeit zu motivieren.

Berufliche und persönliche Veränderungen im Leben der Redakteurinnen und Redakteure erschwerten die ehrenamtliche Zeitungsarbeit. Der ökonomische Druck, sich durch einen Brotjob finanzieren zu müssen, nahm zu. Es gab Fluktuation und gelegentlich verabschiedeten sich auch Mitstreiter mimosenhaft, wenn sie ihre Eitelkeit verletzt sahen. Solche Art von Selbstüberhebung lag Dieter fern. Er war kein Selbstdarsteller.

Auch nach Jahrzehnten in den sozialen Bewegungen hatte er die Fähigkeit Jüngeren zuzuhören nicht verlernt. Durch seine vertrauensvolle und zuverlässige Art konnte er mehrfach neue Unterstützer, Autoren und Multiplikatoren für das Zeitungsprojekt gewinnen. Wir blieben in Kontakt, auch wenn ich – anders als das übrige Contraste-Umfeld – in keiner selbst organisierten Lebensgemeinschaft wohnte und in keinem selbstverwalteten Betrieb arbeitete.

Über meine Mitarbeit bei der „Göttinger Woche“, die mit befreundeten Organen der Alternativpresse Austauschabonnements abgeschlossen hatte, hatte ich Ende der 1980er Jahre Kontakt zur Contraste-Redaktion bekommen. In den Folgejahren berichtete ich gelegentlich über Projekte der Alternativpresse. Meine Beiträge schickte ich zuerst als Typoskript, später per Diskette nach Heidelberg. Dieter hatte seinerzeit noch deutlich mehr Arbeit mit der Druckvorlagenherstellung. Er lud mich zu den Redaktionsplena ein.

Zu einem Plenum hatte ich den verabredeten Zug verpasst und war in Sorge, wie ich die Kollegen spät abends finden sollte, denn es gab noch keine Handys. Doch Dieter hatte alle in Frage kommenden Züge abgepasst und erwartete mich am Heidelberger Bahnhof. Er war ein verantwortungsvoller und verlässlicher Kümmerer.

Dieter versuchte die Redaktionsplena immer gern an Orten mit selbstverwalteten Projekten durchzuführen. Er bemühte sich um eine unmittelbare Verbindung von gelebter alternativer Ökonomie und Berichterstattung in der Contraste. Er wollte die Themen, über die berichtet wurde sinnlich erfahrbar machen.

Unsere Zusammenkünfte hatten immer mit der Contraste oder Medienprojekten zu tun. Nur einmal war das anders. Mit meinem Sohn unternahm ich eine private Heidelberg-Reise. Dieter gab uns Ausflugstipps und empfahl uns Speiselokale. Wir trafen uns mit Dieter und Ute in einem Schwimmbad und verbrachten einen entspannten Grillabend im Garten hinter dem Contraste-Redaktionsbüro. Hier lernte ich einen unaufdringlichen, unaufgeregten, freundlichen, hilfsbereiten und genügsamen Menschen kennen, der die eigene Person stets dezent zurücknahm.

Dieter war in Sachen Contraste immer ansprechbar. Er übernahm Verantwortung für die Zeitung, hielt Absprachen ein und war sehr verbindlich. Auch abends oder am Wochenende bekamen ich und andere Kollegen innerhalb kurzer Zeit ein Feedback auf Anregungen, Ideen oder Pläne. Dies war sehr motivierend und ist durchaus nicht selbstverständlich bei Alternativprojekten und -zeitungen. Auch bei formalen Dingen für Akkreditierungen auf Messen oder Tagungen war Dieter stets behilflich.

Noch am Vorabend bevor er auf die Intensivstation ins Krankenhaus musste, bekam ich um 22.43 Uhr eine Redaktionsmail von Dieter. Dann ging alles sehr schnell. Keine Woche später starb Dieter. Die schlimme Nachricht erschütterte mich, hinterließ mich sprach- und fassungslos und sehr sehr traurig. ●

ERINNERUNG AN DIETER: ELISABETH VOSS

Elisabeth Voß ● Über meine Ökodorf-Aktivitäten Ende der 1980er Jahre kam ich zur Selbstverwaltungsfamilie von CONTRASTE, NETZ, TAK AÖ (Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie) etc. Dieter war eines der alteingesessenen Familienmitglieder. Auf vielen Szene-Treffen tauchte er auf, brachte die CONTRASTE und verschwand meist schnell wieder, ohne sich in Diskussionen einzubringen. Nur bei den CONTRASTE-Plena war er durchgängig präsent – außer leider in den beiden letzten Jahren. Für dieses Jahr hatte er versprochen, wieder dabei zu sein....

In unserer gemeinsamen Zeit in der Redaktion ist Dieter zu einem wichtigen Teil meines Lebens geworden. Was haben wir nicht alles diskutiert, um unsere Zeitung auf eine stabilere Basis zu stellen. In den 1990ern haben Kontroversen um Konzepte und Strukturen die Redaktion fast zerrissen. Wir haben uns ausgetauscht – oft in nächtelangen Kneipengesprächen – uns gegenseitig den Rücken gestärkt, gestritten, wieder zusammen gefunden. Bei allem, was zwischen uns schwierig und nicht lebbar war, gab es eine Freundschaft, auf die wir nichts kommen ließen. Auch in den Jahren, in denen ich mich aus der aktiven CONTRASTE-Mitarbeit weitgehend zurückgezogen hatte, blieb unsere Verbindung bestehen. In meinen aktiven Zeiten war Dieter für mich in der Redaktion ein Anker, ein verlässliches Gegenüber, trotz aller Auseinandersetzungen, die wir oft mit großer Verletzlichkeit ausgetragen haben. Seine Meinung war mir wichtig, auch wenn ich sie nicht in jedem Fall geteilt habe. Mit seiner Anerkennung motivierte er mich.

Seine Krankheit tat Dieter als „viralen Infekt“ ab. Ich war beunruhigt, fragte nach „bist Du wieder gesund?“. Er antwortete kurz „Nein, leider noch nicht.“ Ein paar Stunden später kam er ins Krankenhaus, in dem er friedlich für immer einschlief. Seitdem gibt es eine Leerstelle in meiner Welt, die weh tut.

Ich versuche sie zu füllen mit der Wärme der Erinnerung, und mit dem Versuch dazu beizutragen, dass es gelingt, Dieters Lebenswerk und unser gemeinsames Projekt fortzuführen. ●

FAIRNOPOLY, BERLIN

Genossenschaft 2.0

Für mehr Fairness im Internethandel

Ausbeutung bei Partnerunternehmen, Datenschutzfragen und schlechte Konditionen für Mitarbeiter, das sind Themen, mit denen Online-Riesen wie Amazon und Ebay in die Schlagzeilen geraten. Nun möchte ein junges Online-Unternehmen es grundsätzlich anders machen. Einen ersten Erfolg kann die Genossenschaft schon vorweisen: Die Gründung wird erfolgreich durch eine Crowdfunding-Kampagne finanziert.

Jan Schilling, Redaktion Genossenschaften ● Bei 215.963 Euro und 863 Investoren blieb der Zähler der Crowdfunding-Kampagne für die Genossenschaft Fairnopoly bei Startnext stehen „Dass zeigt uns, dass wir den Nerv der Zeit getroffen haben“, sagt Ernst Neumeister, der die Kampagne betreut hat. Eigentlich war das Ziel des Berliner Start-Ups Fairnopoly, 'nur' 100.000 Euro für die Gründung zu sammeln.

Anspruchsvolle Prinzipien

Seit über einem Jahr arbeitet das Team von Fairnopoly mittlerweile daran, einen fairen Online-Marktplatz aufzubauen. Fairnopoly ist eine Plattform auf der grundsätzlich alles gehandelt werden kann. „Aber wir verstehen uns als fair nach außen und innen“, erklärt Geschäftsführer Felix Weth. Fair nach innen heißt beispielsweise, dass die Gehälter nach oben gedeckelt sind. Das höchste Gehalt kann maximal dreimal so hoch sein wie das niedrigste. Fair nach außen bedeutet unter anderem, dass das Unternehmen konsequent transparent ist. Alle Zahlen veröffentlicht das Unternehmen auf der Internetseite.

Zum fairen Prinzip zählt aber vor allen die Unternehmensform des Unternehmens. Fairnopoly bezeichnet sich selbst als Genossenschaft 2.0. Die Genossenschaft verzichtet auf Großinvestoren. „Wir wollen nicht, dass einige wenige Investoren reich daran werden“, erklärt Felix Weth. Deswegen ist die maximale Beteiligungssumme an der Genossenschaft auf 10.000 Euro festgesetzt. Kein Anteilseigner kann demnach große Gewinnsummen abschöpfen.

Das Prozent für eine bessere Welt

Wie bei Genossenschaften üblich können die Mitglieder mitbestimmen, welchen Weg das Unternehmen geht. Gleichzeitig können aber auch diejenigen mitbestimmen, die auf der Plattform handeln. Denn Nutzer, die auf der Plattform verkaufen oder kaufen, erhalten

sogenannte FAIR Share Points. „Diese Punkte berechtigen unsere Nutzer über die Verwendung der Spendengelder mitzubestimmen“, erklärt Jonas Lumpe, Leiter des Marketings.

Die Spendengelder generiert Fairnopoly über jede Transaktion: Von jedem Handel, der auf der Plattform abgewickelt wird, geht ein Prozent an Organisationen, die sich aktiv für Transparenz und gegen Korruption einsetzen. „Voraussetzung für die Spendenberechtigung ist, dass die Organisationen die 'Initiative Transparente Zivilgesellschaft' unterzeichnet haben“, fügt Felix Weth hinzu. „Gleichzeitig bleibt es den Anbietern auf unserer Plattform überlassen, freiwillig mehr zu spenden.“

Verantwortungsvoller Konsum

Die Idee hinter Fairnopoly ist es, verantwortungsvollen Konsum zu fördern. So werden unter anderem faire Produkte auf der Plattform bevorzugt, indem sie geringere Gebühren zahlen müssen.

„Außerdem können unsere Nutzer sich mit einem Klick nur noch faire Produkte anzeigen lassen“, erklärt Fairnopoly Vertriebsleiterin Anne Schollmeyer.

Die Crowdfunding-Kampagne hat gezeigt, dass viele hinter der Idee stehen. „Fairnopoly lebt von den Nutzern und wir entwickeln die Plattform gemeinsam mit unseren Mitgliedern“, betont Felix Weth. Da ist es nur folgerichtig, dass die Plattform Open Source programmiert wird.

Außerdem nutzt Fairnopoly auch nach der Kampagne die Crowd. Sogenannte Helden können sich für Fairnopoly einsetzen. Die Helden verteilen z.B. Flyer oder starten eigene Marketingaktionen und helfen so, die Idee zu verbreiten. Fairnopoly wird nur funktionieren, wenn sich über das motivierte Kernteam hinaus viele für die Idee aktiv einsetzen. Ohne entsprechende Nutzerzahlen wird das Konzept nicht funktionieren. Aber auch diese Hürde wird Fairnopoly meistern – wie bisher mit viel Leidenschaft und Engagement für eine bessere Welt. ●

GRÜNDUNGSLEITFADEN – IN SIEBEN SCHRITTEN ZUR ENERGIEGENOSSENSCHAFT

Kompetent und praxisnah bei der komplexen Gründung von Energiegenossenschaften unterstützen, das will die neue Broschüre „Energie in Bürgerhand“. Herausgeber ist das Wirtschafts- und Energieministerium Rheinland-Pfalz. Sie verfolgt das Ziel, die Energie in Bürgerhand zu fördern. Das Netzwerk „Energiewende jetzt“ mit Burghard Flieger von der innova eG als Genossenschaftsexperten hat den Gründungsleitfaden inhaltlich erarbeitet. In „Bürger machen Energie“ wird mit vielen praktischen Tipps in sieben Schritten beschrieben, wie es Bürgerinnen und Bürgern möglich ist, eine Energiegenossenschaft zu gründen. „Wir wollen Interessierten einen systematischen praxisnahen Leitfaden an die Hand geben, der sie in der komplexen Gründungsphase unterstützt“, betonte Dietmar von Blittersdorff vom „Netzwerk Energiewende jetzt“ bei der Präsentation des Leitfadens.

Die Inhalte reichen von der Entwicklung einer wirtschaftlich tragbaren Geschäftsidee, dem Planen erster Energieprojekte, über die Erarbeitung einer passenden Satzung bis zum Businessplan. Gründung, Gründungsprüfung und das Management des Geschäftsbetriebs sind weitere Themen. Zudem berichten Aktive über ihre Genossenschaft. Links zu Materialien und Adressen, die bei der Gründung unterstützen, runden die 48seitige Broschüre ab. Die Broschüre gibt es kostenfrei gedruckt oder als Download beim Netzwerk Energiewende jetzt, dem Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz: (www.mwkel.rlp.de >Service > Publikationen) und der Homepage der Energieagentur Rheinland-Pfalz: (www.energieagentur.rlp.de > Service > Broschüren). Sie kann kostenfrei bestellt werden per Mail info@energiegenossenschaften-gruenden.de oder telefonisch 06341-9858-21. Die pdf-Version als Download gibt es unter: http://www.mwkel.rlp.de/File/Buerger-machen-Energie-pdf/_2/ http://www.mwkel.rlp.de/File/Buerger-machen-Energie-pdf/_2/ ●

CROWDENER.GY, BERLIN

Im Schwarm finanzieren

Neue Online-Plattform in Deutschland unterstützt den Bau von Solaranlagen

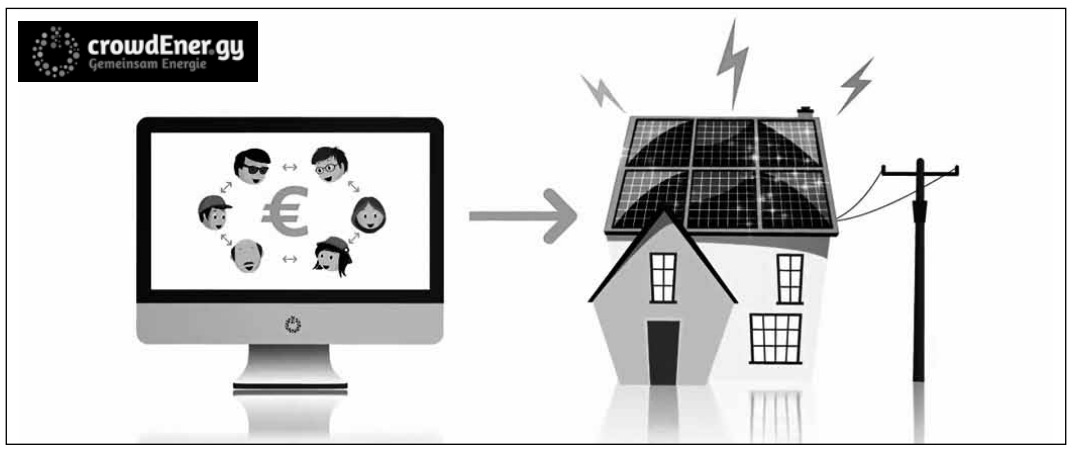
Crowdfinanzierung soll helfen Innovationen zu fördern – nun gibt es sie in Deutschland auch für Erneuerbare Energieprojekte. Über www.crowdEner.gy kann sich jeder Bürger an der Energiewende beteiligen. Erste Projekte, umgesetzt in Form von Energiegenossenschaften, wurden bereits realisiert. Weitere befinden sich in der Entwicklungsphase.

Peer Piske / Martin Müller, Redaktion Genossenschaften ● Bei 215.963 Euro und 863 Investoren blieb der Zähler Crowdfunding wächst spätestens seit der Stromberg-Film Finanzierung rasant. In Deutschland wurden Projekte von rund 8 Millionen Euro in 2012 und weltweit in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar finanziert. Bloomberg Research und Frauenhofer haben in Studien das Potential von Crowdfunding für Erneuerbare Energie Projekte herausgearbeitet. In den USA und UK existieren mit Mosaic und Abundance dazu bereits Vorreiter.

Start-Up-Unternehmen

Auf der Internet-Plattform www.crowdEner.gy des gleichnamigen Berliner Start-Up-Unternehmens werden Finanzierungslösungen angeboten. An diesen kann sich jeder interessierte Bürger ab 500 Euro über ein Genossenschaftsmodell beteiligen. Der Vorteil des Modells liegt u.a. in der direkten Investition mit bis zu 20 Jahren Laufzeit in neue Projekte, umgesetzt in einer bewährten Rechtsform. Genossenschaften unterliegen einer besonderen Prüfung. Das sorgt für mehr Sicherheit und Transparenz.

Im Unterschied zu anderen Crowdfunding-Modellen greift der Ansatz auf das in der Praxis bewährte System der Energiegenossenschaft zurück. Der demokratische Ansatz „eine Stimme pro Mitglied“ und das mittelbare Direkteigentum an der Anlage schafft die notwendige Transparenz. Hinsichtlich der Mitgliedsbeiträge gilt das bei Crowdfunding übliche Alles oder Nichts-Prinzip. Das bedeutet, das eingesammelte Eigenkapital fließt der Genossenschaft erst dann zu, wenn die gesamte Eigenkapitalsumme erreicht wurde. Vorher liegt das Geld auf einem Treuhandkonto und wird an die Interessenten zurückgezahlt, wenn die vorgegebene Summe nicht erreicht wird.



Offen stehende Plattform

Die ersten beiden Solarprojekte prognostizieren Renditen zwischen 6% bis 8%. Die ersten beiden Genossenschaften wurden noch von der Plattform mitinitiiert. In Zukunft soll die Plattform aber vor allem dritten Initiatoren für deren Projekte offenstehen. Dafür können diese auf das registrierte Partnernetzwerk der Plattform zurückgreifen. Das erste, inzwischen vollständig crowdfinanzierte Investment, ist eine Dach-Solaranlage in Ahrenshagen, Mecklenburg-Vorpommern, mit 94 kWp. Ihr Besitzer will die Anlage an eine von crowdEner.gy initiierte Genossenschaft verkaufen. Dafür wurde die Greenhormiga eG gegründet. Beteiligt haben sich 27 Investoren.

Das aktuell offene Nachfolge-Projekt ist eine Dachanlage in Finowfurt bei Eberswalde, Brandenburg. Als Projektgesellschaft dient die crowdEner.gy 1 eG. Es handelt sich um vier auf einer alten, sanierten Mühle errichtete PV-Anlagen mit insgesamt 113 kWp. Inzwischen sind fast 100 Prozent der benötigten 65.000 Euro von über 42 Investoren bereits zusammengekommen. Da die Anlage seit 2011 am Netz ist, lässt sich die Renditeprognose von sechs Prozent mit konkreten Zahlen untermauern.

Leben mit der Energiewende

Nach der Vorstellung der Gründer gelingt die Energiewende nur mit einer aktiven Bürgerbeteiligung. Mit den Energiegenossenschaften 2.0 kann jeder mit kleinen Beträgen einsteigen. Dadurch wird diese Asset-Klasse demokratisiert. Zudem kann ab sofort jeder – nach sorgfältiger Prüfung der Rahmendaten – interessante Projekte aus dem Bereich der alternativen Energien einstellen, die sich als Bürgerkraftwerke jeglicher Technologie strukturieren und finanzieren lassen. Er kann seine Freunde einladen, zu investieren und das Projekt anderen Interessenten im Internet vorstellen. Die Plattform hilft bei der Strukturierung des Projekts, der Finanzierung und der Realisierung. Das kann ein wesentliches Vertriebsinstrument sein, denn auf diese Art Weise werden der Vertrieb und das Marketing auf den Initiator verlagert und große Offline-Communities angesprochen. Damit unterscheidet sich auch der crowdEner.gy-Ansatz von anderen Modellen, bei denen die Plattform ausschließlich Eigenkapital für eigene Projekte einsammelt.

Eine zentrale Rolle spielt die junge Plattform im Film „Das Leben mit der Energiewende“, der zurzeit in deutschen Kinos läuft. Mit dem Film hat crowdEner.gy schon einen gewissen Bekanntheitsgrad erreicht. Dies führt zu wachsenden Besucherzahlen im Netz und ermöglicht weitere Projekte in der Pipeline. Weitere Informationen: crowdEner.gy GmbH / Torgauerstr. 12-15 Haus 4 / D-10829 Berlin. Ein Videoclip erklärt das Prinzip: www.crowdEner.gy ●

Was ist Crowdfunding?

Crowdfunding kommt aus den USA und wird auch als „Schwarmfinanzierung“ bezeichnet. Crowdfunding ist also eine Art der Finanzierung bzw. kann als ein neues Konzept zum Einsammeln von Finanzmitteln gesehen werden. Vorreiter hierfür ist die amerikanische Plattform Mosaic, die vergleichsweise erfolgreich gestartet ist. In England kann auf die erfolgreiche Plattform Abundance verwiesen werden. Ein so finanziertes Projekt und der Ablauf werden auch als eine Aktion bezeichnet. Die Kapitalgeber sind eine Vielzahl von Personen und zwar Internetnutzer, da zum Crowdfunding in der Regel im World Wide Web aufgerufen wird. Die Gebühren derjenigen, die diese „Dienstleistung“ in Anspruch nehmen, liegen zwischen 5-10% des eingesammelten Eigenkapitals. ●

DIE GROSSKONZERN-FREUNDLICHE UMDEUTUNG DER ENERGIEWENDE

Energieblende

Wenn man ein Projekt zerstören will, kann man es mit Argumenten angreifen. Man kann teure Studien bezahlen, die es unglaubwürdig erscheinen lassen. Doch am effektivsten, billigsten und besten funktioniert es, die Begriffe zu nehmen, die für das Projekt zentral sind. Die deutet man dann um und tut so, als hätten sie nie etwas anderes besagt. Wenn man es geschickt anstellt, wird dadurch auf wundersame Weise aus einer Idee sogar ihr Gegenteil.

Von Friederike Grabitz, Lübeck ● In der vorletzten Ausgabe seiner Vereinszeitung ruft der Solare Förderverein dazu auf, das Wort „Energiewende“ nicht mehr zu benutzen. Energiewende, das war einmal ein visionäres Konzept. 1979 tauchte der Begriff als Titel einer Publikation des Öko-Instituts Freiburg erstmals auf. Das Buch untersuchte die damals utopische Idee, eine Energieversorgung ganz ohne Kohle und Uran zu organisieren. Wenige hundert über ganz Deutschland verstreute Strom-„Rebellen“, von Nachbarn oft als spinnert belächelt, schraubten sich Solarstromanlagen aufs Dach, mit Erträgen, die man heute nicht mehr ernst nehmen würde. In so genannten Energiewende-Komitees setzten sie sich gegen Lokalfilz und altbackene Stadträte für ein Gesetz ein, das die Energieversorger zwingt, den Betreibern kleiner Anlagen ihren Strom abzukaufen. Einige von ihnen, wie Hermann Scheer, schafften es in die Bundespolitik und erstritten 1991 ihr Förderprogramm, dessen Nachfolger 2000 das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) wurde.

Das EEG, ein Exportschlager

Das EEG funktioniert einfach und effektiv: Die Energieversorger (EVU) werden verpflichtet, erneuerbaren Strom aus Kleinkraftwerken ins Netz einzuspeisen und den Erzeugern dafür einen guten, auf 20 Jahre garantierten Preis zu bezahlen. Gefördert wird also nicht die Anlage, sondern ihr Ertrag: man verdient sich den Bau über die Jahre zurück. Weil z.B. Solarmodule ständig billiger werden, sinkt auch die Vergütung zweimal im Jahr für alle danach installierten Anlagen. So nähert sie sich dem Börsen-Strompreis immer mehr an; eines Tages wird Ökostrom Biligstrom sein.
Das Gesetz wurde für die Erneuerbaren ein großer Erfolg, denn es kostet den Staat keinen Cent und gibt Investoren die nötige Planungssicherheit. In der Forschung und Entwicklung von Solartechnologie war Deutschland Weltspitze, die Exporte machten aus der Nische eine florierende Mittelstandsbranche. Das EEG sorgte dafür, dass der Anteil der Erneuerbaren Energien am Strommix von kaum zwei Prozent auf ein Viertel stieg; bis 2020 sollen es nach dem Gesetz 35 Prozent werden.
Nach Fukushima und dem deutschen Atomausstieg muss die Energiebranche sich nun neu orientieren, will sie nicht auf die klimaschädliche Braunkohle angewiesen sein. Fast über Nacht waren die Erneuerbaren unentbehrlich geworden, die Utopie von 1979 schien greifbar. Das EEG, dem sie das verdankten, hatte längst auch international Aufmerksamkeit erregt: 60 Regierungen erließen Energiegesetze nach deutschem Vorbild.

Energiewende zurück

Eigentlich passte also alles ganz gut. Bis die Regierung 2010 verkündete, die Erneuerbaren wüchsen zu schnell. Auf Initiative des FDP-Vorsitzenden und Außenminister Guido Westerwelle senkte sie den Preis für die Solarvergütung außerplanmäßig um dreißig Prozent. Das ist viel, normalerweise wurde sie nur um fünf Prozent abgesenkt. Aber es war vor allem das Tempo, mit dem die Änderung durchs Parlament gepeitscht und umgesetzt wurde, das das Investitionsklima zerstörte: nach nur drei Wochen trat sie in Kraft. Die Nachfrage brach ein, Produzenten blieben auf vollen Lagern sitzen.

Weil die Erneuerbaren 2011 trotzdem zulegten, beschlossen Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) und Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) zwei weitere Extra-Kürzungsrunden – und bezeichneten sie als Teil einer „Energiewende“. Die ZEIT zitierte Rösler im August 2012 mit der Aussage, die Energiewende sei für ihn „ein Auftrag von historischer Dimension und neben der Euro-Krise das wichtigste Thema“. Für eine Politik, die das Wachstum der Erneuerbaren hemmen soll, benutzt er ein Wort, das deren Pioniere einst erfunden hatten.

Wenn das Wort „Energiewende“ im neuen FDP-Sprech nicht eine Wende hin zu umweltverträglichen Energiequellen meint, was meint es dann? Eher eine Rückwärtsrolle, nämlich den Schutz der alten Verhältnisse. Am starken Wachstum der Erneuerbaren waren nämlich die klassischen Kraftwerksbetreiber EON, EnBW, Vattenfall und RWE so gut wie nicht beteiligt. Sie haben die Entwicklung ausgesessen und weiter auf Technologien für Kohle- und Nuklearkraftwerke gebaut, gern auch für den Export. Von dem neuen Wachstum profitieren sie also nur indirekt.

Allerdings haben die Manager dieser Konzerne traditionell einen kurzen Draht zu Regierungspolitikern. Dort werden sie auch vorgesprochen haben, trägt doch die neue „Energiewende“ deutlich ihre Handschrift. So wurde die Förderung in fast allen Bereichen gekürzt, aber es soll besondere Privilegien für teure Offshore-Windparks geben. Solche Großbaustellen sind klassische Projekte für die EVU; mit den Ideen derer, die die Energiewende einst mühsam erkämpft haben, haben sie nichts mehr zu tun. Für Kleinanlagen dagegen, wie sie sich Häuslebauer aufs Dach schrauben, wurden abschreckend hohe bürokratische Hürden gesetzt.

Diese Häuslebauer kauften nun tatsächlich kaum noch Solarstromanlagen. Die neue „Energiewende“ erwischte die Branche mitten in der Wirtschaftskrise und in einem harten Konkurrenzkampf mit China, die Solarunternehmen gingen nun reihenweise in die Pleite. Im Dezember 2011 beantragte die Solon AG (900 Mitarbeiter) Insolvenz, im April 2012 mit Q-Cells (rund 2000 Mitarbeiter) ein zweiter großer deutscher Hersteller von Solarzellen und -modulen. Vor kurzem beantragte auch Solarwatt (knapp 500 Mitarbeiter) Konkurs. Solarworld, einer der größten Produzenten, schrieb 2011 300 und in den ersten drei Quartalen 2012 knapp 230 Millionen Euro Verlust. Die übrig gebliebenen deutschen Firmen sind dabei, ihren weltweiten Entwicklungsvorsprung zu verlieren.

Eigenartiger Weise wurde das alles nicht nur achselzuckend hingenommen, sondern allgemein begrüßt. Fast von einem Tag auf den anderen galt vor allem die Solarbranche in den Medien als quasi kriminell. „Der große Schwindel mit der Solarenergie“ titelt Daniel Wetzel im Juni 2011 in der „Welt“. Solarer Strom sei „teuer und ineffektiv“. Ähnliches liest man regelmäßig im Spiegel, der Begriff von „Solarschulden“ macht die Runde und Berichte über Investoren, die sich angeblich eine goldene Nase verdienen. Es heißt, die Erneuerbaren würden über die EEG-Umlage (siehe Kasten) unverhältnismäßig subventioniert. Leider fehlen stets Vergleiche mit Subventionen und Gewinnspannen bei anderen Stromquellen. Energie aus Uran und Kohle wäre ohne staatliche Stützen bei der Erforschung der AKW-Technologien, der Atommüllagerung, oder für den Braunkohle-Tagebau nicht rentabel gewesen. Und obwohl der Staat hier kräftig draufbezahlt, greifen die privatisierten EVU gigantische Gewinne ab: Nach Angaben der Organisation „Contratom“ fährt ein einziges AKW eine Million Euro Reingewinn ein – pro Tag. Das bezahlen die Stromkunden – und indirekt alle Steuerzahler.

Die EEG-Umlage ist eigentlich nur ein Nebenschauplatz, es geht um die Verteilung ganz anderer Pfründe. Nicht tausende kleine Anlagen, wie heute, sollen die Energiewende ausmachen, sondern Großkraftwerke. Damit kennen sich die Konzerne aus. Sie wollen, wie seit Jahrzehnten, den Markt (und die Preise) kontrollieren. Das Skurrile daran ist, dass die Politik damit die Energiewende genau denen zuschustert, die sie viele Jahre lang bekämpft und verhindert haben.

Was wird am Ende teurer sein? Was wird ökologischer sein, was wird dem Forschungsland Deutschland nutzen? Wessen Energiewende-Begriff wird sich durchsetzen? ●

Die EEG-Umlage und der Strompreis

Seit Umweltminister Peter Altmaier sich zum Anwalt geschröpfter Stromkunden gemacht hat, ist die EEG-Umlage jedem ein Begriff. Die Umlage, sagt er, habe den Strompreis stark erhöht, deshalb will er sie nun für zwei Jahre auf dem jetzigen Niveau einfrieren.

Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) zwingt die Energieversorger, für Ökostrom überdurchschnittliche Preise zu zahlen. Diese geben sie in der so genannten EEG-Umlage an die Stromkunden weiter. Zurzeit beträgt sie 5,3 Cent pro Kilowattstunde, das sind für einen Haushalt monatlich fünf bis sechs Euro. Die Umlage zeigt an, wie hoch der Ökostrom-Anteil im Netz ist. Wenn die Preise für Ökostrom sich den Strombörsen-Preisen annähern, wird die als Starthilfe gedachte Umlage automatisch sinken und verschwinden.

Die Umlage erhöht den Strompreis um etwa 14 Prozent. Nach dem Bundesverband für Energiewirtschaft fließt nur ein Drittel des Preises in die Erzeugung von Strom. Die Netzgebühr zum Beispiel macht zwanzig Prozent des Strompreises aus, dreißig Prozent entfallen auf andere Steuern und Abgaben.

Dann gibt es da noch die Industrie-Privilegien. Diejenigen 2000 Energieverbraucher, die am meisten Emissionen verursachen, bezahlen weder Netzgebühren noch die Umlage mit. Während sie laut Eurostat 2011 nur 11,3 Cent pro Kilowattstunde Strom bezahlten, stieg der Preis für alle anderen auf 25,4 Cent. Die Industrie-Subvention macht den Strompreis für alle anderen teurer. Sie verzerrt auch den Wettbewerb, denn sie „bestraft“ kleine Unternehmen und solche, die Energie sparen. ●

Demo Berlin, 12.03.2012 Foto: F. Grabitz

REPRESSION

Gentechnikmafia bestellte Polizeiaktionen gegen KritikerInnen

Der Autor dieser Zeilen ist abgehört worden, seine Emails sind gelesen worden. Ebenso weitere GentechnikkritikerInnen, Kontakte zu fünf AnwältInnen, Gespräche zwischen Angeklagten und ihren Verteidigern sowie mit fast zehn JournalistInnen. Anfang Februar teilte die Staatsanwaltschaft in Magdeburg mit, dass alle Telefonnummern der Projektwerkstatt in Saasen, eines weiteren Verdächtigen und weiterer Personen überwacht worden seien. Als Grund für die Ermittlungen war angegeben: Schwerer Raub, räuberische Erpressung usw. Inzwischen liegt die Akte vor – und die wirft ein etwas anderes Bild. Hintergrund des Ganzen sind Überfälle auf Genversuchsfelder im Juli 2011. Fraglos zeigten die eine bemerkenswerte Organisierung der unbekannten FeldbefreierInnen. Überwachungseinrichtungen wurden ausgeschaltet, die Wachschützer festgesetzt und jede Kommunikation nach außen unterbunden.Wie aber kommt der Tatverdacht? Der entstand nicht durch Ermittlungen, sondern auf Bitte der Gentechnikseilschaften selbst. Der ehemalige Wirtschaftsminister Sachsen-Anhalts und heutige Gentechniklobbyist Horst Rehberger hat das in mehreren Briefen an das Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt so vorgeschlagen. Und in diesem Bundesland ist der Wunsch der Gentechniklobby seit Jahren Befehl. Die Folge: Gerichtliche Beschlüsse zur Telefon- und Emailüberwachung und Rund-um-die-Uhr-Observation. Einen anderen Gentechnikkritiker traf es kurz danach. Sein Vergehen: An einer Demo teilzunehmen und dabei ein paar Meter neben dem ersten Tatverdächtigen zu stehen. Ein drittes Telefon wurde abgehört, weil der Besitzer den DSL-Anschluss der Projektwerkstatt in Saasen bestellt hatte. Dass die Projektwerkstatt gar keinen DSL-Anschluss hat und das ganze Dorf noch immer DSL-frei ist, irritierte die Ermittler dabei nicht. Freizügig durften die mafiösen Gentechnikkader auch in der wachsenden Akte mitlesen – neben dem inzwischen wieder in Saarbrücken als FDP-Größe aktiven Rehberger sprangen noch Monsanto mit seinem Anwalt Hartwig Stiebler und die Uni Rostock der ganzen Geschichte bei. Genützt hat es allerdings wenig: Die ganze Sache wurde ergebnislos eingestellt. Keine Spuren, keine verwertbaren Materialien, aber allerlei mysteriöse Vorgänge füllen die Akte. Höhepunkt war im Frühjahr und Sommer 2012 ein angebliches Kartoffelversuchsfeld von BASF in Gatersleben. Laut Akte war es als Falle angelegt, um endlich diese überirdisch wirkenden FeldbefreierInnen zu fangen. Die wurden ihrer Rolle aber gerecht: Das Feld wurde zerstört, alle Fallen funktionierten nicht.

Der erste Bericht über die Überwachung erschien unter: http://de.indymedia.org/2013/02/341556.shtml. Weitere Auswertungen und Berichte sind auf: www.projektwerkstatt.de/abhoeren2011 zusammengestellt.

Pussy Riot auf Deutsch

Was in Russland passiert, füllt die Polit- und Klatschspalten. Schließlich inszeniert sich ein selbsternannter Vorzeigestaat am besten mit Hilfe von Schreckensnachrichten vermeintlich schlimmerer Länder. Und in der Tat: So dumm wäre die Justiz hier nicht, ein derartiges Spektakel abzuziehen, um Menschen zu normierten Verhaltensweisen zu bringen. Strafen tut er hier aber auch: Einige AktivistInnen, die im Kölner Dom eine ähnliche Aktion durchführten, erhielten jetzt Verwarnungen mit Strafvorbehalt. Sie wollen dagegen Widerspruch einlegen. Dann kommt es zum Gerichtsprozess. Mensch darf gespannt sein...

Zwangsräumungen treffen auf Widerstand

Mehrere hundert Polizisten, gesperrte Straßen und U-Bahn, Hubschrauber, Polizistengruppen vor etlichen Hauseingängen, brutale Räumung der Sitzblockaden, Festnahmen, mehrere Verletzte durch Pfefferspray und Prügelattacken – so sah die Bilanz einer Wohnungs-Zwangsräumung in Berlin aus. Dort hat sich inzwischen ein regelmäßiger Protest gegen diese Form repressiver Sozialpolitik gebildet – Vorbild auch für andere Städte? Mehr unter:
http://zwangsraeumungverhindern.blogsport.de/

Streit um angeblich mehr Straftaten gegen Polizisten

Ein Polizeiwissenschaftler bestreitet, was die Gewerkschaften der Polizei seit Jahrzehnten behaupten. Falsch sei, dass die Gewalt gegen Polizisten immer schlimmer werde. Erfunden sei ebenso eine wachsende finanzielle Not der Polizei. Aufgeregt reagierten die Polizeigewerkschaften, traditionell als Scharfmacher in der gesellschaftspolitischen Debatte unterwegs.
Dokumentiert ist der Streit auf:
https://linksunten.indymedia.org/de/node/79657.

22 Monate für angebliche Mikrofondurchsage „Kommt nach vorne“

Tim H. wurde zu einer Haftstrafe von 22 Monaten ohne Bewährung verurteilt. Der Grund: Mit einem Mikrofon soll er dazu aufgefordert haben, eine Blockade der Polizei zu durchbrechen. „Kommt nach vorne“ waren die Worte, die als schlimme Straftat gewertet wurden. Sie brachte dem Familienvater nun die hohe Strafe ein.
Mehr auf:
http://de.indymedia.org/2013/02/341770.shtml.

Werner Bräuner ist draußen, die meisten anderen bleiben drin

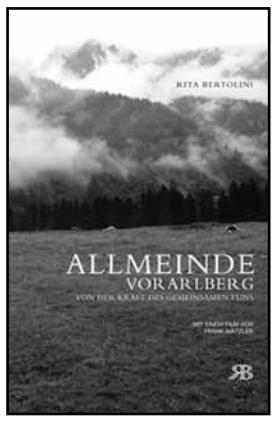
Nach vielen Jahren Konflikt erstach Werner den Arbeitsamtsdirektor in Verden. Nach vielen Jahren Haft bis zur Endstrafe ist er nun wieder draußen – herzlich willkommen in der relativen Freiheit der Republik. Drinnen sind noch die politisch aktiven Pit Scherzl und Hubertus Becker. Bei beiden verweigerten die zuständigen Stellen Entlassung bzw. Übergang in die Drogentherapie – erkennbar als Schikane und Rache an Gefangenen, die nicht das Maul halten angesichts von Unterdrückung und Gewalt durch die Obrigkeit. Ebenso weiter inhaftiert sind über 60.000 Andere, allein in Deutschland. Hinzu die Zwangspsychiatrisierten und sonst Eingeschlossenen. Wir bleiben dran, das Ende von alle diesen Einrichtungen zu fordern:
www.welt-ohne-strafe.de.vu.

Passend eine Beschreibung des Buches von Joe Bausch mit dem einfachen Titel „Knast“:

Es gibt viele Innenansichten von Gefängnissen – aus der Feder von Häftlingen, SozialarbeiterInnen ... und nun also von einem Gefängnisarzt. Seine Erzählungen gehen ins Detail. Dank seiner Schweigepflicht, die auch ein Schweigerecht ist, wurde er offenbar von vielen Gefangenen als Vertrauensperson angesehen. So ist das Buch ein Blick in die Hinter- und Abgründe des Regimes sozialen Mordens hinter den Mauern, die der Welt draußen den Blick versperren. Das Lesen bedrückt, aber klärt auf – nur sollte niemand glauben, Gefängnisärzte seien tatsächlich so vertrauenswürdig. Mag sein, dass der Autor eine Ausnahme ist, tatsächlich ist das medizinische Personal aber regelmäßig wichtiger Teil der Unterdrückungsapparatur (erschienen 2012 bei Ullstein in Berlin, 284 S., 19,99 Euro)
Jörg Bergstedt ●

Von der Kraft des gemeinsamen Tuns

Die Seele baumeln lassen, alle Sinne berühren. Selten kann ein Buch über Genossenschaften und Commons dies von sich behaupten. Und doch geschieht gerade dies im Buch von Rita Bertolini. Das Buch „Allmeinde Vorarlberg“ enthält Wandertouren durch Vorarlberg. Wandertouren, die nicht schwer zu gehen sind und die immer das Thema des Buches berühren. Entweder liegt eine Genossenschaft auf dem Weg, oder ein Genossenschaftmitglied, oder die Einkehrmöglichkeit in eine gemeinschaftlich geführte Alpe, oder die Wege werden von einer Wegegenossenschaft gewartet, der Wanderer überquert ehemalige oder aktuelle Allmeinde – Weiden. Man wandert zum Beispiel



zum Nenzinger Himmel, und wandert über Talweiden, auf Alpen und durch Waldungen, die die Agrargemeinschaft Nenzing verwaltet: „Allen gehört alles, niemandem gehört etwas bestimmtes“ – nach diesen Leitgedanken agieren die Mitglieder und Nutzungsrecht-Inhaber der größten Agrargemeinschaft Vorarlberg.

Wenn der Wanderer dann müde und hungrig wird, kommt es zum vorletzen Kapitel im Buch. Als Tischgenossen sitzt der Wanderer auf der Alpe und genießt ein einfaches Essen der Berge, dessen Rezept ein Allgemeingut ist. Vielleicht etwas weit hergeholt, aber im Text von Bernhard Tschofen wird dies nachvollziehbar.

Den historischen naturraumbezogenen Genossenschaften ist ein eigenes Kapitel gewidmet, nachdem es rund 20 aktuell bestehende Genossenschaften vorgestellt hat. So die 1902 gegründete Küblergenossenschaft Innerlaterns, die zum Zwecke der besseren Vermarktung der Produkte ihrer Mitglieder gegründet wurde. Kübel aus Holz, Bierfässer und anderes handgefertigtes Zubehör für Sennereien werden vermarktet. Die Genossenschaft kauft das „Geschirr“ auf Lager und verkauft es dann zum einheitlichen Preis weiter. Heute dient die Genossenschaft aber auch dem Erhalt dieser alten Handwerkstradition.

Andere Genossenschaften kommen modern und im heutigen Wirtschaftsleben präsent daher: von der Tischler Rohstoff, der Einkaufsgenossenschaft der Tischlerbetriebe bis zur Allmenda, der Talentegenossenschaft, die Komplementärwährungen, also regionale Gutscheinsysteme entwickelt, Mitgliedsbetrieben bei der Vermarktung hilft und Solaranlagen über ein Bürgerbeteiligungsmodell finanziert.

Auch die üblichen Verdächtigen fehlen natürlich nicht: die Raiffeissenbanken Vorarlberg, der Vorarlberger Metzgerverband bis hin zu Bio Vorarlberg.

Alle Berichte, in verständlicher Sprache, untersuchen immer auch die historische Bedeutung und stellen aktuelle Zusammenhänge her. Die Betriebsbeschreibungen, Rezepte und Wandertouren werden durch allgemeine Beiträge zusammengehalten, oder einen historischen Blick nach New Lanark zu Robert Owen über die einheimischen Pioniere der Genossenschaftsbewegung. Ein Interview mit Ian Macdonald, dem ehemaligen Generaldirektor des internationalen Genossenschaftsverbandes (ICA) und ein Beitrag von Silke Helfrich machen die Sache rund.

Das von Rita Bertolini reich bebilderte Buch gibt auch dem Auge viel. Einen weiteren Sinn spricht die beigefügte 40minütige DVD an, die das Buch durch Filminterviews in Szene setzt.

Ein schönes sinnliches Buch, das die Begriffe „Genossenschaftliches Handeln“ und „Gemeingüter“ erfahrbar macht und dabei nicht die historischen Entwicklungen vernachlässigt. Damit ist es hochaktuell. ●

Dieter Koschek

Rita Bertolini, Frank Mätzler u.a.: Allmeinde Vorarlberg: Von der Kraft des gemeinsamen Tuns, Bertolini-Verlag Bregenz, 2012, 416 Seiten plus DVD, 34 EUR

Jugendkulturen als Mode

Das Archiv der Jugendkulturen in Berlin ist das größte Archiv zur bunten und verschachtelten Welt der Jugendkulturen und –stile. Seine Bibliothek und seine Zeitschriften- und Fanzine-Bestände dürften in Europa einzigartig sein. Im dem Archiv zugeordneten Verlag ist nun ein farbiges und ambitioniert gestaltetes Buch zu „Mode und Jugendkulturen“ erschienen.

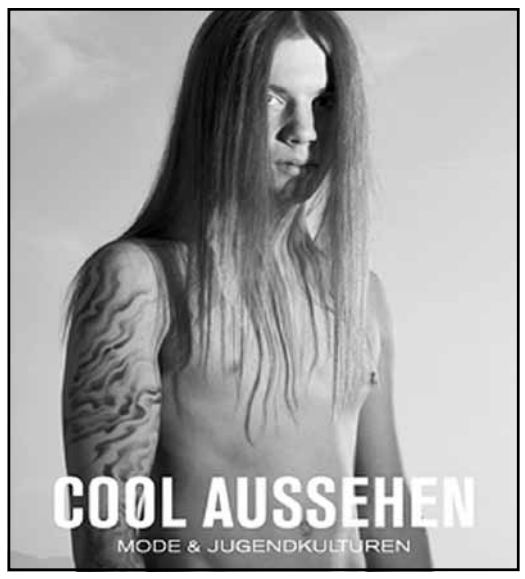
„Jugend“ wurde erst im Boom der Nachkriegszeit zu einer kaufkräftigen Gruppe und als solche markiert und angesprochen. Dieser Trend wurde durch die 1968er Jahre und ihre Folgen beschleunigt. Heute reicht die Zielgruppe der Jugendlichen nicht nur im Werbe- und Konsumbereich bis zu den gut 50-jährigen. Selbstverständlich war und ist Jugend nicht nur ein Objekt der Konsumindustrie, sondern drückt sich auch immer selbst auf vielerlei Art und Weise aus, z.B. in und mit der schwarzen Lederjacke, einem der Symbole für Dissidenz in den 1950er Jahren. Viele weitere Arten, sich mit Mode im Fordismus und im heutigen Differenzkapitalismus von anderen abzuheben, werden in den zwei Dutzend Artikeln untersucht und vorgestellt: Mods, Punks, Techno, Skins, Riot Grrrls, bzw. konkreter Jeans, Heavy-Metal-Kutten oder selbstgestaltete Mode in der DDR. Mode bedeutet in allen Beispielen immer auch „Kultur“. Schuhe, Haare, Schmuck, Kleidung, eben das komplette Aussehen stehen für etwas, das nur manchmal für „Außenstehende“ sofort erkennbar ist.

Es werden nicht nur sich progressiv dünkende Stile beschrieben, sondern auch Popper, Dandys, Pali-Tuch-Träger_innen, oder die Gothic-, Punk- und Classic-Lolitas aus Japan. Das Buch zeigt nebenbei, wie durch Kritik an Bekanntem und am „Alten“ Neues entsteht, das dann wiederum „Mode“ und Bestandteil neuer Konsummuster und –normen wird. Spannend sind die gelegentlich eingestreuten historischen Dokumente, alte BRAVO-Cover oder Ausrisse aus anderen Zeitschriften. Sie zeigen, wie der Mainstream – egal ob in den 1950ern oder den 1990ern Jahren – im Moment des Geschehens seine Minderheiten sieht und wie er mit ihnen umgeht.

Insgesamt wirkt „Cool aussehen“ mehr wie ein coffee-table-book, und ist dies in gewissem Sinne auch. Es beinhaltet jedoch, durch die akademische Herkunft der meisten Autor*innen, viele kulturwissenschaftlich und jugendsoziologisch informierte Analysen, die der Leserin den Blick für die Vielzahl und vor allem die Ausdifferenziertheit heutiger und historischer Jugendkulturen weiten. Es ist kein Buch über das Ping-Pong zwischen „Straße“ und „Industrie“, keines über die Ausverkaufsdebatte, eher ein bisschen eines über „Style“; es lebt durch seine Bilder, ganz wie klassische Modemagazine. ●

Bernd Hüttner

Diana Weis (Hg.): Cool Aussehen. Mode und Jugendkulturen. Archiv der Jugendkulturen Verlag, Berlin 2012, 235 Seiten, 36 EUR
(Blog zum Buch: www.coolaussehen.de)

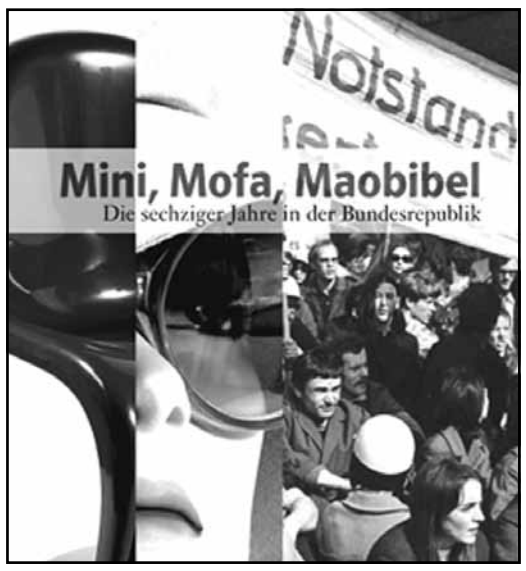


Mini, Mofa, Maobibel

Seit der Veröffentlichungswelle 2007/8 – anlässlich des 40. Jubiläums von „1968“ – könnte vermutet werden, es sei schon alles zu dieser Wendezeit der bundesrepublikanischen Nachkriegsgeschichte geschrieben worden. Mini, Mofa, Maobibel wirkt erst einmal unscheinbar, hat es dann aber in sich. Das Buch bietet insofern neues, als es über Objekte, Stile und Sichtweisen aus dem Alltag breiter Kreise der Bevölkerung berichtet und jene diskutiert. Der reichhaltig und größtenteils farbig bebilderte Band ist das Begleitbuch zu einer kulturgeschichtlichen Ausstellung.

Thematisch umfasst er in insgesamt 13 Beiträgen unter anderem Architektur, Wohnen, Design, Mode, Reisen, Malerei und Musik. Als geographischer Bezugsrahmen wird, wie es der Untertitel aussagt, die Bundesrepublik bzw. wenn man die Einflüsse hinzunimmt, Westeuropa (und Nordamerika) gewählt, die DDR ist kein Thema.

Der Reigen der Beiträge deutet an, dass hier ein weites Feld aufgemacht wird, dieses reicht von Möbeln über Filme, von der Malerei bis zur Verhütung, von Kinderspielzeug bis zur Rockmusik. Eingesprenkelt sind statistische Angaben, so erfährt die Leserin, dass es 1972 in 82 Prozent aller Haushalte eine Badewanne gab, und 1962 in nur gut der Hälfte einen Kühlschrank. 1964 gab es 7,7 Millionen PKW (Zum Vergleich 2010: 41 Millionen), ein Jahr vorher betrug der Mindesturlaub 18 Werktage, wenn dieses zusammengedacht wird, erklärt sich unter anderem, dass 1968 erstmals mehr Deutsche im Ausland als im Inland Urlaub machten. Am Ende der 1960er Jahre hatten dann schon 85 Prozent aller Haushalte einen Fernseher, das entspricht 16 Millionen Geräten, allerdings hatte 1971 erst 8 Prozent einen Farbfernseher der damals 2.500 DM, das Zweieinhalbfache eines durchschnittlichen Nettomonatseinkommens, kostet. Der heute gerne auf Fotos gezeigte „Mini“ wird nur von einem Prozent der Frauen getragen.



Der Band macht deutlich, wie neue Trends, Konsummuster und Lebensstile entstehen, bei gleichzeitiger Fortexistenz der alten, also Beatles und Schlager, Peter Weiss bei Suhrkamp und Johannes Mario Simmel, skandinavische Möbel und Gelsenkirchener Barock, Edgar Wallace oder Winnetou Filme und die von Volker Schlöndorff. Es beginnt und beschleunigt sich das, was später die „Pluralisierung der Lebensstile“ genannt werden wird. Es wandelt sich auch das Verständnis davon, was „öffentlich“ und „privat“ ist, und was in den dazugehörigen Sphären gelebt wird. Der vergleichsweise hohe Wohlstand und die Entdeckung der Teenager als konsumfreudige Gruppe bildet die materielle Grundlage der in dem Buch gezeigten Entwicklungen. Ein umfangreiches, sortiertes Literaturverzeichnis und eine Zeitleiste runden diese Veröffentlichung ab. ●

Bernd Hüttner

Siegfried Müller (Hrsg.): Mini, Mofa, Maobibel. Die sechziger Jahre in der Bundesrepublik, Kerber Verlag, Bielefeld 2013, 138 Seiten, 25 EUR

Sex paradox

Ende 2012 hielt die New Yorker Sexualitätshistorikerin Dagmar Herzog einen Vortrag an der Berliner Humboldt-Universität, dessen Publikation nun den Auftakt zu einer neuen Vortrags- und Schriftenreihe im Göttinger Wallstein-Verlag bildet, den „Hirschfeld-Lectures“. Herausgeberin der Reihe ist die erst jüngst – im Oktober 2011 – eingerichtete Bundesstiftung Magnus Hirschfeld (www.mh-stiftung.de), die sich interdisziplinär mit aktuellen und historischen Forschungen zum Lebensalltag, zu Verfolgung und Diskriminierung von homosexuellen, bi-, trans- und intersexuellen Menschen beschäftigt. Stiftung und Reihe sind nach dem Arzt und Sexualrechtsaktivisten Magnus Hirschfeld (1868-1935) benannt, dessen Berliner Institut für Sexualwissenschaft die Nationalsozialisten im Mai 1933 plünderten und vernichteten.

In ihrem Vortrag betrachtet Herzog die Sexualpolitik in Deutschland von Weimar bis in die Nachkriegszeit und stellt eine doppelte Paradoxie fest. Deutschland habe vor 1933 die liberalste Sexualkultur der Welt gehabt, mit einer stark durch jüdische Ärzte und Analytiker geprägten Sexualreformbewegung und einer offenen großstädtischen Homosexuellenszene. Die Nationalsozialisten diffamierten diese Entwicklungen als „Schund und Schmutz“ und sie dämonisierten die liberale Sexualreform mit antisemitischer Färbung als jüdisch-lüstern.

Mit der Verfolgung der Homosexuellen und der Zerschlagung der liberalen Sexualkultur nach 1933 dienten sich – so führt Herzog aus – die nationalsozialistischen Machthaber dann den Kirchen und anderen konservativen Kreisen an. Bei genauerem Hinsehen ist die NS-Sexualpolitik aber nicht so einseitig durch Triebverzicht und moralische Rigorosität geprägt, wie es noch die 68er in ihrer Faschismusanalyse annahmen. Voreheliche Sexualität und eheliche Untreue wurden in der NS-Zeit nämlich eher entspannt gesehen. Herzog schreibt dazu: „Die Nazis haben, paradox, aber geschickt, die weit verbreitete Sehnsucht nach sexueller Beglückung umgedeutet in das Privileg der rassisch und ideologisch genehmen nichtbehinderten Heterosexuellen.“ Und trotz Homophobie und KZ-Haft für Schwule gingen die NS-Sexualtheoretiker von der sehr modernen Auffassung aus, dass es einen fließenden, fragilen Übergang der sexuellen Orientierungen gäbe.

Abgrenzung und gleichzeitige Übernahme machen auch die zweite sexualmoralische Paradoxie aus, die Herzog in der bundesdeutschen Nachkriegszeit verortet. Die Vergangenheitsbewältigung lief auch über den Sex: Gerade die Kirchen wollten ihre Zusammenarbeit mit dem NS-Regime durch einen Rückgriff auf kirchlich-konservative Moral verschleiern und taten das, indem sie sich von der angeblich sexuell freizügigen NS-Zeit massiv abgrenzten. Zugleich hatte die bundesdeutsche Gesellschaft mit dem durch die Nationalsozialisten 1935 verschärften § 175 keine Probleme – der „homophobe Nachkriegskonsenses“ der Bundesrepublik stammte aus der Homosexuellenverfolgung der NS-Zeit.

Dagmar Herzogs Vortrag bietet einen Parforceritt durch die aktuellen Forschungen zur Sexualpolitik in Deutschland in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – ein guter Einstand für die neue Reihe „Hirschfeld-Lectures“. ●

Frauke Klinge

Dagmar Herzog: Paradoxien der sexuellen Liberalisierung (Hirschfeld-Lectures Band 1), Wallstein Verlag, Göttingen 2013, 48 S., 9,90 EUR

Sozialdramen einer Megacity

In Brasilien wurde das Buch „Es waren viele Pferde“ von Luiz Ruffato von der Literaturkritik gelobt und ausgezeichnet. Dabei handelt es sich um keinen herkömmlichen Roman mit fortlaufender Geschichte. Es gibt auch keine verschiedenen Handlungsstränge, die später zusammengeführt werden. Bereits der äußere Rahmen ist deutlich anders als gewohnt. Seine 69 Kapitel nennt der Autor „shortcuts“, übersetzt heißt das Abkürzungswege im Sinne von abgekürzten Verfahren. Fortwährend müssen sich die Leser auf verschiedenartige Textformate und eine ständig wechselnde Typographie einlassen: Auf Normalschrift folgen sowohl Fett- und Kursivdruck als auch Klein- und Großschrift. Das ist ungewohnt.

Auch die Textpassagen sind unkonventionell. Text als stichwortartige Aufzählungen mit verschiedenen Inhalten, Satzfragmente beim Beschreiben von Dialogen, Gefühlen und Handlungen. Es gibt längere Textpassagen ohne Absätze und ohne jegliche Zeichensetzung. Möglicherweise nennt man das „Avantgarde-Prosa“. Für die Leserinnen und Leser kann das bisweilen anstrengend sein.

Auch der Titel erscheint irreführend, denn es geht nicht um Tiere und Menschen auf dem Lande, sondern um die Bewohner der Megacity Sao Paulo in Brasilien. Es handelt sich um eine einzigartige Mixtur

von Sozialdramen dieser Stadtbewohner. Der Autor beschreibt sehr kurz, aber ziemlich genau mit den oben genannten Stilmitteln und verschiedenen Sprachebenen menschliche Schieflagen. Situationen, wie man sie häufig aus prekären Gesellschaftsschichten kennt: Armut, Streit, Wut, Kriminalität der verschiedensten Art, Vandalismus und Gewaltexzesse – alles sehr verkürzt und komprimiert.

Es überwiegen die Beschreibungen von Menschen und deren Lebenssituationen aus der Unterschicht. Es gibt aber auch einige Beispiele, die sich auf die Mittel- und Oberschicht beziehen. Hier geht es allerdings weniger um das materielle Elend, sondern um Enttäuschungen und Schmerz durch diverse Beziehungsprobleme.

Diese unglaubliche Hoffnungslosigkeit wirkt sehr bedrückend, trotz Religion im Hintergrund. Ein Ausweg scheint nicht in Sicht zu sein. Möglicherweise bezieht sich der Titel auf die vielen unterschiedlichen Menschen, die aus ganz Brasilien und teilweise auch aus Europa nach Sao Paulo kamen und noch immer kommen. Menschen mit großen Hoffnungen und Erwartungen, hier eine Arbeit oder Perspektiven zu finden, die ihre Lebensumstände verbessern. Greifbare Erklärungen liefert der Autor leider nicht! ●

Jochen Wiegand

Luiz Ruffato: Es waren viele Pferde,
Verlag Assoziation A, Hamburg/Berlin 2012,
158 Seiten, 18 Euro, ISBN 978-3-86241-420-8.

FRIEDENSKOOPERATIVE

Die G-Frage

Randale oder keine

Die Gewaltdiskussion begleitet uns über die Jahrzehnte – intern wie extern. Abrüstung beginnt auch hierbei in den Köpfen. Bei den großen Friedensdemonstrationen in den frühen 1980er Jahren wurde uns die Gewalt-Erwartung von außen aufgedrückt, gepaart mit der Abwehrhaltung, die neue Bewegung gegen die Atomraketen „Pershing" und „Cruise Missiles" betreibe das Geschäft des Ostblocks.

Protest gegen G8 Gipfel Rostock 2007 Foto: arbeiterfotografie.com

Von Mani Stenner, Netzwerk Friedenskooperative ● Die erste Großdemonstration in Bonn am 10.10.1981 war im Vorfeld von einer regelrechten Gewalthysterie begleitet; Bonner Geschäftsleute vernagelten ihre Schaufenster mit Holzbrettern. Dann kamen die friedlichen Hunderttausende – und die Spanplatten waren lediglich schön verziert worden. Gewalt war damals für die sehr große, breite Friedensbewegung kein Thema, nur die Veranstalter wurden durch das „Chaoten"-Gerede ein wenig nervös.

Brisanter war es bei Aktionen Zivilen Ungehorsams. Sie waren von einem strikten Konsens geprägt: dass diese Blockaden in Mutlangen oder später am Stationierungsort Hasselbach im Hunsrück absolut gewaltfrei verlaufen würden, aber selbstbewusst gegen das Gesetz oder zumindest gegen dessen damalige Interpretation verstießen. Man nahm also mit einer Sitzblockade in Kauf, sich unter Umständen ruppiger Polizeigewalt auszusetzen, zumindest weggetragen zu werden und dann eine Anklage wegen Nötigung zu kassieren und die politische Auseinandersetzung um Atomwaffen vor Gericht fortzusetzen. So gelangen spektakuläre Aktionen wie beispielsweise in Mutlangen mit der Prominenten-Sitzblockade u.a. mit Heinrich Böll – stets gewaltfrei und vorbereitet mit den ersten gewaltfreien Trainings. Solche Trainings spielen auch heute noch eine große Rolle. 1995 hat das Bundesverfassungsgericht die Rechtsprechung zum Nötigungsparagraphen 240 StGB geändert, so dass wir in Wiederaufnahmeverfahren unsere Strafen wieder rückerstattet bekamen.

Bei anderen brisanten Themen, z.B. in Sachen AKWs, Flughafenerweiterungen oder auch Hausbesetzungen – siehe Startbahn West in Frankfurt, die geplante Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf in Bayern oder die Frankfurter Häuserkämpfe – waren auch andere Leute am Werk, z.B. der auch später in seiner Zeit als Außenminister nicht gewaltfrei gesinnte Joschka Fischer. Man sprach von d e n Autonomen, vom „Schwarzen Block", von Straßenkämpfern. Von den dortigen Aktivisten – einer Minderheit, die allerdings mit ihrer Randale die Wahrnehmung und Berichterstattung in den Medien prägte – gab es jede Menge Glasbruch und auch gezielte Angriffe auf Polizisten mit Steinen und Zwillen. Die Polizei wiederum verhielt sich ihrerseits oft brutal – auch gegen die friedfertigen Teile solcher Demonstrationen.

Umstrittene Aktionsformen

Es gab damals innerhalb der Anti-AKW- und anderen Bewegungen durchaus heftigen Streit über die Aktionsformen, und die „Gewaltdebatte" ist bis heute ständiger Begleiter bei der Vorbereitung von Großdemonstrationen. Für mich selbst sind die Aktionen für den Erhalt des Menschenrechts auf Asyl Anfang der Neunziger Jahre sehr prägend gewesen. Uns von der Friedensbewegung empörten die Anschläge auf Ausländer wie in Rostock-Lichtenhagen und die daraufhin vorangetriebene de facto-Abschaffung des Artikel 16 GG. Mit Pro Asyl und vielen Flüchtlingsgruppen, aber auch autonomen und Antifa-Gruppen, denen das Thema ebenso wichtig war, haben wir für den 14. November 1992 eine Riesendemonstration auf dem Bonner Hofgarten und für Mai 1993 die Blockade des Bundestages geplant.

Gerade wir vom Netzwerk Friedenskooperative, die als Organisatoren in der Friedensbewegung unsere Erfahrungen gesammelt hatten, haben Wert darauf gelegt, dass niemand Angst haben muss, zu dieser Demonstration zu kommen. Im Vorfeld gab es die sogenannten Erkenntnisse von Verfassungs- und Staatsschutz, die Panikmache von Landes- und Bundesinnenministern, dass sich an dieser Demonstration auch Gewalttäter beteiligen würden.

Was kann und sollte man alles tun, wenn ein gemeinsames politisches Ziel vorhanden ist und dieses Anliegen über das gesamte Spektrum – also inklusive Antifa und Autonomen bis zu den Linkskatholiken und Jusos und Menschenrechtsgruppen – getragen wird? Wir mussten im bürgerrechtlich geprägten Veranstalterkreis die Vorentscheidung treffen: Sind auch die linksradikalen Teilnehmerinnen und Teilnehmer willkommen? Kann man mit Gruppierungen zusammenarbeiten, die sich zugegebenermaßen ideologisch nicht der Gewaltfreiheit verpflichtet fühlen, sondern bei entsprechenden Gelegenheiten – siehe Hamburger Hafenstraße oder Düsseldorf Kiefernstraße – für sich das Recht auf Gegenwehr in Anspruch nehmen, wenn sie von Polizei angegriffen werden, oder sich auch Gewalt gegen Faschisten vorbehalten?

Aktionskonsens

Meine Erfahrung ist: Bei gemeinsamer politischer Zielrichtung kann man auch verlässliche Verabredungen treffen. Das bedeutet: viele Gespräche für einen Aktionskonsens, der – ich will jetzt nicht nur die berühmten Kinderwagen und Rollstühle nennen – von allen, die guten Willens sind, angstfrei umgesetzt werden kann. Es gab 1992 viele Gesprächsrunden a) natürlich über den politischen Aufruf: Was fordert man? b) aber auch separate Gespräche in zusätzlichen Treffen – also ich als Demoleitung mit VertreterInnen dieser Gruppierungen.

Die Redezeit der Hauptkundgebung auf dem Bonner Hofgarten war sehr begrenzt. Unsere Einigung war in dem Fall, dass die linksradikalen Gruppierungen – es waren dann etwa 8000 Menschen – einen eigenen „Internationalistischen Block" bilden und wir dafür sorgen würden, dass Menschen, mit denen sie gut zurechtkommen konnten, vor und hinter ihnen gingen, auch um sie zu schützen, sie nicht allein zu lassen, falls es Schwierigkeiten mit der Polizei geben würde. Es war verabredet, dass wir dann die Demonstration stoppen würden, also niemand ihnen nach vorne davonläuft und sie mit der Polizei allein lässt.
Es war weiterhin verabredet: Sie gehen mit dem Demozug zusammen bis zum Münsterplatz, und die anderen gehen bis zum Hofgarten weiter. Insgesamt waren es um die 180 000 Menschen. Auf dem Münsterplatz gab es eine eigene linke Kundgebung, wo sie ausdrücken konnten, was aus ihrer Sicht politisch gesagt werden musste und in einem Kurzbeitrag auf dem Hofgarten keinen Raum gefunden hätte.

Die Menschen aus dem Sicherheitsapparat hatten schlimmste Befürchtungen, und es wurde natürlich geplant, polizeilich hochgerüstet aufzutreten. Ein paar Jahre zuvor war immerhin bei einer Kundgebung auf dem Münsterplatz anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels 1985 der gesamte Kaufhof entglast worden.

Ich habe mich mit der Einsatzleitung zusammengesetzt und meine Sicht der Dinge geschildert: dass die als gewalttätig verschrieenen Leute kommen würden, aber diesmal selbst keine Gewalt wollten – und die Polizei musste versuchen, mir das zu glauben – entgegen der „Erkenntnisse". Etliche Planer im Bonner Polizeiapparat wollten zunächst den „schwarzen Block" mit mindestens 1000 Polizisten mit Helm und Schild und Knüppeln „einschließend begleiten" – wir nennen das „marschierender Kessel" – und den Münsterplatz entsprechend absichern. Das konnte aufgrund intensiver Gespräche, an denen auch die OrganisatorInnen des internationalistischen Blocks beteiligt waren, abgewendet werden.

Auf dem Bonner Münsterplatz stand dann der „Polizeiführer vor Ort", Oberrat Behrendes, mit lediglich 20 Kollegen, alle nur mit Mütze ohne Helm und Schild, also Leute von der normalen städtischen Polizeiwache, die er auch erst noch hatte überzeugen müssen, denn sie hatten Angst. Natürlich hatten die genügend Einsatzkräfte irgendwo in Reserve. Dann kam über Polizeifunk die Tatarenmeldung: „Jetzt nehmen Autonome auf dem Weg in die Innenstadt Steine auf". Ich war im Hofgarten – der Polizeiführer rief mich an, und ich radelte mit einem Megaphon da hin. Die OrganisatorInnen des Blocks sagten, es sei nichts dergleichen passiert. Es hat sich nie feststellen lassen, wer diese Falschmeldung verbreitet hatte. Jedenfalls hat sich der ganze Block an die Verabredungen gehalten. Und nach der Abschlusskundgebung war der Münsterplatz gefegt, von den „Autonomen". Denn das allgemeine Feeling war: diese Demonstration für die Rechte von Flüchtlingen soll in der Öffentlichkeit gut rüberkommen.

Die Berichterstattung in den Medien über diese Demo war sehr positiv. „Natürlich" ist das Gewaltthema – Randale, Chaos, Straßenschlachten mit der Polizei – für Medien ein „Muss" und für manche sehr gewünscht. Aber wenn an die 200 000 auf die Straße gehen, wird ohnehin berichtet. In den bundesweiten Printmedien stand damals immerhin jeweils mindestens eine ganze Seite, und in der Tagesschau gab es auch Ausschnitte von Redebeiträgen, etwa damals des Sprechers von Pro Asyl, Herbert Leuninger. Diese Chance, inhaltlich rüberzukommen, hat man natürlich leichter, wenn nicht 3/4 der Berichte von Gewaltaktionen handeln. Ich habe seither immer wieder versucht, auch von der Polizeiseite offene Kommunikation und Willen zur Deeskalation zu erreichen.

Eskalationen begegnen

Ein Problem sind immer wieder die „Agents Provocateurs". In Heiligendamm 2007 beim G8-Gipfel zum Beispiel haben während der Blockadeaktionen Leute einen Mitarbeiter der Polizei enttarnt, der in dem Falle auch versucht hatte, Situationen zu eskalieren. Sie haben den mit ein paar Leuten sacht umfasst und ihn der Polizei auf der anderen Seite der Barrikade ausgehändigt.

Auch uniformierte Einsatzkräfte der Polizei, insbesondere die „Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten", die es jetzt seit etlichen Jahren gibt, agieren immer wieder willkürlich und meinen, zwischendurch mal in eine Demonstration reingehen zu müssen, weil sie irgendjemanden festnehmen wollen. Damit eskalieren sie eine Situation, die bis dahin friedlich verlief.

2012, als es darum ging, gegen den geplanten Marsch der Neonazis von den „freien Kameradschaften" durch Bonn zu demonstrieren, haben wir es geschafft, in einem sehr breiten Bündnis Einvernehmen herzustellen, in dem Fall sogar mit dem ideologisch verpönten Wort „friedlich": „Wir wollen ein friedliches Bonn etc. " – das haben die Antifa-Gruppen mit unterschrieben. Sie fanden es großartig, wie viele Menschen bei „Bonn stellt sich quer" mitmachten, wollten den gemeinsamen politischen Erfolg und hielten sich als konstruktiver Teil des Bündnisses strikt an den Aktionskonsens. Allerdings gab es dann doch aus absolut nichtigem Grund einen Pfefferspray-Einsatz. Monate später hat sich der Einsatzleiter öffentlich dafür entschuldigt.

Bei Aktivitäten wie „Castor schottern" im Wendland oder auch „Blockupy Frankfurt" steht im Aktionskonsens eine nicht so ideologisch gefärbte Formulierung. „Friedlich" und „gewaltfrei" sind für manche eher Tabuworte. Mittlerweile gibt es eine quasi Standardformulierung: „Von uns geht keine Eskalation aus". Das ist etwas offener, meint aber den gleichen guten Willen, dass man einen Aktionskonsens einhalten will.

Manchmal geht es aber leider doch schief. Das ging uns – den OrganisatorInnen – so in Rostock bei der Großdemonstration von der Innenstadt zum Stadthafen gegen das G8-Gipfeltreffen in Heiligendamm. Die Vorabsprachen mit linksradikalen Gruppen und auch mit der Polizei schienen belastbar zu sein, und auf der Demo haben wir etliche brisante Situationen entschärft. Dann haben wir den Fehler gemacht, die OrdnerInnen-Strukturen vorzeitig aufzulösen, weil wir Schwierigkeiten nur auf dem Demoweg erwartet hatten. Anscheinend begann es mit einem provokant direkt an der Kundgebungsfläche stehenden Streifenwagen, dessen Insassen angegriffen wurden, worauf wiederum Eingreiftrupps der Polizei antworteten. Wie auch immer: Etliche anscheinend geplant vorgehende Vermummte, darunter in den Aktionskonsens zu schlecht eingebundene „Internationalistas" und viele „erlebnisorientierte" teils alkoholisierte Testosteron-Kids lieferten sich am Rand der Kundgebung eine üble Straßenschlacht mit ihrerseits brutal vorgehenden Polizeihundertschaften. Ich selbst und andere standen recht hilflos dazwischen – von einer Seite prügelnde Polizisten, von der anderen Steinwürfe an meinem Ohr vorbei auf die Polizisten. Das war unangenehm.
Erst später haben wir es geschafft, doch wieder eine Kette aufzubauen und dann hin und her zu verhandeln mit den Einsatzkräften. Wie üblich haben sich Berliner Polizeieinheiten lange nicht daran gehalten und sind immer wieder über die „gelbe Linie" in die Demo gebrettert. Ich habe derweil versucht, von dem Einsatzleiter kurzfristig einen Gegenbefehl zu bekommen und vor allen Dingen die Wasserwerfer vom Platz wegzukriegen. Die Situation war so brisant, dass beinahe Menschen über die Kaimauer in den Fluss gefallen wären. Tage später waren es die mit Trainings gut vorbereiteten Blockadeaktionen um Heiligendamm, die viel Sympathie für die Protestbewegung zurückgewinnen konnten.
Ich habe dort und anderswo das Restrisiko respektieren gelernt und bin dennoch überzeugt, dass es sich lohnt, immer wieder den Weg über Kommunikation und Absprachen zu suchen. ●

ANTIFA

Die G-Frage

Der Staat bestimmt, was Gewalt ist

**Arthur Winkelbach (Name von der Redaktion geändert), Aktivist der Antifa-Gruppe Köln, studiert Geschichte und Soziologie und hat Erfahrungen mit Aktionen und Bündnisverhandlungen vor allem in Anti-Nazi-Zusammenhängen gesammelt.
Für CONTRASTE schildert er im Gespräch mit Ariane Dettloff seine Erfahrungen und erläutert Erkenntnisse und Überzeugungen, die sich für ihn daraus ergeben.**

Blockupy Frankfurt 2012 Foto: arbeiterfotografie.com

CONTRASTE: Eure Gruppe gehört ja zu denjenigen, die es für falsch halten, in Aktionsaufrufen den Begriff „gewaltfrei" zu verwenden. Warum?

Arthur Winkelbach: Es gibt Positionen in der Linken, die grundsätzlich eine Gewaltfreiheit fordern – dazu zählen wir nicht. Wir finden das auch verkehrt. Wir halten es für sehr problematisch, wenn man zum Beispiel so etwas wie „Gewaltfreiheit" in einen Aufruf schreibt.

Denn die Bestimmung darüber, was Gewalt ist, liegt gar nicht bei uns. Sondern der Staat bestimmt durch seine Gesetze, was Gewalt ist. Aber auch der öffentliche Diskurs über die bürgerlichen Medien bestimmt, was als Gewalt angesehen wird und was nicht.

Insofern wird eine Aussage wie „Gewaltfreiheit" von dieser Seite leicht verwendet, um zu sagen: „Ihr habt euch selber nicht im Griff, eure Aktionen laufen aus dem Ruder!" Darum finden wir, dass das sehr unglücklich ist. Das versuchen wir auch in diesen Diskussionen rüberzubringen, dass man sich am besten nach außen hin gar nicht dazu äußert

Es gibt natürlich das Gesetzbuch. Und in den Staatsapparaten, also in den Schulen, in den Universitäten, in den Kirchen, aber auch in der Presse wird die Gewaltfreiheit propagiert und gleichzeitig aber das staatliche Gewaltmonopol nicht in Frage gestellt. Als Bürger, als Citoyen hat man nicht das Recht auf Gewalt

Das kritisierst du?

Ja, ich finde es kläglich, wenn zum Beispiel Studierende, die unzufrieden sind mit den Bachelor/Master-Studiengängen oder mit Studiengebühren, auf Vollversammlungen als erstes die Frage stellen: „Was dürfen wir und was dürfen wir nicht?"

Da tauchen auf einmal Menschen mit dem Grundgesetz oder mit dem bürgerlichen Strafgesetzbuch in der Hand auf und schlagen erst mal nach, wie und unter welchen Umständen sie eine Demonstration machen dürfen, statt zu sagen: „Ich habe hier ein berechtigtes Anliegen, das möchte ich auf die Straße bringen, ich möchte meine Interessen durchsetzen -nämlich keine Studiengebühren zu bezahlen, und das ist legitim. Da müssen wir gucken: Wie können wir das schaffen?
Das ist so diese allgemeine Unterwürfigkeit, das Autoritäre auch in dieser Gesellschaft. Nötig wäre vielmehr die Diskussion darüber: Was ist sinnvoll und was ist nicht sinnvoll? Man kann die Gewaltfrage ja nicht abstrakt behandeln Es gibt natürlich unterschiedliche politische Situationen und Kräfteverhältnisse.

Woran denkst du da?

Zwei Beispiele hier aus Köln, wie wir uns auf das Verhalten der Polizei eingestellt haben: Es gab hier zum Beispiel den „Anti-Islam-Kongress" der Rechtsextremen- de facto hat die Polizei unsere Blockaden erlaubt. Dieselbe Polizeiführung hat die Demonstration der Rechts-Partei „Pro Köln" mit deren Androhung: Falls sie nicht demonstrieren könnten, würden sie jeden Monat auflaufen, martialisch abgesichert und den ganzen Stadtteil für zehn Stunden abgesperrt.

Sie hat Anwohner_innen, die sich ein Brötchen holen wollten, mehr oder weniger mit Gewalt daran gehindert, überhaupt ihr Haus zu verlassen. In der Situation über Blockaden zu reden, ist absurd. Man hat auf einmal eine Polizeiführung, die sagt: die werden laufen, komme, was wolle. Und die stehen mit gezogenen Knüppeln da. In dem Fall, würde ich etwas zuspitzend sagen, sollte man diesen Polizeistaat auch einfach mal ins Leere laufen lassen. Sollen doch die Nazis durch leere Straßen, durch ein komplett polizeilich abgeschirmtes Gebiet laufen, in dem sozusagen die Bevölkerung als Geisel genommen wird. Wir gewinnen eigentlich diese Situation, weil der Gegner – die Polizei und die Nazis – sich selber karikieren.

Wie formuliert Ihr eure Position?

In unseren Aufrufen steht häufig „mit allen Mitteln" – damit ist gemeint, dass man auch Materialblockaden machen kann, und damit ist auch gemeint, dass man den Zugang von Rechtsextremen zu ihren Veranstaltungen behindert, dass man die Leute da nicht hin kommen lässt. Das kann bedeuten: Wenn jemand da hin möchte und nicht gehen will, dass derjenige dann zum Beispiel mit körperlicher Gewalt auch daran gehindert wird.

Ist so etwas ein bevorzugtes Mittel junger Testosteron-gesteuerter Männer, die auch gerne den Konflikt mit der Polizei suchen?

Klar, es gibt natürlich dies jugendliche Abenteurertum, aber man kann es nicht darauf reduzieren. Ich weiß, in vielen pädagogischen Diskussionen um rechte oder linke Jugendgewalt wird das auf so etwas allein zurückgeführt. Ich denke das nicht – auch die jungen Männer, die auf so eine Anti-Nazi-Demo gehen, haben schon ein politisches Bewusstsein – auch wenn das noch nicht immer so reif ist unbedingt.

In Dortmund oder in Aachen zum Beispiel – das bekommen ja viele ältere Menschen gar nicht mit – passieren regelmäßig Handgreiflichkeiten: Junge Menschen, die anders aussehen, sich die Haare bunt machen zum Beispiel oder ein Piercing tragen, werden da Wochenende für Wochenende von den Nazis verprügelt. Diese jungen Menschen sind auch auf der Demo und haben Hass. Das finde ich auch legitim. Ob das politisch immer vernünftig ist, ist eine andere Frage.

Unterscheidet Ihr gerechte von ungerechten Prügeln?

Das gesellschaftliche Bewusstsein definiert, was Gewalt ist. Das sieht man auch daran, dass heutzutage Kriege überall geführt werden im Namen der Humanität, der Menschenrechte. Eric Hobsbawm spricht ja sogar vom „Menschenrechtsimperialismus" als einer ganz eigenen historischen Phase.

Ich finde, man kann mit Marcuse darüber nachdenken, ob es sozusagen zwei Formen von Gewalt gibt: die institutionalisierte Gewalt des Bestehenden und die Gewalt des Widerstandes, also eine emanzipative und eine reaktionäre Gewalt. Es ist ja heute schwer zu sagen, die Menschheit hat überhaupt irgend einen Fortschritt gemacht – aber ich würde daran festhalten.

Die Gewalt der Befreiung darf nicht fremdbestimmten Zwecken dienen – man kann nicht im Namen irgend eines Fortschritts Völker vertreiben. Man kann nicht im Namen der unmittelbaren Durchsetzung eines konkreten Ziels – sagen wir mal: „Die Betriebe müssen produktiver werden" – zum Beispiel die Räte, die Sowjets, abschaffen, wie es in der Sowjetunion in den Dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts geschehen ist.

Ein Beispiel für befreiende Gewalt war der Mai 1968: Da flogen als Ausdruck des Widerstands auch Steine gegen die Polizei. Das war meiner Ansicht nach in diesem Moment emanzipativ. Das heißt aber nicht, dass es in jedem Moment emanzipativ ist, Steine zu werfen. Man muss natürlich auch sehen, dass wenn man ein Ziel erreichen will, der Weg dorthin das Ziel auch ändern kann.

Vergleichbar mit Gandhis Aussage: „Der Weg ist das Ziel"?

Ich habe bei diesem „Der Weg ist das Ziel" immer das Gefühl, dass man sich zu leicht nachher die Dinge schön redet, wenn man nicht so ganz das geschafft hat, was man erreichen wollte. Revolution heißt für mich nicht, dass man jetzt anfängt Gemüse anzubauen. Revolution bedeutet schon, dass man den bürgerlichen Staat abschafft, dass man die Privatmacht des Geldes abschafft, – und dazu sind natürlich Selbstorganisierungsprozesse notwendig.

Ich möchte nicht, dass die Begriffe vollkommen entleert werden: Soziale Revolution irgendwas – keiner weiß Genaues (wie etwa bei Occupy) – das finde ich nicht gut. Gleichzeitig geht es natürlich darum, was mit diesem „Der Weg ist das Ziel" deutlich wird, dass man nicht einfach das Ziel festschreiben kann, sondern man muss diesen Prozess selbst bestimmen: Was bleibt emanzipativ und was nicht? Die Russische Revolution etwa ist eher ein schlechtes Beispiel.

Was sind in deinen Augen gute Beispiele?

„Das ist schwer zu sagen, da es noch keine wirklich kommunistische Gesellschaft gegeben hat (die „real existierenden sozialstischen Staaten" – UdSSR, DDR usw. waren das jedenfalls nicht).
Vielleicht ist es so, dass man sich positiv nur auf die Dinge beziehen kann, die irgendwie gescheitert sind. Vielleicht hatten sie das Glück, dass sie gescheitert sind, weil dann so etwas wie bei der Russischen Revolution oder bei anderen sogenannt siegreichen Revolutionen ausblieb – dass es dann so ein Umschlagen gibt.

Das klingt nicht gerade optimistisch...

Nein, aber obwohl ich kein Anhänger von Slavoj Zizek bin (er ist ja meiner Ansicht nach nahezu gewaltfetischistisch), kann man über seine These nachdenken, dass vielleicht die Niederlage entsteht, weil die Revolutionäre eben nicht gewalttätig genug waren. Vielleicht wäre es im Spanischen Bürgerkrieg sinnhafter gewesen, gewalttätiger gegen die Landbesitzer vorzugehen und wirklich Enteignungen durchzuführen, weil dann die Basis für den Bürgerkrieg eine andere gewesen wäre. Das wollten die Stalinisten nicht, weil sie auf das Bündnis mit den bürgerlichen Ländern gehofft hatten. Darum haben sie die Opposition, also die Poum, die Trotzkisten, und später die Anarchisten liquidiert.

Daran sieht man vielleicht: Wenn man die Gewalt nicht in eine bestimmte Richtung voranbringt – sagen wir mal zum Beispiel die Gewalt gegen die Großgrundbesitzer, gegen die alte Herrschaft, gegen die Kirche wirklich konsequenter vorantreibt, dass dann sehr schnell dieser stalinistische Backlash einer reaktionären Gewalt passieren kann.

Siehst du auch heutige Beispiele?

Ja. In Spanien gab es während der Krisen-Unruhen diese Bewegung der „Empörten". Die hatten zum Beispiel die Gewaltfreiheit immer und immer wieder in ihre Texte reingeschrieben. Dann kam es zu einer politischen Diskussion: Es gab den Generalstreik mit einer Million Beteiligung, Hunderttausende haben demonstriert, auf den Plätzen entstanden permanente Zeltlager. Die Aktionsmöglichkeiten im symbolischen Raum waren erschöpft.

Da haben sie gesagt: Wir lassen uns nicht mehr repräsentieren, wir realisieren jetzt direkte Demokratie: Wir gehen zum Parlament und umzingeln das, weil wir nicht wollen, dass das nächste Sparpaket abgestimmt wird. Einzelne Politiker haben versucht, durch die Reihen zu gehen. Die wurden körperlich daran gehindert – das waren aber Einzelfälle. Die Reaktion darauf war, dass die bürgerliche Presse aufgeschrieen hat: „Gewalt, Gewalt, Gewalt – ihr habt gegen eure Gewaltfreiheit verstoßen!" Das hat dazu geführt, dass die politische Bewegung für Monate gelähmt war.

Wofür steht dies Beispiel?

Das zeigt die Schwierigkeit damit, sich als gewaltfrei zu erklären. Ich würde dafür plädieren, dass wir als radikale Linke versuchen klarzumachen: „Leute, schreibt das lieber nicht rein." Dann hat man unterschiedliche Ansichten dazu, und die einen machen Menschenkette und versuchen, dass niemand reinkommt, und wenn dann irgendein Politiker versucht mit Gewalt durch die Menschenkette zu kommen, dann gibt es vielleicht auch andere Leute, die ihm klarmachen, dass das keine gute Idee ist.

Du plädierst für eine Art Arbeitsteilung?

Ja, das passiert ja hier bei Blockaden immer wieder, dass Blockadebrecher durchwollen, werden auch handgreiflich, greifen irgendwelche 16jährigen oder auch alte Leute an.

Und andere Leute gehen um die Ketten draußen herum und nehmen den Nazi oder Parlamentarier zur Seite und machen ihm deutlich, dass er besser nach Hause geht, weil es sonst unangenehm wird für ihn. Und dann funktioniert es meistens auch.

Per Faustrecht?

Immerhin führt so eine Art Arbeitsteilung häufig dazu, dass es klappt. Die Gewaltlosigkeit ist aber auch eine Form von Selbstbetrug, die zeigt – wie das spanische Beispiel –, dass wir in einer Situation sind, wo man das kaum als politische Fragestellung öffentlich diskutieren kann. Es wäre allerdings heute sehr notwendig, um in diesem gegenwärtigen Krisenprozess Land zu gewinnen. Meiner Meinung nach kann mit Marcuse der Schluss gezogen werden: Die Predigt der prinzipiellen Gewaltlosigkeit reproduziert die bestehende institutionalisierte Gewalt. ●

Björn Kunter, Bund für Soziale Verteidigung

**„Die lange Kontinuität des Widerstands und Verankerung zahlreicher wichtiger Akteure in der Tradition des gewaltfreien Widerstandes führt dazu, dass der Begriff der „Gewaltfreiheit" zwar auch im Wendland nicht unumstritten ist, die in anderen Bewegungen übliche Diffamierung als „ideologisch, christlich und harmlos" jedoch nicht greift: Gorleben ist das zur Zeit größte Leuchtturmprojekt der Gewaltfreiheit."
„Mit dem steigenden politischen Preis staatlicher Gewalt steigt auch die Fähigkeit des Staates, sich mit friedlichem Protest zu arrangieren und ihn auszusitzen, bis die Protestierenden von allein nach Hause gehen."
Quelle: Gorleben: Die Schule der Nation für Gewaltfreiheit" (BSV-Reader), Berlin, 2012**

Anzeige

KONTROVERSE(N)

Die G-Frage

„Dogmatiker“ contra „Spielverderber“

Zwei Sichtweisen von Gewaltfreiheit

Christine Schweitzer, Minden ● Gene Sharp stellte bereits 1973 198 Formen gewaltfreier Aktion zusammen. Sie reichen von Statements und Zeitungsartikeln über Demonstrationen, Boykott, Streiks und Blockaden bis zur Errichtung einer Parallelregierung. Sharp teilte sie in drei Kategorien ein: Protest, Nicht-Zusammenarbeit und gewaltfreie Intervention. Unter letzterer versteht er solche Methoden, die in etablierte Verhaltensmuster, Politiken, Beziehungen oder Institutionen eingreifen, sie unterbrechen oder neue etablieren.

Die Vielfalt von Handlungsansätzen gewaltfreier Aktion ist nicht gleichzusetzen mit Zivilem Ungehorsam oder etwa auf bestimmte einzelne Aktionsformen wie gewaltfreie Blockaden zu reduzieren. Es gibt verschiedene Ansätze und Strategien; ihnen allen ist (mehr oder weniger) gemeinsam, dass direkte physische Gewalt gegen Menschen ausgeschlossen wird. Sie fußen auf der Erkenntnis, dass alle Macht letztlich auf der Zustimmung und Kooperation der Regierten beruht. Durch den Entzug dieser Kooperation kann der Gegner zu einem bestimmten Handeln (oder Unterlassen) gezwungen werden. Doch Viele setzen vor allem auf die Überzeugung des Gegenübers. Sie sehen Gewaltfreiheit als ein Lebensprinzip und nicht beschränkt auf taktisches Handeln in einem Aktionskonsens. Bei diesem prinzipiellen Ansatz geht es um das Sein, nicht nur um das Tun. Gewaltfreiheit in diesem Sinn sucht nicht, den Gegner zu zwingen, sondern ihn davon zu überzeugen, dass er im Unrecht ist. Wichtige Mittel dabei sind das Vorleben von Alternativen und, wenn das nicht ausreicht, bewusst die Sanktionen des Gegners auf sich zu nehmen.

Nachhaltig?!

Für das prinzipielle Verständnis von Gewaltfreiheit spricht vor allem die Nachhaltigkeit der erzielten Veränderung. Denn immer wieder stellt sich die Frage; Was passiert nach einem erfolgreich erzwungenen Wandel? Häufig erfolgt ein Rückfall in alte Unterdrückungsmechanismen (so in einigen osteuropäischen Ländern) oder die Rücknahme von unter Druck getroffenen Entscheidungen wie etwa in Gorleben.

Die Kluft zwischen dem prinzipiellen und einem eher pragmatischen Ansatz, der sich nicht auf Gewaltfreiheit als ein Lebensprinzip verpflichten will, ist allerdings eher im Ideologischen als im Empirischen auszumachen. Beiden ist die Überzeugung gemein, dass Gewaltfreiheit ein effizientes Instrument ist und ein ethisch verantwortbares Mittel für die politische Auseinandersetzung, da es nicht rückgängig zu machende Schäden, vor allem Verluste von Menschenleben zu minimieren sucht. Und beide Ansätze teilen die Einschätzung, dass Gewaltfreiheit sowohl zu systeminternen wie zu revolutionären Zwecken (Systemwandel) eingesetzt werden kann, und dass sie ein Instrument ist, mit dem sowohl sozialer Wandel vorangetrieben werden kann als auch unerwünschte Veränderungen verhindert werden können. In der Praxis gewaltloser Aktion sind auch bei Kampagnen von Gandhi oder Martin Luther King Elemente von Zwang zu finden. Gewaltfreie Aufstände oder Widerstandskampagnen waren allerdings historisch erfolgreicher als gewaltsame – dies ist inzwischen auch empirisch belegt – aber es ist kein Unterschied dahingehend auszumachen, ob die Großzahl der AktivistInnen vorwiegend eine `pragmatische` oder eine lebensanschaulich begründete Wahl für Gewaltfreiheit getroffen hatten.

Protest gegen G8 Gipfel Rostock 2007 Foto: arbeiterfotografie.com

Vielfalt

Ein wichtiger Dissenzpunkt zwischen grundsätzlich gewaltfrei agierenden AktivistInnen und PragmatikerInnen, die gewaltfreie Methoden des Zivilen Ungehorsams wie etwa Blockaden praktizieren, besteht darin, dass prinzipiell Gewaltfreie darauf bestehen, offen zu handeln und die Strafe für den Gesetzesbruch freiwillig demonstrativ auf sich zu nehmen. Das lehnen die, PragmatikerInnen‘ ab.

Ein weiterer Dissens betrifft oft die Frage, wie es sich mit der Gewalt gegen Sachen verhält (Sabotage, Sachbeschädigung). Viele Gewaltfreie schließen sie grundsätzlich aus, andere (z.B. die sogenannten Pflugschar-AktivistInnen, die mit Hämmern oder ähnlichen Instrumenten in Lager von Massenvernichtungswaffen eindringen und diese zu zerstören suchen) betrachten sie zumindest für den Fall als legitim, dass man sich dann zu der Tat bekennt und die Strafe auf sich nimmt. Und wieder andere lehnen ebenfalls die Gefährdung oder Tötung von Menschen ab, aber betrachten Formen der Sabotage als legitim. ●

Debatte

Ariane Dettloff ● 2012 organisierte der Bund für Soziale Verteidigung (BSV) in Minden eine Fachtagung „Ziviler Ungehorsam und Gewaltfreie Aktionen in den Bewegungen“. Christine Schweitzer, Geschäftsführerin des BSV, ging auf der Tagung auf die Unterscheidung zweier Sichtweisen von Gewaltfreiheit ein: einer pragmatischen, bei der Gewaltlosigkeit als eine Technik verstanden wird, und einer prinzipiellen, für die Gewaltfreiheit eine Grundhaltung darstellt. Um beide begrifflich zu unterscheiden, wird auch von „Gewaltlosigkeit“ (pragmatisch) und „Gewaltfreiheit“ (prinzipiell) gesprochen. Renate Wanie, langjährige Trainerin von der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden beleuchtete das verblüffende Phänomen, dass viele Gruppen heute gewaltfreie Aktionen praktizieren, es aber ablehnen, sie so zu nennen.

BÜNDNISFRAGEN

Ziviler Ungehorsam ist eine gewaltfreie Strategie und kein Slogan

Zwei Thesen:

Renate Wanie, Heidelberg ● (1) Die Anwendung des Begriffs Ziviler Ungehorsam als pragmatischer Ansatz reduziert das Konzept des zivilen Ungehorsams, wie er seit 1849 von Henry David Thoreau entwickelt wurde, auf eine reine Aktionsform. Ziviler Ungehorsam ist aber mehr: er ist Teil einer gesellschaftsverändernden Strategie. Das Potential des zivilen Ungehorsams wird im pragmatischen Ansatz nicht genutzt, ja sogar unterlaufen.

(2) Die zweite These bezieht sich auf die gängig gewordene Ablehnung, Gewaltfreiheit als Teil eines Aktionskonsenses zu benennen. So hilfreich es auf den ersten Blick erscheint, mit der Absage an die Gewaltfreiheit möglicherweise größere Bündnisse schließen zu können, so problematisch ist es, wenn zugleich die komplexen Konzepte gewaltfreier sozialer Lernprozesse in sozialen Bewegungen nicht mehr thematisiert werden.

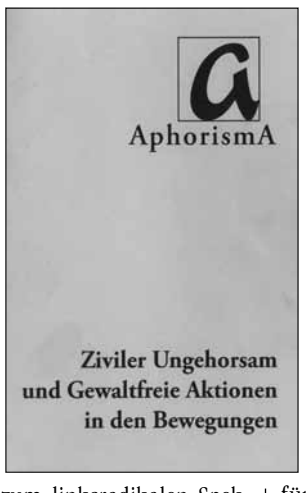
In der Gründungserklärung des TrainerInnen-Netzwerks skills for action (2008, ein Jahr nach den Erfahrungen im Widerstand gegen den G8-Gipfel) heißt es: „Ob schwarz oder bunt, wir lieben die Grau-Zonen. Eine undogmatische Haltung zu Zivilem Ungehorsam, der Versuch über Gräben zu springen und die Zeichen der Zeit zu erkennen, das ist die Klammer, die uns verbindet.“

Jenseits der Gewaltfrage?

Eine explizite Aussage zur Gewaltfreiheit wird abgelehnt, denn „die Kampagne Block G8 ist gerade der Beleg dafür, wie viel Kreativität und Entschlossenheit freigesetzt werden können, wenn die lähmenden Debatten um Gewalt und Gewaltfreiheit beiseite geschoben werden und AktivistInnen aus verschiedenen Spektren anfangen, praktisch zusammenzuarbeiten“. (Christoph Kleine, „Jenseits der Gewaltdebatte“ in: „Chef, es sind zu viele...!“, 2008, S. 40) Seit Heiligendamm 2007 haben sich Vorbereitung und Durchführung, vor allem von in Bündnissen geplanten Massen- oder Großaktionen, verändert:

- Gewaltfreiheit setzt sich in breiten Bündnissen der traditionellen Friedensbewegung mit Gruppen aus der Antikriegsbewegung wie der Interventionistischen Linken nicht durch. Sie wird als `dogmatisch aufgeladen` problematisiert und daher in Bündnisaufrufen nicht explizit formuliert.
- Ziel der Bündnisse ist, eine Gemeinsamkeit `jenseits der Gewaltfrage` zu finden.
- Eine funktionierende Bündnispolitik für begrenzte Aktionen sowie taktisches Vorgehen stehen im Mittelpunkt der Interessen für Großdemonstrationen.
- Sitzblockaden sind „eine politisch legitime Form zivilen Ungehorsams“ und werden strategisch als Einzelaktion eingesetzt, legitimiert „als radikaler Regelbruch“
- Neuere Aktionsmethoden wie etwa die Fünf-Finger-Taktik sind aus der gewaltfreien Aktionstradition (von x-tausendmal quer) in eine taktische Massenprotestkultur eingeflossen.
- Verbreitet sind Kurztrainings zur strategischen Vorbereitung von Aktionen.

„Aber dann haben wir die Antifa nicht dabei!“ war ein Einwand aus der Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr!“ bei der Planung der Aktionswoche Für eine militärfreie Bildung in Schule und Forschung! Ende September 2012 in Baden-Württemberg. Es ist bezeichnend für AktivistInnen vor allem der jüngeren Generation, die das Ziel verfolgen, Aktivitäten in einem breiten Bündnis zu starten.



Das Ziel solcher und ähnlicher Erklärungen ist, eine funktionierende Bündnispolitik für begrenzte Aktionen in strategisch-taktischer Vorgehensweise zu formulieren, die ein möglichst breites Spektrum von der gewaltlosen Friedensbewegung bis hin zum linksradikalen Spektrum in den Protest aufnehmen will.
Wert gelegt wird auf Organisierung, Transparenz, klare Absprachen, Verantwortung und Entschlossenheit, die maßgeblich für das Gelingen von ´entschiedenen Blockaden´ sein sollen.

Offene Fragen

Etliche Fragen bleiben offen. Im Aufruftext von Block G8 (2007) z.B. wird einerseits das Mittel des zivilen Ungehorsams genannt, um als politische Aussage ein gemeinsames, „ein unmissverständliches `Nein` gegenüber den G8-Staaten“ zum Ausdruck zu bringen und zu widerstehen. Andererseits werden z.B. Sitzblockaden als ein Mittel aufgeführt, um möglicher Polizeigewalt bei einer Räumung zu widerstehen. Ist die Aktionsform ziviler Ungehorsam eine Widerstandsform oder ein Mittel, um sich gegen Polizeigewalt zu wehren? Offensichtlich gibt es im postautonomen Spektrum darüber keine Klarheit.

Was tun? Eine breite Bündnispalette anstreben, um im gewünschten Massenprotest im „solidarischen Miteinander“ der herrschenden Politik zu widerstehen? Oder in zwei Protestgruppen, räumlich getrennt, in der Öffentlichkeit auftreten: die eine Gruppierung in einer erklärten gewaltfreien Aktion und die andere in einer taktisch konzipierten Aktion? Der Petersberg II-Aufruf im Dezember 2011 entfachte in der Kooperation für den Frieden, einem bundesweiten Zusammenschluss von 57 Organisationen und Initiativen, eine Diskussion über die fehlende Aussage zur Gewaltfreiheit. Eine gemeinsam getragene Unterschrift aller Mitgliedsorganisationen kam deshalb nicht zustande.

Ohne Einbindung in ein kontinuierlich aufgebautes Konzept bzw. in eine Kampagne geht der zivile Ungehorsam als Einzelaktion unter. Ziviler Ungehorsam ist eine gewaltfreie Strategie und kein Slogan. Die Aktionsformen entsprechen dem Fernziel einer gerechten und gewaltfreien Gesellschaft. Ziviler Ungehorsam ist eine politisch motivierte Aktion, um sich „Unrecht“ zu widersetzen und auf emanzipatorische Weise auf Veränderungsprozesse hin zu wirken. Dafür bietet das Konzept der Gewaltfreien Aktion eine breite Palette vielfältiger Formen sozialen Drucks auf verschiedenen Eskalationsstufen an – je nach Analyse der politischen Situation, der Zielsetzung und der zu erwartenden Wirkung. Dabei ist die Blockade eine der höchsten Eskalationsstufen Gewaltfreier Aktion. Demonstrationen stellen auf der ersten Stufe eine Form des Protests dar. Auf der zweiten Stufe der Eskalation kann beispielsweise Boykott als eine Form legaler Nichtzusammenarbeit praktiziert werden. Es gibt viele Möglichkeiten, dem politischen Gegner öffentlich die Legitimation zu entziehen. Die Gewaltfreie Aktion ist eine Herausforderung – sie bedeutet politische Verantwortung und Einmischung zugleich. ●

Gekürzt aus: Renate Wanie: „Ein ‚neuer Geist in der Protestkultur‘ und sein Verhältnis zur Gewaltfreien Aktion“, in: Ziviler Ungehorsam und Gewaltfreie Aktionen in den Bewegungen, Hg. Christine Schweitzer, AphorismA-Verlag, 2012

„I want to have fun with you“

Ariane Dettloff ● Anke war mit „Ärzte ohne Grenzen“ in Lagos, Nigeria. Sie liebte es, abends den Strand entlang zu spazieren. Einheimische hatten sie gewarnt: Nach Sonnenuntergang sei es in einem bestimmten Strandabschnitt gefährlich, da trieben sich die „Area Boys“ herum. „Ach, mir wird schon nichts passieren“, dachte sie und genoss den schönen Strand. Da kam ein knapp 20jähriger Mann auf sie zu und verlangte ihr Geld. Das gab sie bereitwillig ab, kannte sie doch die bittere Armut ringsum. Aber der junge Mann ging nicht fort. „I want to have fun with you“, verkündete er und zerrte sie im selben Moment an ihrem Hosengürtel ins Gebüsch. Sie spürte große Angst. Gegenwehr erschien aussichtslos gegenüber dem starken Typ.

Plötzlich erinnerte sie sich an ein Gespräch mit einer Trainerin für Gewaltfreiheit. „Was tust du denn, wenn ein Nazi dich angreift?“ hatte sie gefragt und die Antwort gehört: „Ich lade ihn zum Kaffee ein.“ Jetzt äußerte Anke spontan: „What are you doing? I could be your mother, and I love you!“ Der junge Mann ließ sie los. Er entschuldigte sich, warnte sie, allein weiter zu gehen („it´s dangerous because of the Area Boys“) und begleitete sie bis zum nächsten belebten Strandabschnitt. ●

GESCHICHTE

Die G-Frage

Die Banalität des Guten

Ohne Waffen gegen Hitler

In den aktuellen Debatten über gewaltfreien versus Gewalt nicht ausschließenden Widerstand taucht auch immer wieder das Argument auf, gegen skrupellose gewalttätige Gegner gebe es keine andere Möglichkeit als die Reaktion mit eigener Gegengewalt. Dies wird häufig mit dem Hinweis auf den Nationalsozialismus verknüpft, gegen den es gar keine andere Chance gegeben habe. Dagegen ist wiederum einzuwenden, dass gewaltlose Gegenwehr gegen das Hitler-Regime vielerorts immer wieder stattgefunden hat, nicht nur durch die Geschwister Scholl, die dafür hingerichtet worden sind. Leider ist dieser Widerstand jedoch bis heute kaum öffentlich bekannt. CONTRASTE benennt im Rahmen dieses Schwerpunkts einige erfolgreiche Beispiele des historischen gewaltlosen Widerstands gegen die Nazi-Verbrechen.

Ariane Dettloff, Redaktion Köln ● Der zivile Widerstand – von den Frauenprotesten in der Berliner Rosenstraße über den zivilen Ungehorsam der norwegischen Lehrer, die Rettung der dänischen Juden durch eine koordinierte Aktion breiter Bevölkerungskreise bis zu den „Stillen Rebellen", die einen Deportationszug aus Belgien nach Auschwitz stoppten, und den mutigen Tricks und Zwecklügen eines KZ-Kommandanten – ist bis in die Neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts kaum wahrgenommen worden. Ursächlich dafür war hauptsächlich die Schutzbehauptung der Mehrheit der Deutschen, man habe ja gegen Gewaltherrschaft und Judenverfolgung der Nazis nichts tun können. Deutsche Historiker wie Wolf Gruner bestritten den Erfolg der Dauerdemonstration der Frauen jüdischer Männer in der Rosenstraße 1943, da kein Beleg dafür in den Akten zu finden sei – in den Naziakten! Dass Goebbels am Tag der Freilassung der Gefangenen in sein Tagebuch schrieb, dass die Aktion „aufgrund des öffentlichen Protestes ausgesetzt" worden sei, wird hingegen für irrelevant gehalten.

Unbekannter Rettungswiderstand

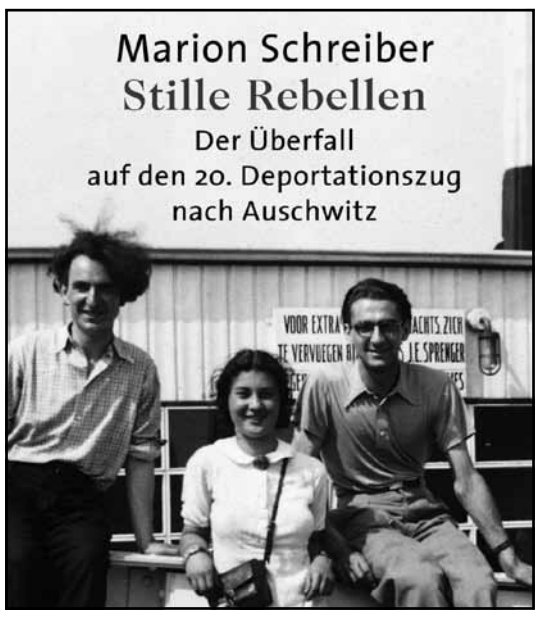
Der Dokumentarfilmer Dietrich Schubert („Nicht verzeichnete Fluchtbewegungen oder Wie die Juden in der Westeifel in die Freiheit kamen") erlebte bei seinen Recherchen noch 45 Jahre nach Kriegsende eine große Scheu der gewaltlosen Akteure und ihrer Nachkommen, öffentlich über den Rettungswiderstand in den Grenzdörfern zu reden. Den Grund dafür sieht Schubert im Nachkriegs-Tabu, die Möglichkeit des Zivilen Ungehorsams im Nazi-Reich anzuerkennen.

Wichtige Informationen und Einsichten vermittelt der französische Politikwissenschaftler Jacques Sémelin in seiner 1995 auf deutsch erschienenen Studie „Ohne Waffen gegen Hitler" – leider ist sie inzwischen vergriffen. Wenn Präsident Obama seine Afghanistan-Politik damit begründet, „eine gewaltlose Bewegung hätte Hitlers Armeen nicht gestoppt", könnte man ihm und seinen Vorgängern vielleicht den „Kriegsbegründungspreis" verleihen. Denn mit diesem Argument wurden bereits die Kriege gegen Serbien und gegen den Irak erfolgreich propagiert und moralisch reingewaschen. Doch so unvergleichbar die gegenwärtigen Kriege mit dem Zweiten Weltkrieg sind, so anfechtbar ist das Argument an sich. Denn die Geschichtsforschung zeigt, dass es durchaus möglich war, Hitler ohne Waffen zu stoppen. Nur sind diese Fakten wenig bekannt, in den USA offenbar noch weniger als in Deutschland: Jacques Sémélin hat in seiner Studie über 40 Beispiele zivilen, gewaltlosen Widerstands aufgelistet und ausgewertet. Sein Fazit: Ziviler Widerstand war möglich und meist sogar erfolgreich!

Hier sollen exemplarisch drei kaum bekannte Beispiele gewaltlosen Widerstands gegen das Nazi-Unrecht umrissen werden – mit der Frage (und dem Ansporn) im Sinn: Wenn gewaltloser Widerstand sogar gegen das Fascho-Regime erfolgreich sein konnte – um wieviel mehr haben wir heute die Verpflichtung, Zivilcourage schon vorbeugend einzuüben! ●

BEISPIEL 1

Stille Rebellen



Ariane Dettloff ● Im besetzten Belgien verübten drei junge Männer im von den Nazi-Deutschen besetzten Belgien einen Überfall auf den Deportationszug Nr. 20 vom Sammellager Mechelen in das Vernichtungslager Auschwitz. Mit einer Sturmlaterne konnten Youra Livchitz, Jean Franklemon und Robert Maistriau den Zug aufhalten, die deutschen Bewacher ablenken und die Waggontüren öffnen. 242 Menschen konnten fliehen und, versorgt mit etwas Geld, entkommen und überleben. Marion Schreiber hat diese Rettungstat in ihrem Buch „Stille Rebellen" packend beschrieben. In Belgien überlebten mehr als die Hälfte der Juden, weil die Bevölkerung ihnen vielfach half.

Mehr dazu in: **Marion Schreiber** Stille Rebellen. Der Überfall auf den 20. Deportationszug nach Auschwitz. Aufbau Verlag, Berlin 2000 ●

„KEIN MENSCH HAT DAS RECHT ZU GEHORCHEN."

HANNAH ARENDT

EMPFEHLUNGEN:

- **Wikipedia: Rettungswiderstand**
- **Dauerausstellung der Gedenkstätte „Stille Helden" in den Hackeschen Höfen in Berlin**
- **Das Projekt Alternativen zur Gewalt (PAG) e.V. setzt sich für die konstruktive Austragung von Konflikten ein. Diese Arbeit gründet auf der Erfahrung, dass in Konflikten eine verändernde Kraft wirken kann, die neue Wege zur Konfliktlösung ohne Sieger und Besiegte finden lässt. www.pag.de**

BEISPIEL 2

KZ-Kommandant Erwin Dold

Thomas Seiterich ● Die Vernichtungsmaschinerie der Nazi-Konzentrationslager war das größte Verbrechen der Menschheitsgeschichte. Viele, die als Täter mit dabei waren, beriefen sich später auf „Befehlsnotstand". Das Beispiel Erwin Dolds zeigt, dass es möglich war, gegen den Massenmord zu arbeiten, auch an verantwortlicher Stelle. Dold hat mindestens tausend Menschen vor dem Tod bewahrt.

Im KZ Dautmergen am Rande der Schwäbischen Alb mussten die Gefangenen 1944 bei eisiger Kälte in Baracken ohne Boden schlafen. Tausende erfroren und verhungerten.

Erwin Dold, damals 24 Jahre alt, war erschüttert: „Meine Eltern haben mich im katholischen Glauben erzogen und in der Überzeugung, dass man anderen helfen muss. Aber hier nützte es wenig, dem einen oder anderen zu helfen. Hier musste man sich identifizieren mit allen; ich musste für alle denken und handeln, musste ein wenig einer von denen werden." Er sorgte für Essen, Kleidung und Medizin. Er verhängte gegen den Widerstand der SS über das gesamte Lager Seuchenquarantäne, um den halb verhungerten 2000 Gefangenen eine Zeitlang die schwere Arbeit in den Ölschieferbrüchen zu ersparen. Er ließ die Baracken und sanitären Anlagen verbessern. „Ohne Tricks und Zwecklügen wäre das nicht möglich gewesen", berichtete er später. Da im Krankenrevier nur ein deportierter polnischer Medizinprofessor arbeitete, ordnete KZ-Chef Dold zusätzlich den Einsatz deutscher Zivilärzte an. Vorgeschobene Begründung: Die Gefangenen müssten für Deutschlands Endsieg arbeiten und gesund sein.

Auf Schleichwegen beschaffte Erwin Dold in nächtlichen Fahrten Nahrung, teils auf dem Schwarzmarkt. „Wenn wir bei den Beschaffungsfahrten in eine unüberschaubare Situation kamen, dann habe ich eben den harten KZ-Chef gemimt. Dies klappte immer", berichtete Dold später. Wenn es nur einmal nicht gewirkt hätte – der Galgen wäre ihm sicher gewesen.

Als die Polizei, von einem Denunzianten alarmiert, anrückte, um wegen „Schwarzschlachtung" zu ermitteln, blieb Dold kaltblütig. Er bedrohte den verantwortlichen Polizeibeamten mit Erschießung. Von da an ließ sich die Polizei im Lager Dautmergen nicht mehr blicken.

Nach Kriegsende stellte Dold sich selbst der französischen Besatzungsmacht. Vor dem Militärtribunal in Rastatt baten die Befreiten von Dautmergen weinend um Leben und Freiheit für ihren KZ-Kommandanten. Erwin Dold wurde wegen erwiesener Unschuld freigesprochen.

Gekürzt aus: **Gewaltfrei gegen Hitler?** – Gewaltloser Widerstand gegen den Nationalsozialismus und seine Bedeutung für heute. Hg: Werkstatt für gewaltfreie Aktion, Baden. Karlsruhe 2007 ●

BEISPIEL 3

Die norwegischen Lehrer

R. Gregg ● In Norwegen versuchte die nazifreundliche Quisling-Regierung 1942 die Lehrerschaft gleichzuschalten.. Nach Aufhebung der ehemaligen Lehrerorganisation wurde eine neue mit dem Chef der Quislingschen Geheimpolizei an der Spitze gegründet. (...)

Am 20. Februar 1942 sandten etwa 9.000 der 12.000 norwegischen Lehrer eine handschriftliche Erklärung an das Unterrichtsministerium mit folgendem Wortlaut: „Ich erkläre, dass ich die Jugend Norwegens nicht nach den Richtlinien der Nasjonal Samling unterrichten kann, da ich dies mit meinem Gewissen nicht vereinbaren kann..." (...) Am 25. Februar gab die Regierung Quisling bekannt, dass die Proteste der Lehrer als offizielle Amtsniederlegung angesehen und dass die Lehrer, wenn sie darauf beharrten, entlassen würden; das Unterrichtsministerium schloss unter dem Vorwand der Kohlenknappheit alle Schulen. Aus allen Teilen des Landes wurde daraufhin Heizmaterial angeboten, um den Schulbetrieb aufrechtzuerhalten. Die offiziellen Zeitungen erwähnten nichts von dem Widerstand der Lehrer, aber die „Kohlenferien" verbreiteten die Nachricht überall. Das Unterrichtsministerium setzte eine Frist bis zum 15. März: Lehrern, die sich danach den Anordnungen der Regierung widersetzen sollten, wurde mit dem Verlust ihrer Anstellung, ihres Gehaltes und ihrer Pension gedroht. Zehntausende, nahezu zehn Prozent aller Eltern Norwegens, protestierten dagegen schriftlich bei der Regierung. Die Lehrer blieben hart. Nicht einer gab nach.

Ab dem 20. März wurden Hunderte von Lehrern willkürlich herausgegriffen und verhaftet. Bei den Ostergottesdiensten verurteilten die Geistlichen diese Verhaftungen. Die Lehrer wurden in ein Konzentrationslager nach Grini gebracht. Von einer nicht bekanntgebenen Quelle – nicht von der Regierung – erhielten deren Familien den Gegenwert ihrer Gehälter für die ganze Dauer ihrer Internierung. Im Lager erließ die Regierung ein Ultimatum an die gefangenen Lehrer, aber nur drei lenkten ein.

Die 687 Lehrer wurden in Viehwagen in ein anderes Konzentrationslager, etwa 200 Kilometer von Oslo entfernt, gebracht. Auf den Bahnhöfen versammelten sich die Kinder und sangen für sie bei der Durchfahrt des Zuges Lieder. Im neuen Lager wurden sie auf eine tägliche Ration von vier kleinen Scheiben Brot und etwas Wasser gesetzt. Allmorgendlich wurden sie gezwungen, anderthalb Stunden lang im tiefen Schnee zu robben und zu laufen. Dann folgte schwere Arbeit, meist Schnee schaufeln und dann wieder rennen und robben im Schnee. Anschließend erhielten sie heißes Wasser als Mahlzeit. Nach zwei Tagen wurden 76 der älteren Lehrer zwischen 55 und 59 Jahren von den Lagerbeamten befragt, aber keiner gab nach.

An den meisten Orten Norwegens ließ die Regierung die Schulen am 8. April wieder öffnen. Die nicht inhaftierten Lehrer, die sich an diesem Tag zum Dienst meldeten, erklärten öffentlich, dass sie der neuen Lehrerorganisation von Quisling nicht angehörten und sprachen auch mit ihren Schülern über ihr Gewissen, vom Geiste der Wahrheit und von der Verantwortung, die sie trügen. Ein starkes Solidaritätsgefühl verband die gesamte Lehrerschaft.

Nach Tagen weiterer Einschüchterungsmaßnahmen im Lager fragte die Lagerleitung jeden einzelnen der Lehrer, ob er einen Widerruf des Protestschreibens unterschreiben würde. Von 637 Lehrern widerriefen 32. So wurden Demütigungen, Foltergymnastik und die Hungerrationen fortgesetzt. Auch verbreiteten die Behörden drohende Gerüchte, was mit den Lehrern bei weiterer Weigerung geschehen werde. Dennoch gaben die Frauen der Lehrer zu verstehen, dass sie ein Nachgeben ihrer Ehemänner nicht wünschten. Wie Vieh wurden die Lehrer mit Eisenbahn und Schiff nach Kirkenes nördlich des Polarkreises verfrachtet und der Wehrmacht übergeben, diese zwang sie zu pausenloser Schwerstarbeit im Hafen. Ein Lehrer starb durch die Strapazen, zwei andere verloren bei einem Unfall ein Auge.

Die Deportation der Lehrer nach Kirkenes hatte die Stimmung verhärtet und den Widerstandswillen der übrigen Bevölkerung Norwegens gestärkt. Als Quisling am 22. März mit einer Gruppe von Lehrern in einer kleinen Stadt sprach, erging er sich in Drohungen, Ausfällen und Wutausbrüchen. Er schloss mit den Worten: „Ihr Lehrer habt alles für mich verdorben!" und ließ sie verhaften. Am folgenden Tag begaben sich einige Lehrer, die bei der Unterredung nicht zugegen gewesen waren, zum Amtsgebäude und baten darum, mit den anderen gefangengesetzt zu werden. Ende August wurden 50 erkrankte Lehrer nach Hause gesandt. Am 16. September kehrte eine zweite Gruppe von rund 100 Männern aus dem Lager zurück. Am 4. November folgten die übrigen etwa 400 Lehrer nach acht Monaten härtester Zwangsarbeit. Man gestattete ihnen, ihre Lehrtätigkeit auszuüben, ohne dass sie ihre Grundsätze widerrufen mussten.

Gekürzt aus: **„Die Macht der Gewaltfreiheit"**, in: FriedensForum. Zeitschrift der Friedensbewegung 6/1998. Hrsg.: Netzwerk Friedenskooperative (siehe auch unter www.friedenskooperative.de/ff.htm) ●

VERKAUF

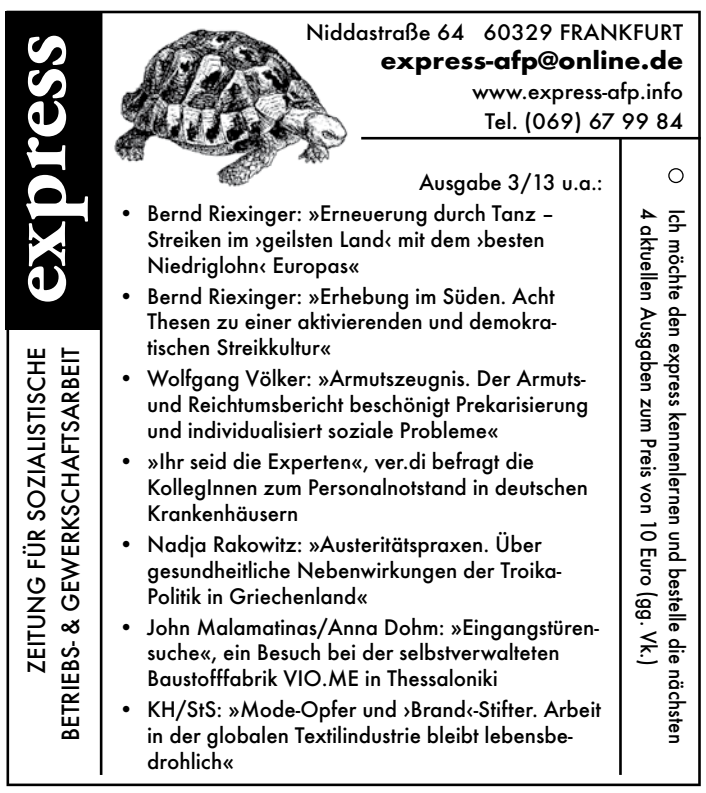
Bremen: Bio-Gastronomie mit Catering, Kunst und Kultur in historischem Ambiente zu verkaufen. Pachtfrei!
Kontakt: info@mundart-bremen.de

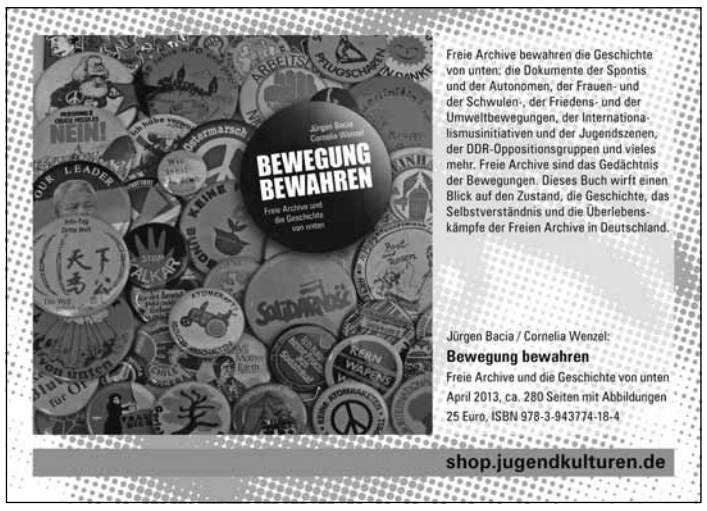
PROJEKTE

Kommune Uthlede: politische Kommune auf dem Land (20 Min. bis Bremen) sucht neue MitkommunardInnen. Wir wollen mehr werden! Einige Arbeitsbereiche gibt's schon, einige sind noch im Aufbau – auf jeden Fall gibt's viel Raum für eure eigenen Ideen! Auch Kleingruppen sind willkommen. Infos unter
☎ 04296-748225 oder
info@kommune-uthlede.org
Und 2013 gibt's auch wieder ein „Los geht's": www.losgehts.eu

Zukunft hat schon begonnen – in der Lebenstraumgemeinschaft Jahnishausen leben 40 Menschen im einstigen Rittergut bei Riesa in Sachsen.
Individuelle Entwicklung in Verbindung mit Gemeinschaftsbildungsprozessen ist eine der Grundlagen unseres Gemeinschaftslebens.
Es entfaltet sich transparente Kommunikation, Konfliktlösungsfähigkeit und der gemeinsame „Blick für das Ganze".
Wir interessieren uns für weiterführende Ansätze und praktische Umsetzungsmöglichkeiten der zentralen gesellschaftlichen Themen.
Die sich ergänzende Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Menschen in der Gemeinschaft spiegelt sich in unseren Projekten wieder.
Herzlich laden wir Interessierte ein, Anteil zu nehmen, sich zu beteiligen und mit zu gestalten.
www.ltgj.de

GESCHICHTE(N) BEWAHREN – **ein Generationen verbindendes Projekt:**
Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.
www.werkstatt-fuer-memoiren.de
E-Mail: arianedettloff(at)ina-koeln.org
☎ (02 21) 31 57 83





KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.
Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG,
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405

CONTRASTE wird von ca. 20 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über den CONTRASTE e.V., Heidelberg.
Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm

CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. **Redaktionsschluss** ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen:

06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 25 91 93 o. (01 76) 51 45 62 53, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa www.attac.de/koennern/villa / 10961 Berlin, **Redaktion Berlin,** Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de, Internet: www.elisabeth-voss.de, und Christoph Chang, E-Mail: christoph.chang@riseup.net / 22769 Hamburg, **Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16, ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / 28201 Bremen, **Redaktion Bremen,** Bernd Hüttner, Yorkstr. 37, E-Mail: bhuettner@niatu.net / 34117 Kassel, **Redaktion Kassel,** Sabine Conti. E-Mail: info@sconti-projektberatung.de / 37085 Göttingen, **Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, E-Mail: kai.boehne@rrf-online.de / 51063 Köln, **Redaktion Köln/Bonn,** Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 59 38 900, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, 50678 Köln, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org/ 60316 Frankfurt, **Redaktion Rhein/Main,** Uwe Weppler, E-Mail: uwe.weppler@paritaet.org, Postfach 10 45 20, ☎ (0 62 21) 16 24 67, E-Mail: CONTRASTE@online.de / 71729 Erdmannhausen, **Redaktion Stuttgart,** Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de / **Österreich:** AT-8010 Graz, Brigitte Kratzwald, ☎ 0043-699 11 28 65 57, E-Mail: brigitte.kratzwald@commons.at / **AT-9020 Klagenfurt,** Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ 0043-46 34 18 590, E-Mail: vereinleben@aon.at

Mit dem Tod von Dieter Poschen hat CONTRASTE nun leider keine Redaktion mehr in Heidelberg. Die verbliebenen RedakteurInnen werden sein Lebenswerk fortführen.

Fachredaktionen:

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23, Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaften@t-online.de/ **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften:** 13359 Berlin, Th-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinghausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Subversive Klangwelten:** Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de

V.I.S.D.P.: Elisabeth Voß über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg

Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg

Anzeigenverwaltung: CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de,
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 8/11 www.contraste.org/Anzeigenpreisliste%202011.pdf

Herstellung: CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE e.V.
Layout: SUBdesign GmbH, Dresden
Druck: Freiburger Druck GmbH & Co. KG

E-Mail:
contraste@online.de

Internet:
www.contraste.org

Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter: http://de.groups.yahoo.com/group/contraste-list

Vertrieb:
☎ (0 62 21) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@online.de

GEMEINSCHAFTEN

Los geht´s Treffen für Kommune-interessierte Menschen

Im 2-Jahres-Rhythmus veranstaltet das Kommuja-Netzwerk, der Zusammenschluss der politischen Kommunen, das Los geht's.
Hauptanliegen des Los geht's ist es, die Gründung weiterer Kommunen zu unterstützen. So wird gründungsinteressierten Personen und Gruppen eine Plattform geboten, in ihren Gründungsprozessen weiter zu kommen und sich mit anderen Gruppen zu vernetzen. Viele Gruppen aus dem Kommuja-Netzwerk werden mit ihrem Know How zur Verfügung stehen. Das Los geht's bietet logistisch und organisatorisch Platz für 250 Menschen. Erfahrungsgemäß ist das Interesse größer.
Darum bitten wir um frühzeitige und verbindliche Anmeldung unter:
http://www.losgehts.eu/
Termin: 17. – 21.5. 2013
Ort: Projekt „Quecke", 60 km nordöstlich von Berlin

Wir können auch anders! – Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 25 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 80 Personen. An den Wochenenden wird es um Fragen gehen wie:
Eine Kasse – und das funktioniert?
Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?
Die Wochenenden werden von KommunardInnen durchgeführt.
http://www.kommune-niederkaufungen.de/
Termine:
26.04. – 28.04.2013
21.06. – 23.06.2013
30.08. – 01.09.2013
13.12. – 15.12.2013
ReferentInnen:
Birgit Zellmer, Volker Groß, Uli Barth, Jacqueline Bernardi

LEBEN

Sendereihe bei ORF: „Innovation.Leben"

Im Rahmen des Jahresschwerpunkts „Open Innovation" ruft der ORF Hörerinen und Hörer dazu auf, Themen vorzuschlagen, über die im Rahmen des programms „Ö1" berichtet wird. Wir wollen Menschen, Gruppen oder communities vorstellen, die durch ein innovatives Projekt zur Lösung eines gesellschaftlichen Problems beitragen oder neue soziale Initiativen setzen. Dies kann in vielen Bereichen der Fall sein: Bildung, Umwelt, Kultur, Wirtschaft, Zusammenleben etc.
Sendungen: 15. Juli bis 29. August 2013, Montag bis Donnerstag, jeweils 16:55 Uhr am Sendeplatz von „Digital.Leben"
Einsendeschluss für Vorschläge: 6.5.2013.

ENERGIE

2. Netzgipfel der BürgerEnergie Berlin (BEB)

Die BEB treibt die Demokratisierung unserer Energielandschaft voran, damit Bürgerinnen und Bürger über Strom und Netze mitbestimmen können. Energienetze gehören in die Hand der Bürgerinnen und Bürger. Der Netz-Gipfel ist ein Kongress zu Energiepolitik und Stromnetzen in Berlin.

Bürgerinnen und Bürger debattieren mit Experten aus Wissenschaft, Politik und Praxis über das Berliner Stromnetz, die Energieversorgung von morgen und die Gestaltungsmöglichkeiten der Gesellschaft. Anmeldung erforderlich.
http://www.buerger-energie-berlin.de/netzgipfel
Termin: Sa., 27.4.2013, 11 – 18 Uhr
Ort: Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin

GENOSSENSCHAFTEN

Radiobeitrag: „Das Wunder von Mondragón? – Die größte Industriegenossenschaft der Welt" von Martina Groß

Cooperativa Mondragón – kurz MCC – in der gleichnamigen baskischen Kleinstadt auf die Fahnen geschrieben hat. Nicht für einen Unternehmer oder Aktionäre wird hier gearbeitet, sondern – seit ihrer Gründung 1956 – bestimmen die Genossen selbst über die Firmenpolitik und darüber, wohin die Gewinne fließen sollen: In den Kapitalstock der MCC, in Bildung und für soziale Zwecke der Kommune. Der Rest wird an die Beschäftigten ausgeschüttet. Während anderswo im Zuge der Globalisierung entlassen wurde, sind hier – trotz neuer Produktionsstätten in Fernost, Südamerika und Europa – neue Arbeitsplätze entstanden. In den letzten 20 Jahren hat sich die Anzahl der Arbeitskräfte vervierfacht. 84.000 Menschen arbeiten für den Genossenschaftsverbund. Da-von 64.000 allein in Spanien. Dass demokratische Wirtschaftsstrukturen und erfolgreiches Agieren auf einem globalisierten Markt kein Widerspruch sein müssen, dafür ist Mondragón ein Beispiel. So ist es kein Wunder, dass der Besucherstrom ins Baskenland nicht abreisst, auf der Suche nach der Antwort, wie sich soziale Entwicklung und Rentabilität in Einklang bringen lassen, wie solidarisches Wirtschaften funktionieren kann.
Ausstrahlungstermin: 14.5.2013 im Deutschlandfunk um 19.15 Uhr

GRUPPEN GEGEN KAPITAL UND NATION

Vortrag und Diskussion: Staatsverschuldung und die Krise im Euroraum

http://gegen-kapital-und-nation.org/staatsverschuldung-und-die-krise-im-euroraum-3
Termin: Fr., 26.4.2013, 19 Uhr
Ort: Bremen, genauer Ort wird kurzfristig unter o.g. Webadresse bekannt gegeben

GESUNDHEIT

Wie die kapitalistische Wirtschaftsweise den Menschen auf den Körper schlägt (Rückenleiden) und auf die Nerven geht (Burn out). Wie der Staat sich dazu verhält mit Gesundheitsversorgung, Prävention und Gesundheitsforschung. Wie die Menschen bemüht sind, ihre im Alltag geschädigten Körper und Geister mit Physiotherapie oder im Saunaparadies wieder herzustellen.

Was gilt als gesund? These: Den Kapitalismus aushalten können und dienstbereit zu sein. Was gilt als krank? Den Kapitalismus zu kritisieren – das soll auf dieser Veranstaltung gemacht werden.
www.junge-linke.org
Termin: 7.5.2013, 19 Uhr
Ort: Erreichbar, Reichenberger Str. 63a, Berlin

MENSCHENHANDEL

Informationsveranstaltung und Diskussion: Loverboys – Menschenhändler der Gegenwart

Sklaverei hat sich zu einem der lukrativsten Geschäfte der Gegenwart entwickelt. Weltweit werden jedes Jahr 1,4 Millionen Menschen, überwiegend Mädchen und Frauen in die Sexsklaverei gezwungen. Sie werden wie Ware gehandelt. Diese menschliche Grausamkeit hat sich erschreckenderweise in manchen Kulturen und gesellschaftlichen Milieus etabliert und wird als normal betrachtet. Eine neue Form der Sklaverei wird durch die Loverboys betrieben. Sie spielen jungen Frauen und Mädchen die große Liebe vor, machen sie emotional, sozial und finanziell von sich abhängig, bringen sie in die Drogenabhängigkeit und zwingen sie in die Prostitution.

Mit Bärbel Kannemann, Kriminalhauptkommissarin i.R., Prix-Courage-Preisträgerin und Mitbegründerin der Elterninitiative für Loverboy Opfer in Deutschland – eilod e.V.
http://www.terre-des-femmes.de/
Termin: 08.5.2013, 19 – 21.30 Uhr
Ort: Finanzbehörde, Leo-Lippmann-Saal – Hamburg

LÄNDLICHER RAUM

Lernforum Bürgerkommune – Europäischer Dialog über Beteiligung und Engagementförderung im Ländlichen Raum

Das Projekt „Lernforum Bürgerkommune" hat zum Ziel, ein Fortbildungskonzept für BürgerInnen, Politik und Verwaltung zu entwickeln, das diesen Akteursgruppen ein (voneinander) Lernen ermöglicht, ihre eigenen Lernwünsche einbezieht und die Kompetenzen sowohl zur politischen Partizipation wie auch zu bürgerschaftlichem Engagement erweitert.
https://www.landwirtschaft-bw.info/servlet/PB/menu/1393516/index.html
Termin: Mi., 24.4.2013, 10 – 16:30 Uhr
Ort: Sängerhalle, Lindenschulstraße 29, 70327 Stuttgart

BERLINER ENERGIETISCH

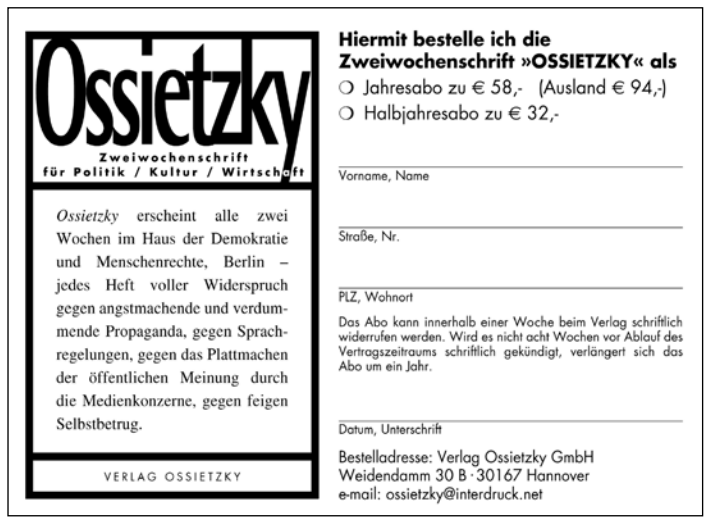
Einladung zum Aktions- und Sammelcamp nach Berlin (10. – 29.5.)

Das Land Berlin ist Schlusslicht der Energiewende. Dies zu ändern haben wir, der Berliner Energietisch, uns zum Ziel gesetzt. Der Berliner Energetisch ist ein offenes Bündnis aus über 50 lokalen Organisationen, die gemeinsam die Berliner Energieversorgung ökologischer, sozialer und demokratischer gestalten wollen. Deswegen setzen wir uns für die Rekommunalisierung der Stromnetze und die Gründung eines kommunalen Stadtwerkes ein. Dazu wurde das Volksbegehren „Neue Energie für Berlin" gestartet. Vom 11. Februar bis zum 10. Juni müssen nun 200.000 Unterschriften gesammelt werden, um einen Volksentscheid mit bundesweiter Strahlkraft zur Bundestagswahl zu ermöglichen.
Der Berliner Energietisch braucht Eure Unterstützung und lädt Euch deshalb im Mai für ein paar Tage nach Berlin ein. Vom 10. bis 29. Mai organisiert der Berliner Energietisch ein Aktions- und Sammelcamp. Im alternativen Kultur- und Bildungszentrum (KuBiZ) in Berlin-Weißensee bringen wir in dieser Zeit Sammlerinnen und Sammler unter, die mit uns ganztägig an den belebtesten Plätzen der Stadt sammeln gehen.

Was erwartet Euch?

Neben kostenfreier Unterkunft für 30 Personen und ökologisch-vegetarischer Verpflegung natürlich jede Menge Spaß auf der Straße und drumherum ein Programm mit Workshops, Aktionen und Partys. Das Aktions- und Sammelcamp ist ein Angebot an SammlerInnen außerhalb von Berlin, die uns mindestens für drei Tage unterstützen und zum Ende des Volksbegehrens noch einmal richtig loslegen wollen.
Alle Informationen zum Berliner Energietisch, dem Volksbegehren und dem Aktions- und Sammelcamp findet Ihr unter www.berliner-energietisch.net oder telefonisch unter: 030 - 24 35 78 03.

Anmeldung und Fragen zum Camp an Fabian Hanneforth:
camp@berliner-energietisch.net
Wir bitten um Anmeldung bis zum 30.4.2013



CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto!**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn

Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Dazu genügt eine Postkarte an:
CONTRASTE-Vertrieb,
Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen?

Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland, bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus.

Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo«

an
CONTRASTE e.V.,
Postfach 10 45 20,
D-69035 Heidelberg,

einsenden.

Spendenkonto

Contraste e.V.,
Volksbank Darmstadt eG
BLZ 508 900 00
Kto-Nr. 515 124 05

IBAN
DE02508900000051512405
BIC GENODEF1VBD

WEITERE TERMINE

Auf unserer Webseite:
contraste.org/terminka.htm